ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 2. Februar 2017 | 68. Jahrgang | Nummer 3

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | R… …TECHNIK | PRAXIS

Präsidiumssitzung des Deutschen Landkreistags:

Wegmarken für 2017

Für eine weitere Beschleunigung der Asylverfahren und eine konsequente Abschiebung abgelehnter Asylbewerber hat der Deutsche Landkreistag bei seiner Präsidiumssitzung im Landkreis Fulda plädiert. Laut Präsident Landrat Reinhard Sager „müssen wir die Bedingungen zur erleichterten Rückkehr von Ausreisepflichtigen verbessern, gerade um uns auf diejenigen mit guter Bleibeperspektive zu konzentrieren und das Vertrauen in den Rechtsstaat zu bewahren. Bei Abschiebungen von Personen ohne Bleiberecht leiden wir unter einem zum Teil erheblichen Umsetzungsdefizit, etwa im Zusammenhang mit konsequenten Rückführungen in sichere Herkunftsländer."

Der Kommunalverband sprach sich für die Einrichtung von Transitzonen an den Grenzen aus. Sager zufolge „sollten darin insbesondere die Asylverfahren von Antragstellern aus sicheren Herkunftsländern, aus Ländern mit einer geringen Anerkennungsquote sowie von wiedereinreisenden Folgeantragstellern abschließend entschieden werden. Die Rückführung abgelehnter Antragsteller sollte direkt aus den Transitzonen erfolgen."

Erstaufnahmeeinrichtungen

Eine Verteilung von Asylbewerbern ohne Bleibeperspektive auf die Landkreise werde auf diese Weise von vornherein vermieden, betonte der Präsident. „Wie bereits für Asylbewerber aus sicheren Herkunftsländern ist deshalb auch für andere Asylbewerber ohne Bleibeperspektive verpflichtend vorzusehen, dass sie bis zum Abschluss ihres Asylverfahrens und ihrer Rückführung zumindest in den bereits vorhandenen Erstaufnahmeeinrichtungen und Ankunftszentren der Länder zu verbleiben haben." Die Abschiebung abgelehnter Asylbewerber müsse generell effizienter ausgestaltet werden. So sollten beispielsweise Asylbewerber, von denen eine Gefahr für die nationale Sicherheit ausgeht („Gefährder"), in Haft genommen werden können.

Auf der anderen Seite werde der Integration von Flüchtlingen mit Bleibeperspektive eine weiter wachsende Bedeutung zukommen. Wichtig ist nach Sagers Auffassung, dass die Landkreise Integration bereits jetzt strategisch angehen, organisieren und gestalten, um aus jedem zugewanderten Menschen eine Chance für den Landkreis und unser Land zu machen. Ebenfalls notwendig seien Freiräume zur eigenverantwortlichen Gestaltung. Nur wenn politische, gesellschaftliche, rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen stimmen, könne Integration gelingen. In diesem Zusammenhang müsse kommunale Verantwortung gestärkt werden, z. B. im Hinblick auf zu verbessernde Möglichkeiten der Landkreise, den Einsatz von Sprachkursen zu koordinieren.

Kommunalfinanzen

Mit Blick auf das vergangene Jahr wies der Kommunalverband darauf hin, dass auf Bundesebene viel für die Landkreise erreicht worden sei. Nach Sagers Worten betrifft dies vor allem die Stärkung der Kommunalfinanzen um jährlich 5 Mrd. Euro ab 2018. „Wir freuen uns, dass der Bund Wort gehalten und dieses für die Kommunen zentrale Vorhaben der Koalitionsvereinbarung nun unter Dach und Fach gebracht hat. Wir können mit diesem Ergebnis zufrieden sein, obgleich in struktureller Hinsicht noch viel für die Kommunalfinanzen erreicht werden muss." So zeige diese milliardenschwere Unterstützung vor allem auch, dass es um die finanzielle Ausstattung

(Fortsetzung auf Seite 4)

Vormerken! 9. März 2017

Einladung der GZ:
2. Bayerisches InfrastrukturForum

Die kommunale Infrastruktur im Freistaat steht vor sehr großen finanziellen, technischen und rechtlichen Herausforderungen. Insbesondere Schwerpunkte wie Kommunaler Hoch- und Tiefbau, Verkehrs- und Leitungsinfrastruktur sowie so genannte weiche Standortfaktoren und deren günstigste Finanzierung müssen beleuchtet werden. Letztlich ist es Aufgabe der kommunalen Entscheidungsträger, hierfür die jeweils optimale Lösung zu finden und damit zur Stärkung der eigenen Region und des Wirtschaftsstandortes Bayern allgemein beizutragen.

Auf dem 2. Bayerischen InfrastrukturForum am 9. März 2017 finden die verantwortlichen Repräsentanten aus Bayerns Gemeinden, Städten, Landkreisen und Bezirken die exakt auf ihren Bedarf zugeschnittenen Lösungsangebote. Hochkarätige Referenten diskutieren mit den Gästen ihre jeweiligen Fachgebiete.

Die Tagung findet in den Räumen des Bayerischen Bauindustrieverbandes e.V. in der Landeshauptstadt München statt.

Weitere Infos unter www.bayerisches-infrastrukturforum.de
Wir freuen uns auf Ihre Anmeldung. ❐

Publikation des Deutschen Städtetags:

Integration von Geflüchteten vor Ort

Praxisbeispiele aus bayerischen Städten – Teil 1

Die Städte widmen sich nach der Erstaufnahme von Flüchtlingen inzwischen intensiv der Integration der Menschen in die Gesellschaft. Integration kostet Zeit und braucht ausreichende Ressourcen, betonte der Deutsche Städtetag in Berlin bei der Präsentation der Broschüre „Flüchtlinge vor Ort in die Gesellschaft integrieren – Anforderungen für Kommunen und Lösungsansätze". Begleitend zur Broschüre, die auch Empfehlungen für die Städte enthält, hat der Kommunalverband eine Reihe von Beispielen, darunter eine Vielzahl aus Bayern, zusammengetragen. Teil 2 erscheint in der nächsten Ausgabe der Bayerischen GemeindeZeitung.

Beispiel Augsburg: Das EU-geförderte Projekt Willkommens- und Anerkennungskultur in Augsburg (WAKA) bündelt Bewährtes und schafft Neues, um bessere Strukturen für das Zusammenleben von Ansässigen und Zuwanderern zu etablieren. Zudem hat die Industrie- und Handelskammer Schwaben im Dezember 2014 ein Pilotprojekt gestartet, um Flüchtlinge in Praktika und Ausbildung zu vermitteln und so noch offene Lehrstellen zu besetzen. Auch die Begleitung der Auszubildenden ist ein zentraler Bestandteil des Projektes.

Netzwerktreffen

Die Wirtschaftsförderung Augsburg wiederum veranstaltet regelmäßig Netzwerktreffen für Unternehmer. Diese richten sich gezielt an Unternehmen mit Migrationshintergrund oder informieren regionale Unternehmen über bestehende Integrationsmaßnahmen. Sensibilisierung erfolgt auch nach innen durch entsprechende Veranstaltungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Fachreferaten.

Als die Stadt Augsburg im Dezember 2014 von der Regierung von Schwaben aufgefordert wurde, selber dezentrale Unterkünfte für Asylbewerber in der Stadt anzumieten, setzte die Stadt auf kleine Unterkünfte in allen Stadtteilen. Es entstanden viele wertvolle Netzwerke zwischen bürgerschaftlichem Engagement, Wohlfahrtsverbänden, Akteuren in den Stadtteilen, Kommunalpolitik und Verwaltung. Erste wichtige Erfolge in der Integration lassen vermuten, dass dieser Weg richtig war.

Das erfolgreiche Projekt MUSA wiederum steht für Muslimische Seelsorge in Augsburg. Es reagiert auf die seelischen Nöte von Zugewanderten mit einem neuen Angebot.

Beispiel Nürnberg: Die Agentur für Arbeit, das Jobcenter Nürnberg-Stadt und die Stadt Nürnberg haben mit dem Projekt „BONVENA" eine Maßnahme der Beschäftigungsförderung für Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive entwickelt. Zielgruppe sind insbesondere junge Erwachsene, die in der Regel zwischen 21 bis 25 Jahre alt sind, eine Aufenthaltsgestattung besitzen, aber derzeit keine Erwerbstätigkeit ausüben dürfen.

Kultursensibles Coaching

Kernelemente sind ein kultursensibles Coaching mit Gesundheitsförderung, migrationssensible

(Fortsetzung auf Seite 4)

Der Medienkonsum über das Internet ändert den politischen Diskurs, das ließ sich erst unlängst wieder bei der US-Präsidentenwahl beobachten. Ist - z.B. in sozialen Medien - ein sinnvolles Debattieren über Politik überhaupt noch möglich? S. 15

Bayerischer Gemeindetag:

Zeitgemäße Lösungen

Das Bundeskabinett hat vor kurzem beschlossen, den Einsatz von Drohnen in und über sensiblen Bereichen zu verbieten. So sollen sie beispielsweise künftig nicht mehr über Einsatzorte von Polizei, Rettungsdiensten und Feuerwehren, Hauptverkehrswegen und Wohngebieten kreisen dürfen. Diese Maßnahme wird von den bayerischen Gemeinden und Städten begrüßt.

Wie Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl betonte, „darf es nicht sein, dass sensationslüsterne und neugierige Besitzer von privaten Drohnen Rettungskräfte ablenken und bei ihrer wichtigen Tätigkeit behindern, wenn sie knapp über ihnen Drohnen umherschwirren lassen. Unsere Feuerwehren haben bereits genug Ärger mit rücksichtslosen und uneinsichtigen Gaffern, die die Einsatzkräfte behindern. Der Observation von oben muss dringend Einhalt geboten werden."

Brandl zufolge bestehen auch datenschutzrechtliche Bedenken gegen den Einsatz von privaten Drohnen über Einsatzstellen. Die Aufnahme getöteter oder verletzter Personen oder auch nur die Kennzeichen verunfallter Kraftfahrzeuge mit anschließender Veröffentlichung im Internet verstießen gegen allgemein anerkannte Grundlagen des Datenschutzes. Außerdem bestätigte Brandl, dass sich immer mehr Bürgerinnen und Bürger hilfesuchend an die Gemeinden und Städte wenden, wenn private Drohnen über Häuser und Gärten in Wohngebieten auftauchen. „Es muss verhindert werden, dass sich die örtliche Gemeinschaft auch noch um die Abwehr von Spannern, die ihre teilweise perverse Neugier befriedigen wollen, kümmern muss. Es ist sehr zu begrüßen, dass der Bund diesen Auswüchsen moderner Technik und Freizeitbeschäftigung nunmehr einen klaren Riegel vorschieben will", unterstrich der Präsident.

Schuldenabbau

In punkto Finanzpolitik fordert der Verbandschef, den Haushaltsüberschuss des Bundes in Höhe von 6,2 Mrd. Euro jeweils zu gleichen Teilen für einen nachhaltigen Schuldenabbau, Steuersenkungen zugunsten der Bürger und für Investitionen in die Infrastruktur zu verwenden. „Ich stelle mir eine Drittelung des Betrags von 6,2 Mrd. Euro vor. Um spätere Generationen von Steuerzahlern von Schulden der Vergangenheit zu entlasten, sollte ein Drittel des Haushaltsüberschusses in den Abbau der Bundesschulden verwendet werden. Ein weiteres Drittel sollte den Bürgerinnen und Bürgern zugutekommen, die durch ihren Fleiß und ihre Arbeitskraft den Haushaltsüberschuss aktuell erst ermöglicht haben. So wäre es dringend angebracht, den Solidaritätszuschlag, der längst ein Anachronismus ist, schrittweise oder ganz abzuschaffen. Das letzte Drittel sollte konsequent in Investitionen in die marode Infrastruktur in Deutschland gesteckt werden. So sollten beispielsweise Gelder in den weiteren Breitbandausbau, in die Sanierung der Straßen sowie in den Ausbau der Bildungs- und Kinderbetreuungsangebote gesteckt werden. Ich halte das für eine insgesamt gerechte Lösung", hob Brandl hervor.

Keineswegs auf fruchtbaren Boden fällt in Bayerns Kommunen dagegen die von der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung" kürzlich ausgelöste öffentliche Diskussion um die Besteuerung von Katzen. Der Bayerische Gemeindetag verweist auf einen zu hohen Verwaltungs- und Kontrollaufwand, der durch eine solche Steuer in den Rathäusern ausgelöst würde. Zwar wäre grundsätzlich nach dem bayerischen Kommunalabgabenrecht die Einführung einer Katzensteuer denkbar; allerdings stünde der damit verbundene bürokratische Aufwand in keinem Verhältnis zu den möglicherweise zu erzielenden Steuereinnahmen.

Abgesehen von der sicherlich emotional geführten Debatte um die Höhe einer solchen Steuer müsste vermutlich ein in der Praxis kaum vollziehbares Verfahren zur Kontrolle der Haltereigenschaft eingeführt werden. Und – ähnlich wie bei Hunden – müssten Tierheime von der Steuerpflicht ausgenommen werden. Der Bayerische Gemeindetag gibt Wünschen nach Einführung einer Katzensteuer in Bayern deshalb keine Chance. **DK**

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Winterklausuren der Landtagsfraktionen	2
Zukunftsforum Ländliche Entwicklung: Neue Impulse	2
Heimatempfänge: „Stadt und Land - Hand in Hand"	3
50 Jahre HSS: Demokratie, Frieden und Entwicklung	3
Dorferneuerung: Rasche Unterstützung	3
Hochwerigen Tourismus konsequent weiterentwickeln	4
GZ-Fachthemen:	
Kommunale Finanzthemen	**5-9**
Kommunaler Bau	**9-11**
Wasser · Abwasser · Kanalisation	**12**
Tourismus	**13**
Aus den bayerischen Kommunen	14-16

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - **B 1578**
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Postfach 825, 82533 Geretsried

Winterklausur der Landtagsfraktionen:

CSU stellt Innere Sicherheit und Migration in den Mittelpunkt

Opposition setzt eigene Schwerpunkte

Traditionell veranstalten die bayerischen Landtagsfraktionen Mitte Januar ihre Winterklausuren an verschiedenen Orten in unterschiedlichen Landesteilen des Freistaats. Für die CSU-Regierungsfraktion ging es, nach vier Jahrzehnten im oberbayerischen Wildbad Kreuth, erstmals im Winter ins oberfränkische Kloster Banz bei Bad Staffelstein, das der Hanns-Seidel-Stiftung gehört. Die SPD hingegen tagt schon seit einigen Jahren in Kloster lrsee im Allgäu, die Freien Wähler trafen sich im oberpfälzischen Cham und die Grünen fanden sich in Rothenburg ob der Tauber nahe der Grenze zu Baden-Württemberg ein. Hier hält die Fraktion auch ihre Sommerklausur ab. Wesentliche Tagungspunkte waren fraktionsübergreifend die Innere Sicherheit sowie die Asyl- und Migrationspolitik, wobei gerade die Oppositionsparteien auch andere Themen in den Vordergrund rückten.

Für die CSU steht nach den Terroranschlägen des vergangenen Jahres die Innere Sicherheit ganz oben auf der Agenda. Hierzu hat die Fraktion ein zwölfseitiges Positionspapier beschlossen, in dem u.a. die Verschärfung der bundesweiten Sicherheitsgesetze gefordert wird.

CSU: Eigene Schwerpunkte bei der Gefahrenabwehr

Darüber hinaus will Bayern im Rahmen seiner Möglichkeiten selbst alles zur Gefahrenabwehr unternehmen. Hierzu gehören elektronische Fußfesseln und andere technische Mittel zur dauerhaften Aufenthaltsüberwachung von Gefährdern sowie die Möglichkeit,diese in Gewahrsam zu nehmen. Außerdem soll in Passau bis 2022 eine neue Justizvollzugsanstalt (JVA) mit 400 Plätzen - davon 100 für die Abschiebehaft von Flüchtlingen - errichtet werden. Dies kündigten Innenminis-ter Joachim Herrmann, Justizminister Winfried Bausback und CSU-Fraktionschef Thomas Kreuzer an.

Prävention verstärken

Des Weiteren will der Innenminister in den nächsten Wochen einen Entwurf zur Änderung des Bayerischen Polizeiaufgabengesetztes vorlegen in dem ganz klar gesetzlich definiert“ werde, wer als Gefährder einzustufen ist. Darüber hinaus hätten alle Instrumente, die der Polizei vom Landtag zusätzlich an die Hand gegeben werden, vorbeugenden Charakter. Sie dienten der Abwehr von Gefahren und sollen bereits geltende ausländerrechtliche Befugnisse wie Meldeauflagen und Kontaktverbote ergänzen,erläuterte Herrmann. Der Justizminister will für einen „nachhaltigen und konsequenten Vollzug der Abschiebehaft sorgen. Ohne Abschiebehaft könne man das Migrationsrecht nicht durchsetzen, betonte Bausback. Fraktionschef Kreuzer kündigte an das Gesetzgebungsverfahren zügig durchzuführen.

SPD will mehr Chancengleichheit

Die SPD-Wintertagung im Allgäu stand unter dem Motto „Zukunft gestalten - für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte. Ein ganz wesentlicher Punkt sei dabei die soziale Gerechtigkeit, die laut Umfrage 83% der Bayern forderten, betonte Fraktionsvorsitzender Markus Rinderspacher. Hierzu sei vor allem eine stärkere Besteuerung Vermögender erforderlich und mehr Chancengleichheit der Kinder in den Schulen. Natürlich befasse man sich auch mit den Themen Sicherheit und Asyl. Beim Führungspersonal der Partei sehe er momentan keinen Handlungsbedarf. Diese Diskussion komme jetzt „zur Unzeit“, erklärte Rinderspacher,

Bessere Wärmenutzung

Den Grünen ging es auf ihrer Winterklausur vor allem um die ureigenen Themen Klimapolitik und Flächenverbrauch. Fraktionschef Ludwig Hartmann erklärte, seine Partei werde Vorschläge für eine bessere Wärmenutzung machen und so die Klimapolitik weiter vorantreiben. Gegen den ausufernden Flächenverbrauch habe die Fraktion ein Konzept erarbeitet. Außerdem gebe es nach jüngsten Umfragen in der Bevölkerung mehr Zustimmung zur Familien-, Sozial-Bildungs- und Flüchtlingspolitik der Grünen, so Hartmann. Co-Fraktionsvorsitzende Margarete Bause erneuerte ihre Hoffnung auch im CSU-regierten Freistaat politisch etwas bewegen zu können. Ihre Partei werde sich weiter darauf vorbereiten, irgendwann Regierungsverantwortung zu übernehmen.

Die Freien Wähler(FW) hatten sich zu ihrer dreitägigen Klausur in Cham versammelt und die aktuelle politische Lage sowie regionale Themen aus der Oberpfalz erörtert. Schwerpunkte waren die Innere Sicherheit, eine Stärkung der regionalen Wirtschaft sowie die Kultur abseits von Metropolregionen.

Handlungsbedarf im ländlichen Raum

Fraktionschef Hubert Aiwanger betonte,seine Partei sei „die politische Kraft auf die sich die Menschen gerade im ländlichen Raum verlassen können. Bayern müsse insgesamt stark bleiben,wozu man das flache Land besser anbinden und unterstützen müsse. Darüber hinaus setze man mit besserer Bildungspolitik und moderner Infrastruktur in Bayern wichtige Impulse für die Zukunft der Kinder. Zudem seien Regionalität und Heimat gerade in Zeiten der Globalisierung wichtig. **rm**

Gute Zukunftschancen in der Wirtschaft

Wirtschaftsministerin Ilse Aigner hat jüngst im Ministerrat eine positive Bilanz zur aktuellen Situation und den Zukunftschancen der bayerischen Wirtschaft gezogen: „Bayern weist eine herausragende wirtschaftliche Bilanz auf. In knapp der Hälfte der bayerischen Landkreise und kreisfreien Städte herrscht Vollbeschäftigung. Die Arbeitslosenquote lag zuletzt bei 3,3 Prozent und die Unterschiede zwischen den Regierungsbezirken sind erneut deutlich zurückgegangen.“

Die Wirtschaftsministerin betont: „Mit 5,4 Millionen sozialversicherungspflichtigen Jobs haben wir einen neuen Spitzenwert erreicht. Bayern ist außerdem Wachstumsspitzenreiter unter den Ländern. Auch das verfügbare Einkommen der Bürger in Bayern liegt weit über dem Bundesdurchschnitt.“ Der Wirtschaftsstandort Bayern sei damit hervorragend aufgestellt. Ministerin Aigner: „Ökonomische Sicherheit bleibt die Voraussetzung für die Handlungsfähigkeit des Staates gerade in Zeiten großer Herausforderungen. Erfolgreiche Wirtschaftspolitik ist eine wichtige Grundlage für Wohlstand und sozialen Frieden, für Zukunftsinvestitionen, aber auch für eine gut ausgestattete Polizei und eine funktionsfähige Verwaltung.“

Um die Spitzenposition Bayerns auch für die Zukunft zu sichern, stelle die Staatsregierung die richtigen Weichen in fünf für die Standortentwicklung wichtigen Handlungsfeldern: Digitalisierung, Zukunft der Mobilität, Entwicklung der Gründertätigkeit, Internationalisierung sowie Verbesserung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen auf Bundesebene.

Wirtschaftsministerin Ilse Aigner weiter: „Bei der Digitalisierung sorgen wir mit einem Bündel an Maßnahmen dafür, dass bayerische Unternehmen die Chancen der Digitalisierung für sich nutzen können.“ Das gelte für große Weltkonzerne ebenso wie für den kleinen Handwerksbetrieb. „Bayern wird von der Digitalisierung profitieren“, so Aigner, „weil Politik und Wirtschaft ihren Gestaltungsanspruch umsetzen. Kein anderes Bundesland packt die Digitalisierung so beherzt und so umfassend an.“ Sowohl das Zentrum Digitalisierung.Bayern als auch der Digitalgutschein sind nach Aigners Worten hervorragend angelaufen. Die digitalen Gründerzentren in den Regionen werden einen neuen Schub im ganzen Land auslösen.

Auch im Bereich Mobilität sieht Aigner Bayern klar auf Zukunftskurs: „Seit 2008 haben wir über 130 Millionen Euro in die Elektromobilität investiert. Mit dem Mobility Hub, der Plattform vernetzte Mobilität am Zentrum Digitalisierung.Bayern und der A9 als digitaler Teststrecke haben wir in Bayern wichtige Impulsgeber für den Verkehr der Zukunft geschaffen.“

Bei den Unternehmensgründungen habe sich dank der Gründerinitiative die Sichtbarkeit als Gründerstandort wie auch die Gründerdynamik noch einmal deutlich erhöht, erklärte die Ministerin: „Wir sind führend bei den werthaltigen Gründungen. Durch eine Verbesserung der Gründerfinanzierung, Gründerzentren in allen Regionen Bayerns und weitere Aktivitäten stärken wir das Gründergeschehen im Freistaat.“ Der Wachstumsfonds Bayern habe eine gewaltige Hebelwirkung und mit dem Einsatz von 17,5 Millionen Euro bereits rund 127 Millionen Euro an Investitionen mobilisiert.

Im Bereich der Außenwirtschaft bekannte sich Aigner zum freien Handel. Internationale Abkommen zum Freihandel wie CETA und TTIP seien enorm wichtig für Bayerns exportorientiere Wirtschaft.

Ein neuer hochkarätig besetzter Innovationsbeirat soll die Staatsregierung künftig fachlich auf den Feldern Wissenschaft, Forschung und Innovation beraten. Staatskanzleiminister Dr. Marcel Huber wurde beauftragt, hierzu gemeinsam mit den betroffenen Ressorts ein Konzept auszuarbeiten. ❒

Zukunftsforum Ländliche Entwicklung in Berlin:

Neue Impulse für Leben und Arbeiten

„Ländliche Räume – Miteinander die Zukunft gestalten“ lautete das diesjährige Generalthema des Zukunftsforums Ländliche Entwicklung, veranstaltet vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Zu dieser im Rahmen der Internationalen Grünen Woche (IGW) in Berlin durchgeführten zweitägigen Veranstaltung kamen rund 1.000 Akteure der Ländlichen Entwicklung sowie Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft zusammen. Erneut bot das Zukunftsforum eine ausgezeichnete Plattform für Diskussionen, Gedankenaustausch und Vernetzung.

Praktische Einblicke in ihre Projekte gaben Akteure des Modellvorhabens „Land (auf) Schwung“. Sie zeigten, wie sie ihre Region fit für die Zukunft machen. „Land (auf) Schwung ist ein Modellvorhaben mit hoher Flexibilität, so dass auch einmal experimentiert werden kann. Es gibt den Regionen viel Verantwortung, wodurch Mut zu Entscheidungen gefragt ist“, betonte Dr. Hanns-Christoph Eiden, Präsident der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE). Eine Besonderheit von Land (auf) Schwung sei es, dass die 13 geförderten Regionen durch ein Regionalbudget von jeweils 1,5 Millionen Euro eigenständig die Projektförderung vor Ort übernehmen; dabei würden sie unterstützt von der Geschäftsstelle Land (auf) Schwung in der BLE.

Projektvielfalt

Seit Beginn von „Land (auf) Schwung“ im Juli 2015 wurden bereits 130 Projekte umgesetzt. Die Projektvielfalt macht den Gestaltungswillen deutlich: Das Projekt „Hiddenseer Kutterfisch“ in Vorpommern-Rügen stärkt die regionale Vermarktung von Fisch. Das „medienWERK“ eröffnet im Werra-Meißner-Kreis Jung und Alt die Möglichkeiten der kreativen Medienarbeit und der Hochsauerlandkreis (HSK) unterstützt mit dem Projekt „Heimvorteil HSK“ Rückkehrer in ihre Heimat. Im Landkreis Bautzen gibt die „Integrationswerkstatt“ Flüchtlingen die Chance auf eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt.

Die Menschen der Region Kronach wiederum haben mit den Fördermitteln von „Land (auf) Schwung“ einen eigenen Weg gefunden, der Abwanderung, vor allem junger Familien, aktiv zu begegnen. Das Projekt „Arnikastadt Teuschnitz – Bürger werden Unternehmer“ ist ein kreativer Schritt in eine wertschöpfende Zukunft: Da die landwirtschaftliche Nutzung der Böden in der Region stark zurückgegangen ist, entwickelte sich rund um Teuschnitz eine besondere Vegetation, in der die Arnikapflanze gut gedeiht. Auf Basis dieser qualitativ hochwertigen Heilpflanze haben die Menschen aus Teuschnitz ein Konzept für mehr Wirtschaftskraft in ihrer Region entwickelt. Dabei macht die Region ihre Bürger zu Unternehmern und nutzt einzigartige Potenziale zur regionalen Wertschöpfung, die manche wohl auf den ersten Blick übersehen hätten.

Mitmach-Stationen

Im Rahmen des Zukunftsforums lud zudem das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft auf seinem Messestand an mehreren Mitmach-Stationen dazu ein, selber an Zukunftsthemen der ländlichen Entwicklung zu tüfteln, z.B. am Auto-Parcours, wo große und kleine Besucher Wege zu einem zukunftsfähigen Dorf spielerisch entdecken konnten. Darüber hinaus informierte das Ministerium über eigene geförderte Projekte und politische Initiativen für ländliche Räume. Ein neues digitales Infoportal lud dazu ein, Deutschlands ländliche Regionen auf interaktiven Landkarten des Thünen-Institutes zu erforschen. Die Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume gab Einblicke in ihre Arbeit als Schnittstelle zwischen den Akteuren der ländlichen Entwicklung.

Im LEADER-Laden der Bundesarbeitsgemeinschaft der LEADER-Aktionsgruppen in Deutschland (BAG LAG) konnten die Besucher Projekte, Themen und Highlights der 321 LEADER-Regionen „einkaufen“ und so die gesamte („Waren“-) Vielfalt von LEADER kennenlernen. Als „Tagesangebot“ präsentierte sich jeweils eine Lokale Aktionsgruppe mit praktischen Beispielen zur Umsetzung von LEADER und in der Café-Ecke lud die BAG LAG als Kommunikationsplattform der bundesweiten LEADER-Regionen zum Austausch des neuesten „Dorftratschs“ ein.

Wertschöpfungsperspektiven

Auf 24 Begleitveranstaltungen, darunter die Themen „Grüne Infrastruktur: Neue Wertschöpfungsperspektiven in ländlichen Räumen“, „Verbreitung sozialer Innovationen auf dem Land“, „Jugendbeteiligung in der ländlichen Entwicklung“, „Bürger-Dorfläden“, „Neue Wohnformen im Ländlichen Raum“, „Aktuelle Herausforderungen der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum“, Naturschutzgroßprojekte und Ländliche Entwicklung“ sowie „Digitalisierung auf dem Land - Chancen und Risiken für das Ehrenamt 4.0“, wurden zahlreiche Facetten des ländlichen Raums eingehend diskutiert. Darüber hinaus agierten hochkarätige Referenten als wichtige Impulsgeber. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Baumgartner
85247 Schwabhausen
am 14.2.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Norbert Endres
97855 Triefenstein
am 6.2.

Bürgermeister Peter Haugeneder
84524 Neuötting
am 9.2.

Bürgermeister Franz Morath
87743 Egg a. d. Günz
am 10.2.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Andreas Galster
91083 Baiersdorf
am 8.2.

Bürgermeister Peter Högg
86420 Diedorf
am 8.2.

Bürgermeister Hubert Endres
97494 Bundorf
am 12.2.

Bürgermeisterin
Johanna Purschke
87616 Wald
am 12.2.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Christian Ziegler
92269 Fensterbach
am 5.2.

Bürgermeister Jürgen Frank
89434 Blindheim
am 7.2.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin
Doris Leithner-Bisani
95364 Ludwigschorgast
am 2.2.

Bürgermeister
Robert Pötzsch
84478 Waldkraiburg
am 13.2.

Bürgermeister
Richard Greiner
86356 Neusäß
am 14.2.

Hinweis in eigener Sache:
Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Terminhinweis:

FUTURE-Konferenz – „Wir haben Zukunft“

Am 6. und 7. April laden Leadership-Experten der FUTURE Gesellschaft m.b.H. zu einer Zukunftskonferenz in das Hotel Gut Ising in Chieming ein. Unter dem Motto „Wir haben Zukunft“ erhalten Topmanager und Entscheidungsträger aus Wirtschaft und Verwaltung wertvolle Impulse – auf ihrem Weg zu einer neuen Führungskompetenz. Der Grundsatz lautet: „Gute Führung kann man lernen, Leadership muss man entwickeln“.

Manager brauchen Zukunftskompetenz. Landräte und Bürgermeister sind Manager. Heutzutage sind neue Führungsqualitäten gefragt. Leadership 4.0 verlangt die Fähigkeit visionär zu denken, authentisch zu führen und ein neues ethisches Verständnis von Mensch und Wirtschaft. Viele Top-Manager stehen damit jetzt vor einer großen persönlichen Entwicklungsaufgabe.

Am malerischen Chiemsee erfahren Führungskräfte, wie man eine von Optimismus geleitete Zukunftskompetenz entwickeln, das Gefühl von Sicherheit, Vertrauen, Lockerheit und Gelöstheit stärken, sowie die schlummernden Potenziale der Mitarbeiter heben kann.

Passend zum eigenen Modell zur Kompetenzentwicklung hat die Future Training Beratung Coaching G.m.b.H. vier prominente Referenten gewinnen können: Univ-Prof. Dr. Joachim Bauer, Facharzt für Innere Medizin, Psychiatrie und Psychotherapie, setzt sich mit der menschlichen Grundmotivation aus neurowissenschaftlicher Sicht auseinander. Pater Dr. Anselm Grün OSB spricht über die wichtigsten Eigenschaften guter Führungskräfte. Der renommierte Wirtschaftswissenschaftler Stephan Schulmeister plädiert für einen „New Deal“ in der Zeit eines krisenhaften Kapitalismus. Zuletzt gibt Trend- und Zukunftsforscher Matthias Horx eine Anleitung zum Zukunftsoptimismus anstelle von „blindem Pessimismus“.

In Workshops und zwischen den Veranstaltungen besteht die Möglichkeit zum Austausch und Netzwerken. Der FUTURE-Appell lautet: „Setzen wir uns mit der Zukunft auseinander! Richten wir uns nach ihr aus! Nehmen wir die Zukunft in die Hand, bevor sie schicksalhaft über uns hereinbricht!“

Weitere Informationen zur Konferenz und Anmeldung unter: www.FUTURE-Konferenz.info ❒

V. l.: Der ehemalige CSU-Vorsitzende Dr. Theo Waigel, Landtagspräsidentin Barbara Stamm, Ministerpräsident Horst Seehofer, Bundespräsident Joachim Gauck, HSS-Vorsitzende Prof. Ursula Männle, CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt mit Ehemann Wolfgang Zeitlmann, der Vorsitzende der EVP-Fraktion Manfred Weber, Sozialministerin Emilia Müller und Innenminister Joachim Herrmann. Bild: Stephan Schaberl

50 Jahre Hanns-Seidel-Stiftung:

Im Dienst von Demokratie, Frieden und Entwicklung

Festakt in München mit über 450 geladenen Gästen

Die Hanns-Seidel-Stiftung kann auf fünf Jahrzehnte erfolgreiche Bildungsarbeit zurückblicken. Aus diesem Jubiläumsanlass kamen über 450 geladene Gäste zu einem Festakt in die Stiftungszentrale in München, darunter die Festredner Bundespräsident Joachim Gauck und Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer.

Politische Erdbeben der vergangenen Jahre haben das Interesse an demokratischer Kultur und politischem Wissen wieder gesteigert - Felder, auf denen sich die Hanns-Seidel-Stiftung seit einem halben Jahrhundert weltweit engagiert. Über 43.000 Seminare mit ca. 1,6 Millionen Teilnehmern hat die HSS seit ihrer Gründung allein im Bereich Politische Bildung abgehalten. Das stiftungseigene Institut für Begabtenförderung unterstützt derzeit 1.100 Stipendiaten, in der Entwicklungszusammenarbeit werden aktuell weltweit 100 Projekte in 65 Ländern durchgeführt. Auch in den Feldern Politikanalyse und Politikberatung engagiert sich die Hanns-Seidel-Stiftung ganz im Sinne ihres Stiftungsmottos „Im Dienst von Demokratie, Frieden und Entwicklung".

Freiheitliches politisches System

Ein Zitat des Namengebers der Stiftung aus dem Jahr 1965 stand an zentraler Stelle des Vortrags der Stiftungsvorsitzenden Prof. Ursula Männle. Es ist heute so aktuell wie damals und gemahnt an die Aufgaben politischer Stiftungen: „Wer die politische Wirklichkeit aufmerksam betrachtet, kann nicht übersehen, dass die Idee eines freiheitlichen politischen Systems keineswegs als fester Erlebniswert im Bewusstsein unseres Volkes lebendig ist."

Für Dr. Hanns Seidel, CSU-Vorsitzender sowie Bayerischer Ministerpräsident (1957 bis 1960), sei es zentral gewesen, dass sich zusammen mit dem wirtschaftlichen Neuaufbau Nachkriegsdeutschlands auch ein politisch-moralischer Wiederaufbau vollziehen müsse, betonte Ursula Männle. Entsprechend hoch sei die Verantwortung der Parteien für die Auswahl der Führungspersönlichkeiten und die Förderung des politischen Nachwuchses: Vor allem für die Jugend müssten die Tore einer Partei weit geöffnet werden, habe Seidel gefordert und von einer „Erziehungsaufgabe" gesprochen. Hierbei sollten für Seidel die politischen Stiftungen des Landes eine tragende Rolle spielen. Prof. Männle: „Als Schule der Demokratie wollen wir auch künftig auf nationaler und internationaler Ebene Menschen aktivieren und befähigen, sich aktiv in die Gestaltung ihrer Gesellschaften einzubringen."

„Mit der Gründung der politischen Stiftungen nach dem Krieg verband sich die Hoffnung, sie würden zur Stabilisierung der Demokratie in Deutschland beitragen. Die Hanns-Seidel-Stiftung nimmt diesen Auftrag zweifelsohne wahr, ebenso wie andere parteinahe politische Stiftungen in Deutschland", unterstrich Bundespräsident Joachim Gauck in seiner Festrede.

Bildung auf christlicher Grundlage

Laut Gauck setzt sich die HSS ein für die „demokratische und staatsbürgerliche Bildung des deutschen Volkes auf christlicher Grundlage". Sie orientiere sich an einem Menschenbild, zu dem die freie Entfaltung der Persönlichkeit und ihre Eigenverantwortung ebenso gehören wie soziale Verantwortung und Solidarität. „Dass sich eine politische Stiftung auf das Prinzip der Verantwortung beruft, trifft sich durchaus mit dem, was ich als Demokrat in unserer Gesellschaft erlebe. Als Menschen besitzen wir die Fähigkeit, Verantwortung zu übernehmen und zu tragen. Ob wir diese Befähigung als gottgegeben empfinden, ist eine persönliche Frage", so das Staatsoberhaupt.

„Das Prinzip der Verantwortung ist es, das uns mit anderen verbindet, mit Menschen anderer Bekenntnisse und anderer politischer Zielvorstellungen. Wer immer sich verantwortlich einbringt in unserem Gemeinwesen, ist uns nahe. Er muss kein Freund, er kann ein politischer Gegner sein, aber er wird niemals Feind sein. So konnte der Sozialdemokrat Helmut Schmidt über den Christsozialen Franz Josef Strauß sagen, hier habe einer gehandelt, der ‚ganz und gar von der Leidenschaft erfasst war, der res publica zu dienen'. Und selbstverständlich wären sich beide ebenso einig gewesen über den öffentlichen Auftrag der politischen Stiftungen", stellte Gauck fest.

„Demokratie braucht politische Bildung", so habe die Hanns-Seidel-Stiftung ihren Auftrag selbst beschrieben. Politisches Engagement, Zivilcourage und Toleranz müssen Gauck zufolge auch in Zukunft vermittelt werden. „Das ist kein dramatischer Appell, sondern demokratisches Alltagsgeschäft, denn das Verständnis für Demokratie muss in jeder Generation neu erworben werden. Demokratie ist nicht, sie wird. Dazu beizutragen, ist unser aller Aufgabe."

Auch Ministerpräsident Horst Seehofer würdigte beim Festakt die Arbeit der HSS. Er zitierte seinen Amtsvorgänger Edmund Stoiber mit den Worten: „Gäbe es politische Stiftungen nicht, man müsste sie heute gründen." Dem Zweck des Vereins, nämlich die Förderung der demokratischen und staatsbürgerlichen Bildung des deutschen Volkes auf christlicher Grundlage, habe sich die HSS mit beeindruckendem Erfolg gewidmet. „Ich gratuliere den 250 Mitarbeitern der Stiftung zu fünf Jahrzehnten Erfolgsgeschichte in Bayern, Deutschland und auf der ganzen Welt. Ob in München oder Kloster Banz, ob in Berlin, in Peking oder Washington: Die Angebote und Leistungen der Hanns-Seidel-Stiftung sind im In- und Ausland hoch geschätzt."

Laut Seehofer „hat die Hanns-Seidel-Stiftung ihren Beitrag dazu geleistet, dass wir mit Genugtuung feststellen können: Wir leben heute in der stabilsten Demokratie, die es je auf deutschem Boden gegeben hat. Darauf können wir stolz sein! Doch darauf dürfen wir uns nicht ausruhen. Demokratie ist kein Geschenk, keine Selbstverständlichkeit. Demokratie braucht unseren Einsatz für Freiheit und Rechtsstaat, gegen Extremismus von rechts und von links, gegen Antisemitismus und gegen religiös motivierten Extremismus. Demokratie ist wertvoll, sie ist ein Schatz, den wir uns in Deutschland nie wieder aus der Hand nehmen lassen dürfen!"

Fehlende Wertschätzung

Leider sei die Wertschätzung für die Demokratie heute nicht mehr in dem Umfang gegeben, „wie wir alle uns das wünschen", fuhr Seehofer fort. Eine Umfrage der Hanns-Seidel-Stiftung zum Thema „Repräsentative Demokratie und politische Partizipation in Bayern" habe 2016 beunruhigende Ergebnisse zu Tage befördert. Danach waren jeweils 42 Prozent der Befragten nicht bzw. nur einigermaßen zufrieden mit der Demokratie. Lediglich 14 Prozent zeigten sich rundum zufrieden. „Dieses Ergebnis hat sicher viele Ursachen", erklärte der Ministerpräsident. „Eine davon ist: Viele Menschen verstehen nicht mehr so recht, wie Politik gemacht wird. Sie glauben nicht mehr, dass Politik etwas für sie persönlich bewirkt."

Die Menschen sehnten sich nach Orientierung, „weshalb wir wieder mehr Klarheit in der Politik brauchen. Klarheit in der Sprache, klare Vorstellungen, klare Entscheidungen. Entscheidungen zum richtigen Zeitpunkt und nicht erst, wenn es die Gegebenheiten erzwingen. Das ist der Schlüssel zu mehr Vertrauen in die Demokratie. Und: Wir brauchen mehr Mitsprache. Wir hatten es nie mit einer mündigeren und besser informierten Bevölkerung zu tun als heute. Deshalb wollen die Menschen ernst genommen und an den Entscheidungen der Politik verstärkt beteiligt werden. Es ist daher nur logisch, dass sich bei der erwähnten Umfrage der Hanns-Seidel-Stiftung 75 Prozent der Befragten für die Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene ausgesprochen haben", betonte Seehofer.

„Auch Demokratie entwickelt sich weiter, so wie sich die Einstellungen und Erwartungen der Bürger weiter entwickeln. Daraus müssen wir die nötigen Konsequenzen ziehen", hob der Ministerpräsident hervor. Dies gelte auch für die Arbeit der Stiftungen. „Früher hieß der Auftrag für die Bildungsarbeit: Erziehung zur Demokratie. Heute muss der Auftrag lauten: Teilhabe ermöglichen, Demokratie zu den Menschen bringen. Es freut mich sehr, dass die Hanns-Seidel-Stiftung dieser Entwicklung Rechnung trägt. Auf die nächsten 50 Jahre!", so Seehofer abschließend. **DK**

Staatsminister Dr. Markus Söder:

„Stadt und Land – Hand in Hand"

Viele Gäste bei den Heimatempfängen in Nord- sowie Südbayern

„Der ländliche Raum hat den gleichen Stellenwert wie die Großstädte", so Dr. Markus Söder beim Finanz- und Heimatemfang für Franken und die Oberpfalz am Nürnberger Dienstsitz seines Hauses. „Stadt und Land – Hand in Hand" müsse das Motto sein. Dabei wurde erneut klar: Dem Bayerischen Staatsminister der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat liegt sehr an der Identitätsentwicklung der Regierungsbezirke.

Der Staatsminister verdeutlichte sowohl beim Nordbayern-Empfang als auch wenige Tage später beim Südbayern-Empfang in der Münchner Allerheiligenhofkirche, dass Bayern zu den stärksten Räumen in Deutschland gehöre, „mit Potential zum weiteren Aufholen". Im Rahmen einer erfolgreichen Heimatstrategie seien die regionalen Identitäten bereits weiter gestärkt worden. Söder: „Entschleunigung in den Hauptstädten und Tempo machen in den Regionen" sei gefragt.

Erfolgreiche Heimatstrategie

Söder nannte beispielhaft den „Kommunalen Finanzausgleich auf Rekordhöhe" und die erfolgreiche Strategie zur Digitalisierung und Breitbandversorgung mit jetzt geplanter Nachsteuerung – kein anderes Bundesland mache ähnliche Angebote. So sollen gezielt auch in den Regionen Gewerbegebiete mit „Giga-Leitungen" versorgt, gleichzeitig aber auch die Grundversorgung in Einödhöfen gesichert werden.

Die ebenso wirkungsvolle Behördenverlagerung würde weiter fortschreiten und Bayern plane zudem als erstes Bundesland ein eigenes Landesamt für Datensicherheit mit 200 hochqualifizierten Arbeitsplätzen in Nürnberg. Die Digitalisierung bringe eben auch neue Herausforderungen mit sich, die es zu bewältigen gelte. Söder berichtete, dass bislang die täglich etwa 40.000 Angriffe auf das Behördennetz mit Erfolg abgewehrt wurden.

Regionalpolitik

Auch die Stärkung der Hochschulen in den Regionen sei ein wichtiges Instrument der Regionalpolitik. So zeigte sich Söder fest entschlossen, die weitere Entwicklung der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg als eines der größten Wissenschaftsprojekte in Bayern mit Nachdruck zu realisieren. Gemeinsames Ziel müsse sein, die wissenschaftspolitischen Zukunftschancen „mit Vernunft und in Partnerschaft" voranzubringen.

Insgesamt seien wirtschaftliche Entwicklung und Stabilität noch nie so gut gewesen, wie derzeit. Der Freistaat Bayern mache nicht nur seit vielen Jahren keine neuen Schulden, es werden sogar alte abgebaut und Rücklagen gebildet. Gleichzeitig würden über den Länderfinanzausgleich Rekordleistungen für andere erbracht und die Kosten für Asylsuchende geschultert. Demgegenüber mache Nordrhein-Westfalen ohne Aussicht auf Besserung zehn Milliarden neue Schulden.

Die „schleichende Transferunion" innerhalb Europas und die europäische Zinspolitik, welche bei den Sparern zum Substanzverlust führe und die private Altersvorsorge gefährde, ist Söder ein Dorn im Auge. Für ihn ist „das Geld am besten dort aufgehoben, wo es erarbeitet und verdient wird. Leistung muss sich wieder lohnen und Mehrleistung sowieso". Deshalb sei es angesichts von Niedrigzinsen und staatlicher Rekordeinnahmen Zeit für eine Entlastung der Bürgerinnen und Bürger durch Steuersenkungen.

Kalte Progression und Solidaritätszuschlag

„Endlich weg mit der Kalten Progression" und auch der Solidaritätszuschlag gehöre mit Auslaufen des Solidarpakts abgeschafft. Es gebe auch in den westlichen Ländern genügend Aufgaben zu erfüllen; neben einer Fülle notwendiger Infrastrukturmaßnahmen und Investitionen in Forschung und Bildung nannte Söder als ein Beispiel die Stärkung des Wohnungsbaus, bei welchem die Zeit von der Planung bis zum Erstbezug viel zu lange dauere. In diesem Zusammenhang plädierte er für eine verbesserte Eigenheimförderung, entsprechende Pläne habe er bereits in der Schublade.

„Politik muss Strömungen in der Gesellschaft erkennen und erfassen", das ist für Söder eine der wesentlichen Herausforderungen in 2017. In Anspielung auf den berühmten Spruch aus Berlin, wonach die Stadt „arm aber sexy" sei, meinte Söder: „Bayern ist reich und attraktiv und einfach immer ein bisschen besser". ❐

Mehr als 450 Gäste begrüßte Finanzminister Dr. Markus Söder beim nordbayerischen Heimatempfang, darunter Abgeordnete und Kommunalpolitiker, Repräsentanten der Wirtschaft, des Öffentlichen Lebens, des Konsularischen Korps, der Kirchen sowie Kulturschaffende und Vertreter von Vereinen und Verbänden. Im Bild (1. Reihe v. r.): Staatssekretär Albert Füracker, Staatsminister Dr. Markus Söder und die Landtagsabgeordneten Hans Herold und Hermann Imhof. ❐

Rasche Unterstützung für ländliche Gemeinden

Neue Auswahlrunde für kleinere Dorferneuerungsprojekte

Ab sofort können ländliche Gemeinden bei Dorferneuerungs- und Infrastrukturprojekten wieder Anträge für staatliche Zuschüsse stellen – auch außerhalb von Dorferneuerungsverfahren. Landwirtschaftsminister Helmut Brunner hat dazu jüngst die erste Antragsrunde in diesem Jahr gestartet.

„Mit der Förderung wollen wir den Kommunen helfen, überschaubare Projekte wie Dorfplätze, Wege oder Gemeinschaftshäuser rasch und effizient umzusetzen", sagte der Minister in München. Das aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) geförderte Programm solle eine auf den Erhalt des ländlichen Charakters ausgerichtete Innenentwicklung der Gemeinden sowie einen modernen ländlichen Wegebau voranbringen.

Laut Brunner können damit Investitionen zwischen 25.000 und 1,5 Millionen Euro mit einem Fördersatz von 60 Prozent bezuschusst werden. Die Anträge hierfür müssen bis 31. März beim zuständigen Amt für Ländliche Entwicklung eingereicht werden. Insgesamt stehen für den neuen Antragszeitraum rund 17 Millionen Euro zur Verfügung.

Detaillierte Informationen zum Förderprogramm sowie die Antragsunterlagen gibt es unter http://www.stmelf.bayern.de/LE-ELER. ❐

Hochwertigen Tourismus konsequent weiter entwickeln

Start der Sonderprogramme „Premiumoffensive Tourismus“ sowie „Almwirtschaften und Berggasthöfe“

Zum 1. Januar 2017 sind die zwei Sonderprogramme gestartet, mit denen der hochwertige Tourismus im Freistaat gefördert wird. Bayerns Wirtschafts- und Tourismusministerin Ilse Aigner: „Mit den beiden Sonderprogrammen ‚Premiumoffensive Tourismus‘ und ‚Almwirtschaften und Berggasthöfe‘ entwickeln wir Bayern als Tourismusland Nummer 1 in Deutschland weiter. Zugleich leisten wir mit der Förderung des Qualitätstourismus´ einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Wirtschaft im ländlichen Raum. Von der Förderung profitieren nicht nur Tourismusbetriebe, sondern auch der Einzelhandel und zahlreiche Handwerker vor Ort. So können wir Wohlstand sichern und Arbeitsplätze gerade auch in strukturschwächeren Regionen schaffen.“

Im Rahmen der bayernweiten „Premiumoffensive Tourismus“ werden insbesondere Investitionen zur Qualitätssteigerung im Hotellerie- und Gaststättenbereich gefördert. „Mit diesem Programm wollen wir die Sternehotellerie und -gastronomie im gesamten Freistaat weiter ausbauen. Gefördert werden unter anderem Umbau- und Modernisierungsmaßnahmen im Sinne der Barrierefreiheit, im Wellness- oder Kinderspielbereich sowie Investitionen in eine verbesserte IuK-Infrastruktur. Von den entstehenden Premiumangeboten kann jeweils die gesamte Urlaubsregion profitieren“, so die Ministerin, „weil diese als Besuchermagneten wirken“.

Programmlaufzeit von fünf Jahren

Für das Programm mit einer geplanten Laufzeit von fünf Jahren stehen zunächst für dieses Jahr fünf Millionen sowie im kommenden Jahr zehn Millionen Euro zur Verfügung. Förderberechtigt sind Unternehmen der gewerblichen Hotellerie sowie bei besonderer Bedeutung für den lokalen Tourismus auch gastronomische Betriebe.

Zukunftsstrategie

Auch das im Rahmen der „Zukunftsstrategie für den bayerischen Alpenraum“ initiierte Sonderprogramm „Almwirtschaften und Berggasthöfe“ soll den Qualitätstourismus weiterentwickeln. Aigner: „Mit dem Sonderprogramm wollen wir Sanierungs-, Modernisierungs- und Erweiterungsmaßnahmen bei Almwirtschaften- und Berggasthöfen vorantreiben. Viele Menschen besuchen den Freistaat auf Grund seiner herrlichen Alpenlandschaft. Einkehr und Übernachtung am Berg gehören dazu. Mit dem neuen Sonderprogramm wollen wir den gestiegenen Bedürfnissen der Gäste Rechnung tragen“. Das Sonderprogramm sieht für dieses Jahr Mittel in Höhe von 500.000 Euro vor und ist auf gewerblich betriebene Almwirtschaften und Berggasthöfe in den bayerischen Berggebieten entlang der Alpenkette beschränkt. ❐

Integration von Geflüchteten...

(Fortsetzung von Seite 1)

Kompetenzerfassung, eine arbeitsweltbezogene Sprachförderung und Qualifizierung vor allem in den Berufsfeldern gewerblich-technischer Berufe, des Hotel- und Gaststättenbereichs, im Lager und Logistik, Verkauf und Handel und in der Pflege. Auch ein Bewerbungsmanagement und praktische Hilfen bei Ämtergängen und bei der Wohnungssuche gehören zum Programm.

Die Sprachintegrationsklassen der Berufsvorbereitung an den beruflichen Schulen, die in Nürnberg in kommunaler Trägerschaft stehen, stellen ein unverzichtbares Einstiegsangebot für neu zugewanderte Jugendliche und junge Erwachsene dar: Sie fallen unter die Vollzeit-Berufsschulpflicht und können so zwei Jahre in Vollzeit die Schule besuchen, Deutsch lernen, einen Schulabschluss erwerben und sich beruflich orientieren. Zum Schuljahr 2016/17 sind in Nürnberg über 60 Klassen der Berufsvorbereitung gestartet. Das Nürnberger Modell ist seit einigen Jahren bayernweit übernommen worden. Seit dem Schuljahr 2015/16 wird ein drittes Jahr der Berufsvorbereitung angeboten. Es richtet sich an Jugendliche, die überwiegend außerhalb Deutschlands ihre Schullaufbahn absolviert haben, nicht über die für eine Berufsausbildung erforderlichen Deutschkenntnisse verfügen, aber eine betriebliche Ausbildung anstreben und sich im betrieblichen Alltag in deutscher Sprache verständigen können.

Berufsbildungszentrum

Beispiel Ingolstadt: Das Berufsbildungszentrum Gesundheit am Klinikum Ingolstadt ermöglicht Asylbewerbern, Flüchtlingen und Personen mit schwachen Deutschkenntnissen seit September 2016 eine berufliche Zukunft im Krankenpflegebereich.

Das Bayerische Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst unterstützt erstmals seit Beginn des Schuljahres 2016/2017 einen Schulversuch an Berufsfachschulen für Pflegehelferberufe. Im Rahmen einer einjährigen Maßnahme können dabei Asylbewerber und Flüchtlinge, aber auch andere Personen die noch große Defizite in der Beherrschung der deutschen Sprache aufweisen an der Berufsfachschule für Krankenpflege in Ingolstadt aufgenommen werden. Zur Vorbereitung auf die eigentliche Pflegehelferausbildung umfasst der Unterricht neben einer intensiven Sprachförderung grundlegende allgemeinbildende Inhalte und Themen zur gesellschaftlichen Integration und Wertevermittlung sowie eine intensive Vorbereitung auf die Ausbildung im Krankenpflegehelferberuf.

Beispiel Rosenheim: Die „Asylothek“ soll Asylbewerbern den Zugang zur deutschen Sprache und Kultur eröffnen und ehrenamtliche Flüchtlingsinitiativen unterstützen. Die Stadtbibliothek ist ein Lern- und Wohlfühlort mit offener Atmosphäre und attraktiven Angeboten.

Hausaufgaben- und Lernbetreuung

Ferner findet im neuen Nordtreff eine regelmäßige Hausaufgaben- und Lernbetreuung für Schüler, vor allem junge Flüchtlinge statt, die ein Berufsintegrationsjahr (BIJ) absolvieren. Die Hausaufgabenhilfe ist ein Leuchtturmprojekt zum Start des Stadtteiltreffs: Im Rahmen eines Projektseminars bieten Schüler des Rosenheimer Ignaz-Günther-Gymnasiums an vier Wochentagen eine Hausaufgabenhilfe für junge Migranten an. Die Gymnasiasten geben Nachhilfe und Tipps für die Hausaufgaben. Neben der Wissensvermittlung steht auch ein Stück gelebte soziale Integration dabei auf dem Stundenplan. Über die ehrenamtliche Initiative „Bytes and more“ wurden darüber hinaus drei PC-Arbeitsplätze mit Internet-Anbindung eingerichtet, die kostenfrei von den Besuchern des Treffs in Anspruch genommen werden können.

Ein breites Aktionsbündnis namens „Bikes for Friends“ hat sich außerdem zum Ziel gesetzt, Mobilität für Migranten zu sichern und zugleich das Thema Verkehrssicherheit zu unterstützen. Der ADFC und der Verein der Aktiven Senioren für Rosenheimer Jugendliche haben ehrenamtlich Fahrräder gesammelt, die bei einer Auftaktveranstaltung gemeinsam repariert und von Neuzugewanderten reserviert werden konnten.

Gemeinsames Singspiel

Die Chorgemeinschaft St. Quirinus e.V. Rosenheim hat zudem ein Projekt eines gemeinsamen Singspieles entworfen, wofür gezielt Kinder aus Migrantenfamilien eingeladen werden. Die Chorgemeinschaft bietet seit vielen Jahren einen Kinderchor an, der bei Konzerten oder Gottesdiensten mitwirkt. Im Gemeindegebiet von St. Quirinus liegen mehrere muslimische Gemeinden. Das Chorprojekt soll das Miteinander von christlichen und muslimischen Kindern fördern und deren sozialen Beziehungen intensivieren. Die Kinder sollen verschiedene Religionen sowie christliche und muslimische Musikformen kennenlernen und ihre gemeinsamen Wurzeln erleben.

Beispiel Regensburg: Was ist der Unterschied zwischen Hausärzten und Fachärzten? Warum muss ich mich krankenversichern und was bringt mir das? Wer kann mich zu Gesundheitsthemen beraten? Und was kostet mich das alles? Die Stadt Regensburg bildet im Projekt „Mit Migranten für Migranten – Interkulturelle Gesundheit in Bayern (Mi-Mi-Bayern)“ gut integrierte Migrantinnen und Migranten (sogenannte MiMis) zu Gesundheitsmediatoren aus, um diese und weitere Fragen für die zugewanderte Bevölkerung zu klären.

Um Flüchtlinge willkommen zu heißen und fremdenfeindlichen Stimmen entgegenzuwirken, rief der Regensburger Fotograf Patrick Reinig gemeinsam mit der befreundeten Autorin Dr. Christine Rüth darüber hinaus die Aktion „FLUCHT.PUNKT.MENSCH – Begegnungen mit Menschen, die zu uns geflohen sind“ ins Leben. Zwischen November 2015 und März 2016 porträtierten und interviewten sie 24 Flüchtlinge aus verschiedenen Herkunftsländern, die zum damaligen Zeitpunkt in Regensburg lebten.

Nachhaltige Integration

Beispiel Passau: Mit den Projekten „FAM -Potenziale nutzen“ und „PASSgenAU“ engagiert sich das Wirtschaftsforum der Region Passau e.V. in zwei zentralen Bereichen für die nachhaltige Integration von Migranten.

Ziel des Projekts „FAM – Potentiale nutzen“ ist die Arbeitsmarktintegration von älteren, nicht mehr schulpflichtigen Flüchtlingen, Asylbewerbern und Migranten (FAM). 50 Teilnehmer werden jährlich in Zusammenarbeit mit ehrenamtlichen Initiativen ausgewählt und durch eine Reihe von Qualifizierungsmaßnahmen (Sprachkurse, interkulturelles Training, Bewerbungscoaching) auf das Arbeitsleben vorbereitet. Im Anschluss absolvieren sie entsprechend ihrer beruflichen Vorkenntnisse und Interessen Praktika bei regionalen Betrieben. In über 60 Fällen sind daraus bereits feste Arbeits- oder Ausbildungsverhältnisse entstanden.

PASSgenAU ist eine Initiative, deren Förderangebote sich an Schulen und Kindergärten in Stadt und Landkreis Passau richten. Kinder mit erhöhtem Förderbedarf -darunter viele Migrantenkinder- werden mit Hilfe professioneller Lern- und Sprachpaten unterstützt. Pro Schuljahr werden im Schnitt an 30 Schulen 450 Kinder mit bis zu 6.000 Förderstunden unterstützt. Die Ausbildung der Lern- und Sprachpaten übernimmt der Lehrstuhl für Schulpädagogik der Universität Passau.

Beide Projekte sind nur durch die großzügige Unterstützung von Stadt und Landkreis Passau, den Kommunen und weiteren Förderern möglich. **DK**

Wegmarken für 2017...

(Fortsetzung von Seite 1)

der Landkreise, Städte und Gemeinden im Kern nicht gut bestellt ist. Daher sei es an der Zeit, über diese einzelnen Hilfeleistungen hinaus endlich strukturell etwas für die Kommunen zu erreichen, statt immer wieder nur punktuell die größten Löcher zu stopfen.

Umsatzsteuerverteilung

„Wir wollen nicht weniger als eine aufgabengerechtere Umsatzsteuerverteilung, die nicht nur die Kommunen begünstigt, die wirtschaftsstark sind. Die Steuermittel müssen endlich auch so verteilt werden, dass finanzschwache Kommunen mehr davon erhalten“, fuhr der Präsident fort. Dies müsse ausdrücklich auch die Landkreise mit einbeziehen, die bislang keinen Umsatzsteueranteil erhalten, aber im kommunalen Bereich den größten Anteil der Sozialausgaben zu tragen haben. Sager bezeichnete dies als „eine Unwucht, die unbedingt besser heute als morgen angegangen werden muss. Alles andere bleibt letztlich – so gut und richtig Finanzspritzen immer sind – Stückwerk. Das hilft uns strukturell nicht weiter und mündet früher oder später doch nur wieder darin, dass die Kommunen auf zusätzliches Geld von Bund und Ländern angewiesen sind. Es geht uns perspektivisch darum, diesen Zyklus zu durchbrechen, indem wir für eine Stärkung der Kommunalfinanzen auf der Einnahmeseite eintreten.“

Steigende Sozialausgaben

Bezogen auf die vielfache finanzielle Unterstützung des Bundes meinte der DLT-Chef: „Ich bin zuversichtlich, dass uns das vor Ort ein ganzes Stück weiterhelfen wird, gerade in Anbetracht weiter stark aufwachsender Sozialausgaben, kommunaler Investitionserfordernisse etwa bei Schule und Digitalisierung sowie Gestaltungsaufgaben wie bei der Integration von Flüchtlingen. Gerade die Integration wird den Landkreisen mehr und mehr abverlangen – konzeptionell, personell und finanziell. Daher ist die ebenfalls beschlossene Übernahme der flüchtlingsbedingten Unterkunftskosten von 2016 bis 2018 durch den Bund ein wichtiger Beitrag zur Freihaltung der Haushalte der Landkreise von diesen Zusatzkosten. Wir vertrauen insoweit der Zusage der Bundeskanzlerin, zu gegebener Zeit auch über 2018 hinaus für eine entsprechende Kostenübernahme zu sorgen.“

Sager appellierte freilich auch an die Länder, ihrer Verantwortung gegenüber den Landkreisen gerecht zu werden: „Das 5 Milliarden-Bundespaket enthält nämlich auch 1 Milliarde Euro für die Länder zur Weiterleitung an die Landkreise, Städte und Gemeinden. Wir gehen fest davon aus, dass die Länder diese Milliarde wie zugesagt vollständig weiterleiten.“

Zudem hätten die Länder allein im vergangenen Jahr mehr als 7,5 Mrd. Euro zusätzlich aus dem Umsatzsteueraufkommen des Bundes zur Bewältigung der Kosten der Asylverfahren und für Integrationsleistungen erhalten: „Wir fordern die Länder daher aus diesem Anlass erneut nachdrücklich auf, ihrer Pflicht zur aufgabenangemessenen Finanzausstattung ihrer Kommunen auch im Integrationsbereich nachzukommen. Dazu sind sie nach der erheblichen Finanzspritze des Bundes auch in der Lage“, urteilte Sager.

Bildung bleibt Ländersache

Als hilfreich für die Landkreise benannte er auch die vom Bund beschlossenen 3,5 Mrd. Euro für den Bildungsbereich, allerdings dürfe dieses Vorgehen nicht die Regel werden. „Es ist kontraproduktiv, wenn der Bund in diesem originären Zuständigkeitsbereich von Ländern und Kommunen tätig wird. Bildung ist keine Zuständigkeit des Bundes. Deshalb haben wir klar gesagt, dass es ein solches Geldgeschenk nicht noch ein zweites Mal geben darf.“ Ebenso klar sei aber auch, dass Investitionen in die Schulen dringend benötigt würden. „Das wollen wir keineswegs in Abrede stellen. Allerdings sehen wir hier eindeutig die Länder in der Pflicht.“

Für aufgabenangemessene Finanzausstattung

Sinnvoller als einmalige Geldgeschenke sei ein neuer Schlüssel zur Verteilung der Steuermittel, der endlich für eine aufgabenangemessene Finanzausstattung der Kommunen sorge. „Darum wird es dem Deutschen Landkreistag auch und gerade im Wahljahr 2017 zentral gehen.“

Leider befördere die Einigung zu den Bund-Länder-Finanzen eine Entwicklung in die falsche Richtung, da sich die Länder noch abhängiger vom Bund machten und diesem teilweise erhebliche Mitgestaltungsbefugnisse einräumten: „Wir wollen aber eine tragfähige dauerhafte Finanzausstattung aller staatlichen Ebenen zur Erfüllung der jeweiligen Aufgaben ohne wechselseitige Einflussnahmen. Aber wir sehen auch, dass einige besonders zentralisierende Aspekte mittlerweile abgemildert worden sind: Das betrifft die etwas offenere Ausgestaltung der Bundeskompetenzen bei der Verbesserung der Digitalisierung von Verwaltungsleistungen oder die ursprünglich drastischen Interventionsmöglichkeiten des Bundes gegenüber den Ländern bei Investitionshilfen“, stellte der Präsident fest.

Seine kritische Haltung bekräftigte der Deutsche Landkreistag indes zur beabsichtigten Novellierung des Unterhaltsvorschusses und schlug in diesem Zusammenhang eine Vereinfachung vor. Wie Reinhard Sager erläuterte, „sollten Empfänger von Leistungen nach dem SGB II keinen Unterhaltsvorschuss beantragen müssen. Dieser Vorschuss wird nämlich vom Jobcenter ohnehin als Einkommen berücksichtigt, so dass es für die Hartz IV-Empfänger stets ein ‚Nullsummenspiel’ ist. Wir würden den alleinerziehenden SGB II-Empfängern den doppelten Behördengang ersparen. Für die Betroffenen käme es zu keiner Verschlechterung: Sie erhalten denselben Betrag wie heute, aber künftig ausschließlich vom Jobcenter. Das wäre für alle Beteiligten eine Vereinfachung.“

Im Oktober 2016 hatten Bund und Länder im Rahmen ihrer Einigung zu den Finanzbeziehungen verabredet, ab 2017 die Altersgrenze für Kinder, für die Unterhaltsvorschuss gezahlt wird, von zwölf auf 18 Jahre anzuheben und die Dauer der Zahlungen in Zukunft nicht mehr zeitlich zu beschränken. „Wir lehnen diese überstürzte und für die Landkreise als Unterhaltsvorschussstellen kostspielige Novelle in der vorliegenden Form ab, da sie weder personell noch organisatorisch so kurzfristig umsetzbar ist. Zudem würde dadurch das Nebeneinander von Unterhaltsvorschussstellen und Jobcentern verstärkt“, hob Sager hervor. Dies gelte, auch wenn der Deutsche Landkreistag die Aufhebung der Altersgrenze und die Entfristung an sich grundsätzlich nicht in Frage stelle.

Mehrbelastungen

Durch die Aufhebung der Befristung des Leistungsbezuges und die Ausweitung des Kreises der Anspruchsberechtigten würden sich die Fallzahlen möglicherweise sogar mehr als verdoppeln, was derzeit noch nicht absehbare finanzielle Folgewirkungen hätte, warnte der Präsident. „Wir erwarten daher, dass die finanziellen Mehrbelastungen der Kommunen sowohl bei den Zweckausgaben als auch bei der Verwaltung vollständig ausgeglichen werden.“

Der Deutsche Landkreistag fordert in diesem Zusammenhang, bei SGB II-Leistungsberechtigten künftig generell nicht auch noch zusätzlich die Unterhaltsvorschussstellen einzuschalten. „87 % der Leistungsbezieher von Unterhaltsvorschuss erhalten auch SGB II-Leistungen vom Jobcenter. Der Unterhaltsvorschuss wird vom Jobcenter als Einkommen angerechnet und geht somit in der Leistung des Jobcenters auf. Damit handelt es sich um den klassischen Fall von Doppelbürokratie. Der Bürger muss zwei Anträge bei zwei Behörden stellen, erhält im Ergebnis aber nur eine Leistung, nämlich die des Jobcenters“, legte Sager dar.

Doppelte Bearbeitung

Diese doppelte Bearbeitung und Zahlung von Unterhaltsvorschussstelle einerseits und Jobcenter andererseits würde durch die Reform weiter ausgeweitet. „Deshalb müssen wir zu einer deutlichen Entbürokratisierung kommen, indem wir den Unterhaltsvorschuss auf die kleine Gruppe von Alleinerziehenden konzentrieren, die nicht parallel Leistungen des Jobcenters erhalten“, machte der DLT-Präsident deutlich. „Die Betroffenen erhalten dasselbe Geld wie heute, aber wir ersparen ihnen und uns den doppelten Behördengang.“

Die Unterhaltspflichtigen – also in der Regel die Väter – würden dadurch nicht besser gestellt: „Das Signal an die sich ihren elterlichen Verpflichtungen entziehenden Personen ist keineswegs: ‚Ihr kommt davon’. Vielmehr treiben Jobcenter und Unterhaltsvorschussstellen den ausstehenden Unterhalt ein. Es ist kein Kavaliersdelikt, sich seiner Unterhaltsverpflichtung zu entziehen: Wer dies tut, macht sich strafbar.“

Durch diese gesetzestechnisch leicht umsetzbare Änderung im Unterhaltsvorschussgesetz könnte nach Sagers Einschätzung die seit langem kritisierte Doppelbürokratie beseitigt und überdies vermieden werden, dass die kommunalen Behörden zeitlich, personell und finanziell überfordert werden. **DK**

Genossenschaftsverband Bayern:

Positionen zur Bundestagswahl 2017

Vorschläge für eine mittelstandsfreundlichere Wirtschafts- und Finanzpolitik hat der Genossenschaftsverband Bayern (GVB) rund 300 Tage vor der Bundestagswahl 2017 präsentiert. Die Positionen in dem veröffentlichten Papier orientieren sich an den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft und zielen darauf ab, die Leistungsfähigkeit des Mittelstands im Freistaat und in Deutschland auch in der kommenden Wahlperiode zu erhalten.

„Europa braucht mehr Verhältnismäßigkeit in der Regulierung", lautet eine Forderung des Genossenschaftsverbands Bayern. Inhalt und Form einer Regulierung müssten im Verhältnis zum Regulierungsziel angemessen sein. „Deshalb setzen wir uns für eine zielgenaue Bankenregulierung ein, die nach Geschäftsmodellen differenziert." Regionalbank sei nicht gleich Großbank. Institute mit überschaubaren und risikoarmen Geschäftsmodellen dürften nicht den gleichen Regulierungsanforderungen unterworfen werden wie international tätige Investmentbanken.

Laut GVB nehmen die regulatorischen Belastungen für Regionalbanken und Mittelstand stetig zu. Mittlerweile koste die Umsetzung der Regulierungs- und Aufsichtsanforderungen allein die Volksbanken und Raiffeisenbanken in Bayern jährlich 138 Millionen Euro. Diese Kosten und die Regulierung selbst beschränkten zunehmend die Möglichkeiten der Kreditinstitute zur Kreditvergabe. Leidtragende seien letztlich mittelständische Unternehmen, die auf eine funktionierende Kreditfinanzierung ihrer Hausbank angewiesen sind. Eine unverhältnismäßige Regulierung schade somit mittelfristig Investitionen, Wachstum und Beschäftigung.

„Ein stabiles Europa basiert auf Vielfalt, Subsidiarität und Eigenverantwortung. Wir sehen den zunehmenden Zentralisierungstrend in der Europäischen Union kritisch", heißt es weiter. Stabilität werde es in Europa nur dauerhaft geben, wenn Unterschiede zugelassen werden.

Mit der Bankenunion würden Probleme einzelner nationaler Bankensysteme zunehmend in eine gemeinsame Haftung aller Länder übertragen. Die Zentralisierung schwäche die Leistungsfähigkeit der EU und schade dem Vertrauen in die europäische Integration. Ein Zeichen dafür sei das Erstarken europakritischer Bewegungen in vielen Mitgliedsstaaten. „Wir nehmen diese Warnsignale ernst. Europa muss sich auf das Subsidiaritätsprinzip zurückbesinnen. Die Gesetzgebung muss an der Maxime 'So viel Subsidiarität wie möglich' ausgerichtet werden. Die Europäische Union darf nur tätig werden, wenn die Maßnahmen der Mitgliedsstaaten nicht ausreichen und wenn die politischen Ziele unzweifelhaft besser auf der Gemeinschaftsebene erreicht werden können", stellt der GVB fest.

Darüber hinaus plädiert der Verband für transparente Rechtsetzung und demokratische Kontrolle in Europa. Die zunehmende Macht der EU-Behörden habe für zahlreiche unverhältnismäßige Anforderungen gesorgt. Hiervon betroffen seien insbesondere kleinere Unternehmen wie die für Deutschland typischen Regionalbanken und deren mittelständische Kunden.

Eine weitere Forderung des GVB lautet: „Die Politik muss sich wieder stärker an zwei tragenden Säulen der marktwirtschaftlichen Ordnung ausrichten: der Achtung wirtschaftlicher Freiheit und der Notwendigkeit stabiler, vertrauenswürdiger Rahmenbedingungen." Dies gelte es sowohl bei der Umsetzung europäischer Vorgaben in deutsches Recht als auch bei nationalen Gesetzesvorhaben zu berücksichtigen.

Tiefgreifende Eingriffe in die wirtschaftliche Freiheit kosten Wohlstand. Die Gesetzgeber müssten sich deshalb immer wieder fragen: „Erreicht eine Regulierung ihr Ziel?" und „Wie schwerwiegend sind die Nebenwirkungen eines Markteingriffs?". Stimmt das Verhältnis aus Nutzen und Nachteilen einer Regelung nicht, müsse der Gesetzgeber sie korrigieren. „Sonst erodiert das Vertrauen in seine wirtschaftspolitische Verlässlichkeit."

„Praxisgerechter Anlegerschutz statt Beratungsbürokratie und Aufsichtslücken", heißt ein letzter Appell des Genossenschaftverbandes Bayern. Vor dem Hintergrund der Niedrigzinsphase, die die Anleger zwinge, ihr Sparverhalten zu verändern und der stetig zunehmenden Unübersichtlichkeit der Finanzwelt entstehe ein zusätzlicher Beratungsbedarf. Doch führten oftmals wenig praxistaugliche Regulierungen dazu, dass die Anlageberatung inzwischen für viele kleinere Banken unrentabel ist. „Die Politik muss reagieren", in dem sie Hindernisse für eine flächendeckende Anlageberatung beseitige, so der GVB. Die Anleger benötigten eine gute und verlässliche Anlageberatung – egal, ob es um eine Immobilienfinanzierung, einen Fondssparplan, den Kauf einer Aktie oder Crowd-Investing geht.

Wie GVB-Präsident Jürgen Gros betonte, „ist die anstehende Bundestagswahl wegweisend. Die Wähler werden nicht nur die zukünftige Richtung der Wirtschaftspolitik in Deutschland vorgeben. Welche Eingriffe in die wirtschaftliche Freiheit von Bürgern und Unternehmen sind gerechtfertigt? Welche schaden und sollten unterbleiben? Die Wähler werden auch darüber abstimmen, für welches Europa sich die Bundestagsabgeordneten in Zukunft mehrheitlich einsetzen. Ein Europa der Überregulierung oder der Verhältnismäßigkeit, eines der Zentralisierung oder der Eigenverantwortung. Das sind auch für Bayerns Genossenschaften essenzielle Fragen, zu denen sie klare Antworten formuliert haben. Um es auf den Punkt zu bringen: Die bayerischen Genossenschaften setzen sich für ein starkes Deutschland in einem vereinigten und leistungsstarken Europa der Vielfalt ein." **DK**

Plädoyer für Genossenschaftlichen Wohnungsbau

Im Rahmen ihrer Offensive zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums fordert die CSU-Fraktion im Münchner Stadtrat als weiteres Mittel eine Förderung des genossenschaftlichen Mietwohnungsbaus und insbesondere die Einführung einer Vergabequote.

Danach sollen nach Auffassung der Initiatoren Christian Schlegl und Dagmar Schmidl bei Vergaben größerer städtischer Grundstücke in Wohngebieten künftig 20 % der Flächen an Genossenschaften vergeben werden, sofern diese im Gegenzug dort Wohnungen mit Mieten unter den Vergleichswerten des Regensburger Mietspiegels errichten.

„Wir trauen den Genossenschaften zu, dies leisten zu können, da bei ihnen bekanntlich nicht die Gewinnerzielungsabsicht, sondern die Mitgliederförderung im Vordergrund steht", erklärt Schmidl. Zusätzlich soll die Verwaltung für die Förderung der Vergabe städtischer Grundstücke an Genossenschaften geeignete Ausschreibungs- und Vergabemodelle sowohl für Erbbaurechte als auch für Grundstücksverkäufe schaffen.

„Durch den ständigen Zuzug und die Beliebtheit Regensburgs steigen die Mietpreise ständig an. Mit den bisherigen Bemühungen der Koalition wurde das zentrale Thema in Regensburg, bezahlbaren Wohnraum für Durchschnittsverdiener zu schaffen, nicht bewältigt. Vergabemodelle sollen deshalb dafür sorgen, dass Genossenschaften, deren Wohnungen nicht nur bezahlbar, sondern auch beliebt sind, wie die langen Wartelisten zeigen, künftig fest berücksichtigt werden", so Schlegl. ❐

Wunschbaum-Aktion der VR-Bank

Kinderwünsche wurden wahr! Damit dies auch für Kinder aus schwierigeren Verhältnissen möglich wurde, gab es bei der VR Bank Ismaning Hallbergmoos Neufahrn eG die Weihnachtsbaum-Wunschaktion, die alle Beteiligten wieder begeisterte.

Das Ansinnen, auch sozial schwächeren Kindern vor Ort Geschenkwünsche in der Weihnachtszeit zu erfüllen, fand große Resonanz bei allen Kunden, Mitarbeitern und Interessierten.

Über 25 Wünsche wurden der VR-Bank über die Stadt Garching anonym vom Garchinger Tisch gemeldet. In der Bank wurden diese dann auf den vom Kindergarten Reisingerstrasse Ismaning selbst gebastelten Sternen vermerkt und an dem Wunsch-Christbaum angebracht. Von dort fanden sie ihren Weg zu hilfsbereiten Bürgerinnen und Bürgern. Barbie-Puppen, Lego-Spiele, Schlitten, aber auch praktische Dinge wie Schuhe oder Windeln, wurden dann – liebevoll verpackt – unter den Baum gelegt.

Rechtzeitig vor den Weihnachtstagen wurden die Geschenke aus der Aktion an Bürgermeister Dietmar Gruchmann und an den Beauftragten für Soziales und Bürgernetzwerk der Stadt Garching, Christopher Redl, übergeben. ❐

Unsere aktuellen Öffnungszeiten:
Immer – Überall.

Online-Banking
VR-BankingApp
19.600 Geldautomaten
Sicher online bezahlen
Persönliche Beratung vor Ort
Bankgeschäft per Telefon
Weltweit bezahlen

Jeder Mensch hat etwas, das ihn antreibt.

Wir machen den Weg frei.

Wir sind für Sie da – wann, wo und wie Sie wollen.
Profitieren Sie von unserem Service per Telefon,
Online-Banking, über unsere VR-BankingApp oder
direkt in Ihrer Filiale. **bayern.vr.de**

Volksbanken
Raiffeisenbanken

Wirtschaft startet mit Rückenwind ins neue Jahr

Sparkassen-Finanzgruppe sieht Wachstum für 2017 bei 1,3% Sparer verlieren durch Nullzins jährlich acht Milliarden Euro

Die Sparkassen-Finanzgruppe geht im Jahr 2017 von einem deutschen Wirtschaftswachstum in Höhe von 1,3 Prozent aus. „2017 hat das Zeug, das vierte Jahr in Folge mit einem überdurchschnittlichen Wachstum zu werden. Der Arbeitsmarkt ist in hervorragender Verfassung, die Binnenwirtschaft trägt. Die Unternehmen in Deutschland starten mit Rückenwind in das neue Jahr. Kalenderbereinigt, also unter Berücksichtigung der geringeren Zahl von Arbeitstagen im Jahr 2017, liegt die Prognose sogar um rund 0,3 Prozentpunkte höher“, so der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), Georg Fahrenschon, anlässlich der Präsentation der gemeinsamen Konjunkturprognose 2017 der Chefvolkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe in Berlin.

Die vielen Unwägbarkeiten rund um die US-Wahl oder die Ankündigung Großbritanniens, die EU verlassen zu wollen, hätten bislang keine negativen Wirkungen für die Wirtschaftsentwicklung entfaltet. Sie blieben allerdings als deutlich zu benennende Risikofaktoren bestehen. „Dennoch mehren sich auf globaler Ebene die Anzeichen einer wirtschaftlichen Erholung“, so Fahrenschon. So gehe der IWF von einem weltweiten Handelswachstum von 3,8 Prozent und einem Produktionswachstum von 3,4 Prozent aus. Auch die Lage in einigen Schwellenländern stelle sich inzwischen wieder stabiler da.

Die Preisdynamik komme international ebenfalls wieder stärker in Schwung, zuletzt auch im Euroraum und in Deutschland. Bei den Rohölpreisen gehen die Chefvolkswirte im Mittel von einem Preis von 52 US-Dollar pro Barrel der Sorte Brent aus. Bei den Wechselkursen wird im Jahresdurchschnitt 2017 ein Kurs von 1,04 US-Dollar pro Euro erwartet.

Der DSGV-Präsident verwies darauf, dass durch die sich ändernden Rahmenbedingungen die ultralockere Geldpolitik die EZB immer stärker in Frage gestellt werden müsse. „Die Nachteile der Geldpolitik der Notenbanken nehmen weiter zu. Allein die deutschen Sparer mussten im Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2015 aufgrund gesunkener Zinserträge jährliche Einkommenseinbußen in Höhe von acht Milliarden Euro verschmerzen – und die Tendenz ist steigend.“

Fragwürdige EZB-Geldpolitik

Die Chefvolkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe rechneten aber nicht mit einem schnellen Umschwenken der EZB. „Gegen schnelle Kursanpassungen der Geldpolitik im Euroraum bestehen inzwischen schon erhebliche Vorfestlegungen. Es muss davon ausgegangen werden, dass das Anleihekaufprogramm bis Ende des laufenden Jahres in unveränderter Form fortgeführt wird“, so Fahrenschon.

Trotz zahlreicher Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung ist die Sparkassen-Finanzgruppe insgesamt optimistisch für 2017. „Wir gehen in unseren Prognosen davon aus, dass sich auch bei einem weiter zunehmenden Populismus und den damit verbundenen Gefahren für die unterschiedlichen Wahlen in diesem Jahr im Euro-Raum der gesunde Menschenverstand durchsetzen wird. Europa und die Währungsunion werden Bestand haben. Eine kluge und auf die Besorgnisse der Bürger eingehende Entwicklung des europäischen Projektes vorausgesetzt, wird die europäische Idee perspektivisch auch wieder an Strahlkraft gewinnen“, so Fahrenschon.

„Die Finanzmärkte mögen keine Unsicherheit über den Fortbestand der wichtigen europäischen Institutionen. Investitionen könnten zurückgestellt und Risikoprämien deutlich erhöht werden“, betonte Dr. Jürgen Michels, Chefvolkswirt der BayernLB.

Michels präsentierte stellvertretend für die an der gemeinsamen Konjunkturprognose mitwirkenden Chefvolkswirte die Ergebnisse in Berlin. Zu den politischen Perspektiven Europas sagte Michels: „Ein weiteres ‚Durchwurschteln‘ ohne klare Entscheidungen der europäischen Instanzen birgt zwar mittelfristig große Gefahren, würde aber 2017 das Erreichen des heute prognostizierten guten Wachstumsszenarios für Deutschland ermöglichen.“ ❐

Konstruktiver Meinungsaustausch in München: Zum traditionellen Jahresgespräch trafen sich die Geschäftsführerinnen der Bayerischen GemeindeZeitung, Constanze von Hassel (vorne Mitte) und Theresa von Hassel (2. Reihe links) mit Vertretern der S-Finanzgruppe.
Unser Bild zeigt vorne links Andrea Bastian und Eva Mang (beide SVB), dahinter Claudia Scheerer (VKB, 2.v.l.), daneben Franziska Röderstein (BayernLB), Dr. Ingo Krüger (Bayerische Sparkassenstiftung), Günther Tittel (SVB) und Wolfgang Schmidt (BayernLabo). ❐

Eigenverantwortung statt Vergemeinschaftung

Bayerns Bankenverbände und Kammern lehnen Pläne für europäische Einlagensicherung ab

Die bayerischen Bankenverbände und Kammern sprechen sich in einem gemeinsamen Positionspapier gegen die Brüsseler Pläne für ein europäisches Sicherungssystem für Bankeinlagen aus. Das Vorhaben der EU-Kommission „bedrohe den bewährten Anlegerschutz in Deutschland und gefährde die Zahlungsfähigkeit von Betrieben und Handwerksunternehmen“, heißt es in der Veröffentlichung.

Auch die vom Europäischen Parlament als Alternative ins Spiel gebrachte Rückversicherungslösung lehnen die Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Handwerkskammern mit Präsident Franz Xaver Peteranderl und Hauptgeschäftsführer Dr. Lothar Semper, der Bayerische Industrie- und Handelskammertag (Präsident Dr. Eberhard Sasse und Hauptgeschäftsführer Peter Driessen), der Bayerische Bankenverband (Präsident Dr. Theodor Weimer und Geschäftsführerin Silke Wolf), der Genossenschaftsverband Bayern (Präsident Dr. Jürgen Gros und Dr. Alexander Büchel) sowie der Sparkassenverband Bayern mit Präsident Dr. Ulrich Netzer und Vizepräsident Roland Schmautz ab.

Ungleich verteilte Risiken

Ihre Position begründen die Wirtschaftsorganisationen insbesondere mit den nach wie vor sehr ungleich verteilten Bankrisiken in Europa. Für ein gemeinsames Einlagensicherungssystem hätte das zur Folge, dass die soliden Institute des einen Landes für die maroden Banken eines anderen Landes einstehen müssten. Die Kammern und Verbände fordern deshalb die Bayerische Staatsregierung und die Bundesregierung dazu auf, sich weiterhin für die stringente Umsetzung der bestehenden europäischen Einlagensicherungsrichtlinie einzusetzen. Diese beinhaltet einheitliche Standards für die nationalen Einlagensicherungssysteme, auf die sich die EU-Mitgliedsstaaten und das Europäische Parlament 2014 geeinigt hatten.

„Es liegt in der Verantwortung jedes einzelnen Mitgliedsstaats, sein nationales Einlagensicherungssystem konsequent auf- und auszubauen“, heißt es im Positionspapier. Auf dieser Basis könnten auch die freiwilligen beziehungsweise institutssichernden Systeme in Deutschland bestehen bleiben, deren Schutzniveau weit über die gesetzliche Grenze von 100.000 Euro hinausgeht. ❐

Gemeinsam da sein für die kleinen Patienten

Bayerische Sparkassen unterstützen Familienzentrum des Klinikums 3. Orden Passau

Mit 20.000 Euro aus dem Reinertrag des Sparkassen-PS-Sparen und Gewinnen finanzieren die bayerischen Sparkassen die Ausstattung für den integrierten Elternbereich eines Intensivbehandlungsplatzes im neuen Eltern-, Baby- und Familienzentrum der Kinderklinik Dritter Orden in Passau.

Die Spende überreichte der Präsident des Sparkassenverbandes Bayern, Dr. Ulrich Netzer (im Bild links), an Karin Seehofer, die Schirmherrin des Projekts und Prof. Dr. med. Matthias Keller, den ärztlichen Leiter der Kinderklinik.

Die Kinderklinik Dritter Orden in Passau kann demnächst 22 Intensivbehandlungsplätze für Frühgeborene, kranke Neugeborene und schwerstkranke Kinder mit jeweils integriertem Elternbereich anbieten. Heilung und Entwicklung der kleinen und kleinsten Patienten werden so nicht nur durch medizinische Maßnahmen, sondern auch durch familiäre Geborgenheit unterstützt. Für die Rund-um-die-Uhr-Betreuung durch einen Elternteil in der Intensivstation werden ein Bett sowie sanitäre Anlagen integriert und die Umgebung wohnlicher gestaltet. Eine besondere Liege ermöglicht das „Känguruing“ für den wichtigen engen Körperkontakt zwischen Mutter oder Vater und dem Baby, auch wenn dieses über Schläuche mit Geräten verbunden bleiben muss. „Modellprojekte wie das der Kinderklinik Passau, die in der Krise die Weichen für eine gesunde Entwicklung stellen, fördern wir als Sparkassen sehr gerne,“ so Netzer anlässlich der Spendenübergabe im Sparkassenverband Bayern.

2015 stellten die bayerischen Sparkassen und ihre Stiftungen insgesamt fast 56 Millionen Euro für gemeinnützige Vorhaben zur Verfügung. Förderschwerpunkte bildeten dabei Projekte in Kultur und Sport sowie soziale Maßnahmen wie Bildung und die Unterstützung von Menschen, die besondere Herausforderungen zu meistern haben. ❐

Sparkasse Niederbayern-Mitte:

Sparkassenstiftung fördert kulturelles Erbe

Mit Spenden der Sparkassenstiftung der Sparkasse Niederbayern-Mitte in Höhe von insgesamt 8.000 Euro wurden in jüngster Zeit Projekte in Straubing und Dingolfing bedacht. Vorstandsvorsitzender Walter Strohmaier übergab jeweils die symbolischen Schecks.

Über 1.000 Euro aus der Sparkassenstiftung der Sparkasse Niederbayern-Mitte freut sich der Paul-Theater e.V. Zur symbolischen Scheckübergabe in der Hauptgeschäftsstelle Straubing begrüßte Walter Strohmaier Oberbürgermeister Markus Pannermayr, 1. Vorsitzende Brigitte Vogel, 2. Vorsitzender Manfred Schudy und Schriftführer Jan-Markus Pöhls. Strohmaier stellte in seiner Begrüßung heraus, dass die gemeinwohlorientierte Sparkasse mit diesem Beitrag die hervorragende Arbeit des Vereins fördere.

Paul-Theater in Straubing

„Das Paul-Theater prägt die kulturelle Vielfalt in Straubing “, erklärte der Sparkassendirektor. Pannermayr hob seinerseits die Bedeutung des kulturellen Engagements des Vereins hervor. „Das Paul-Theater ist ein Aushängeschild für die Lebensfreude und Offenheit der Stadt Straubing“, unterstrich der Rathauschef.

Historischer Friedhof St. Peter

Mit 2.000 Euro unterstützt die Sparkassenstiftung die Instandhaltung des historischen Friedhofs St. Peter in Straubing. Gemeinsam mit OB Pannermayr übergab Strohmaier den symbolischen Spendenscheck an Pfarrer Franz Alzinger und Kirchenpfleger Josef Riedl von der Katholischen Kirchenstiftung. Strohmaier stellte bei der Übergabe heraus, dass die Sparkasse mit dieser Unterstützung das kulturelle Erbe für die Gegenwart erhalten möchte.

„Der Friedhof St. Peter ist über die Stadtgrenzen von Straubing hinaus bekannt“, so der Sparkassendirektor. Das Stadtoberhaupt bedankte sich bei der Pfarrei für die herausragende Arbeit: „Sie leisten für die Gesellschaft Wertvolles. Der Friedhof St. Peter hütet die einmaligen Schätze der Stadtgeschichte von Straubing.“

Eine Spende in Höhe von 5.000 Euro lässt die Sparkassenstiftung der Sparkasse Niederbayern-Mitte der Stadtpfarrkirche St. Johannes in Dingolfing zukommen. Die Pfarrkirchenstiftung steht vor der dringenden Aufgabe, St. Johannes zu sanieren. Die Gesamtkosten der Außenrenovierung belaufen sich auf geschätzte 2,8 Millionen Euro. Aufgrund der sehr angespannten Eigenmittelsituation der Pfarrei kann diese nur mit Hilfe aller im Finanzierungsplan dargestellten Zuschüsse bewältigt werden.

Heimatverbundene Spende

Daher freute sich Pfarrer Martin J. Martlreiter umso mehr, dass die Bayerische Sparkassenstiftung insgesamt eine große Summe in Höhe von 20.000 Euro spendet. Für Walter Strohmaier eine Ehrensache, denn als stellvertretender Vorsitzender des Stiftungsvorstandes und Landesobmann der bayerischen Sparkassen ist er glücklich darüber, die Spende aus dem überregionalen Topf in seine Heimat bringen zu können. Dabei betonte er, dass solch eine große Spende aus dem Topf mit Fördermitteln in Höhe von insgesamt 500.000 Euro nicht üblich sei. „Es ist eine seltene bis einmalige Spende, die wir bisher in diesem Umfang jemals zur Verfügung gestellt haben“, stellte Strohmaier fest.

Auch Bürgermeister Josef Pellkofer, der als stellvertretender Vorsitzender des Stiftungsrates der Bayerischen Sparkassenstiftung fungiert, war über die heimatverbundene Spende erfreut. „Wir sind stolz, dass wir unseren Vorstandsvorsitzenden und Präsidenten des Sparkassenverbandes Bayern Dr. Ulrich Netzer von dieser Idee überzeugen konnten.“ **DK**

Stadtsparkasse Augsburg:

Neue Geschäftsgirokontomodelle

Eine Änderung im Zahlungsverkehr steht zum April 2017 bei der Stadtsparkasse Augsburg an: gewerbliche Kunden haben nun die Möglichkeit zwischen zwei Kontomodellen zu wählen. Mit dieser Maßnahme berücksichtigt die Sparkasse das unterschiedliche Nutzungsverhalten ihrer Kunden und passt ihr Preismodell an.

„Multikanalfähig, dabei einfach, übersichtlich, transparent und fair“, so beschreibt der stellvertretende Vorstandsvorsitzende und Verantwortliche für den gewerblichen Bereich, Dr. Walter Eschle, die neuen Modelle.

„Wir haben unsere Kontomodelle für die Zukunft neu ausgerichtet. Unseren Kunden bieten wir ein zuverlässiges Multikanalbanking: ob persönlich, telefonisch, online oder mobil - unser Kunde entscheidet, welchen Weg er wählt.“

Ein pflegeleichtes Girokonto, das viel kann und wenig Arbeit macht, darauf legen unsere Kunden großen Wert. Dem kommt die Stadtsparkasse mit den neuen Modellen entgegen: Eine übersichtliche und transparente Preisgestaltung garantiert, dass nur für die Leistungen gezahlt wird, die auch genutzt werden.

„Wir gehen mit der Einführung der neuen Modelle auf die individuellen Nutzungs- und Abrechnungsbedürfnisse unserer Kunden ein“, erläutert Dr. Walter Eschle die differenzierenden Konditionen. „Sind Sie ein ‚Intensivnutzer‘, d. h. haben Sie viele Geschäftsvorfälle, steht Ihnen unser ‚Geschäftsgirokonto Plus‘ zur Verfügung. Haben Sie eine überschaubare Anzahl an Buchungen, dann ist unser ‚Geschäftsgirokonto‘ für Sie genau richtig. Bei beiden Modellen steht Ihnen das komplette Leistungsspektrum der Stadtsparkasse Augsburg zur Verfügung. Versteckte Gebühren gab und gibt es bei uns nicht.“

Die Umstellung in die neuen Modelle erfolgt für die Kunden der Stadtsparkasse Augsburg automatisch. Alle Sparkassenkunden wurden per Post bereits informiert. Die Umstellung erfolgt zum 1. April 2017. ❐

Beratung der Stadtsparkasse Augsburg ist ausgezeichnet

Verständliche und nachvollziehbare Empfehlungen, Angebote und Informationen, verbunden mit einem fairen Preis-Leistungsverhältnis, kurz gesagt: eine Top-Beratung bei der Baufinanzierung, das wurde der Stadtsparkasse Augsburg zum wiederholten Male von unabhängiger Seite bestätigt. Zum sechsten Mal in Folge erneuerte der TÜV Saarland das Siegel „geprüfte Kundenberatung Baufinanzierung".

„Unsere Kunden werden von kompetenten Beratern verständlich, umfangreich und dabei doch übersichtlich informiert. Bei uns gibt es weder versteckte noch zusätzliche Gebühren. Die Transparenz unserer Konditionen ist uns sehr wichtig", versichert Vorstandsmitglied Cornelia Kollmer.

Fairer Partner

Die Stadtsparkasse Augsburg versteht sich als fairer und verlässlicher Partner vom ersten Beratungsgespräch bis zur kompletten Rückzahlung des Darlehens. Bei Finanzierungskonzepten stehen die Bedürfnisse der Kunden an erster Stelle. Nach einer umfassenden Analyse erwartet die Kunden ein maßgeschneidertes und bedarfsgerechtes Angebot.

„Ob umfangreiche Beratung zur Risikoabsicherung oder das Einbeziehen öffentlicher Fördermittel in Finanzierungskonzepte, wir beherrschen die gesamte Klaviatur. Dass wir Termine dabei nach den Wünschen unserer Kunden ausrichten, versteht sich von selbst", so Jürgen Fuchs, Abteilungsdirektor Immobilien und Baufinanzierung. ❐

Michael Boms (2. v. r.) und Tobias Weiß (2. v. l.), Auditoren TÜV Saarland, bestätigen die TÜV-geprüfte Qualität der Stadtsparkasse. ❐

Netzer begrüßt erste Verbesserungen für die Wohnbaufinanzierung

Mit dem im Bundeskabinett beschlossenen Regierungsentwurf für ein Finanzaufsichtsrechtsergänzungsgesetz sollen unerwünschte Wirkungen in der deutschen Umsetzung der europäischen Wohnimmobilienkreditrichtlinie nachgebessert werden. Die im März 2016 eingeführten Regelungen zur Kreditvergabe sollen sachgerecht klargestellt werden.

Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, begrüßt den Vorstoß der Bundesregierung: „Wir sind froh über die Bereitschaft, die seit März eingetretenen Schwierigkeiten in der Wohnimmobilienfinanzierung jetzt anzugehen. So werden vielen Kreditnehmern wieder Wege eröffnet, die zuletzt versperrt waren. Mit dem Regierungsentwurf werden jedoch noch nicht alle identifizierten Rechtunsicherheiten beseitigt. Die Überarbeitung sollte fortgesetzt werden."

Überarbeitungsbedarf sieht Netzer noch bei den vorgesehenen Regelungen für Immobilienverzehrkredite. Außerdem fordert er eine ergänzende Regelung zur Kreditwürdigkeitsprüfung bei Anschlussfinanzierungen.

Die künftigen Leitlinien zu Kriterien und zu Methoden der Kreditwürdigkeitsprüfung sollten dann möglichst bald erlassen werden, so Netzer, damit sowohl Verbraucher als auch Kreditinstituten auf klare, verlässliche Standards zählen können. ❐

BayernLB erzielt Umsatzrekord bei Gold

2016 mehr als 50 Tonnen gehandelt
Silberumsatz bei 547 Tonnen

München/Nürnberg – Die BayernLB hat im Goldhandel im vergangenen Jahr einen Umsatzrekord erzielt. „Die Nachfrage nach Goldmünzen und -barren war 2016 höher als je zuvor", sagte Michael Eubel, Leiter der Abteilung Sorten & Edelmetalle der BayernLB in Nürnberg.

Mit 50,4 Tonnen lag der Umsatz um 2,5 Tonnen höher als der bisherige Rekordwert, der im Vorjahr erreicht wurde. „Der Rekordumsatz hat vor allem zwei Gründe: Zum einen die anhaltend niedrigen Zinsen, zum anderen die Tatsache, dass die BayernLB auch im Edelmetallgeschäft stetig neue Kunden gewinnt", erklärt Eubel.

Gefragte Produkte

Insgesamt handelte die Bank rund 598 Tonnen an physischen Edelmetallen, das entspricht dem Gewicht von 120 ausgewachsenen Elefantenbullen. Der größte Anteil daran entfiel auf Investment-Silber, hier lag der Absatz bei 547 Tonnen. Hinzu kamen 400 Kilogramm Platin und Palladium. Favoriten der Kunden waren Silbermünzen mit einem Gewicht von einer Unze (31,1 Gramm), vor allem der kanadische Maple Leaf und die neu auf den Markt gekommenen Silber-Kängurus aus Australien, sowie Fiji-Münzbarren. Bei Gold waren Barren und Krügerrand-Münzen am gefragtesten. ❐

Der neue Vorstand - von links: Stefan Hattenkofer, Marlies Mirbeth, Ralf Fleischer und Dr. Bernd Hochberger. ❐

Stadtsparkasse München:

Stefan Hattenkofer ist neues Vorstandsmitglied

Bayerns größte Sparkasse verkleinert Vorstands-Gremium von fünf auf vier Köpfe

München (sskm). Seit 1. Januar 2017 komplettiert Stefan Hattenkofer das von fünf auf vier Köpfe verkleinerte Vorstandsgremium der Stadtsparkasse München. In der Übergangsphase wurde Bayerns größte Sparkasse vom Vorstandsvorsitzenden Ralf Fleischer und seinen Vorstandskollegen Marlies Mirbeth und Dr. Bernd Hochberger geleitet. Hattenkofer kommt von der BayernLB, wo er zuvor Bereichsleiter des Internationalen Konzernkundengeschäfts war.

Mit der Komplettierung des Vorstandsgremiums verändern sich auch die Geschäftsbereiche, für die jeder Vorstand zuständig ist. Beim Verteilen der Aufgaben war es den Vorständen äußerst wichtig, dass möglichst jeder von ihnen auch direkte Vertriebsverantwortung übernimmt.

Im Fokus des Überwachungsvorstands Dr. Hochberger stehen die internen Bereiche: Er konzentriert sich in seinem Ressort weiterhin voll auf die Aufgabe, die Prozesse im Haus konsequent zu vereinfachen, um schneller und effizienter zu werden sowie um das Entwickeln neuer digitaler Angebote.

Geschäfte mit Unternehmen intensivieren

Der neue Vorstand Hattenkofer übernimmt in seinem Ressort die Betreuung großer Unternehmenskunden sowie PrivateBanking-Kunden, außerdem Treasury, dazu die Abteilung Geld- und Kapitalmärkte sowie die S Immobilientochter SIS mit ihren Maklern. Der Bereich Geld- und Kapitalmärkte kauft und verkauft für unsere Kunden Wertpapiere. Stefan Hattenkofer: „Ich freue mich auf meine neue Aufgabe bei der Stadtsparkasse München und werde meinen Schwerpunkt darauf setzen, die Geschäfte mit Münchner Unternehmen und vermögenden Kunden zu intensivieren, um so meinen Beitrag für den Erfolg von Bayerns größter Sparkasse beizutragen."

Vielfältige Aufgaben

Der Vorstandsvorsitzende ist weiterhin für die Direktionen Personal, für Unternehmenskommunikation/Vorstandsstab sowie nun auch für die Direktion Privatkunden im Osten der Stadt und die Versicherungstochter SVS GmbH zuständig.

Die Gesamtverantwortung für das Filialgeschäft liegt weiterhin bei Mirbeth. Sie verantwortet die Direktion Privatkunden im westlichen Stadtgebiet, die Direktion Firmenkunden und Immobilienfinanzierung sowie das Vertriebsmanagement.

Dr. Hochberger ist für die fünf Direktionen Kreditmanagement, Prozesse und IT, Immobilienmanagement sowie nun auch für Gesamtbanksteuerung und Revision zuständig; zusätzlich auch für die Abteilung Compliance. ❐

BayernLB präsentiert Nachhaltigkeitsbericht

München – Der Nachhaltigkeitsbericht „Regionale Wurzeln. Globale Verantwortung." enthält eine Analyse der zwölf für die BayernLB relevanten Handlungsfelder, unter anderem demografischer Wandel und Diversity, erneuerbare Energien und Digitalisierung, auf Basis der Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen.

Zu den Erfolgen der vergangenen beiden Jahre zählen umweltbezogene Faktoren wie die Einsparung von über 300.000 Geschäftsreisekilometern innerhalb eines Jahres, ein großes gesellschaftliches Engagement der Mitarbeiter mit knapp 200 arbeitgeberfinanzierten Freistellungstagen im Jahr 2015 aber auch personalpolitische Indikatoren wie eine hohe Gesundheitsquote von 95,3 Prozent.

In geschäftlicher Hinsicht setzt die BayernLB verstärkt auf nachhaltige Finanzlösungen. Allein im ersten Halbjahr 2016 begleitete die BayernLB Green- und Nachhaltigkeitsemissionen in Höhe eines Volumens von knapp 3 Milliarden Euro. Das Finanzierungsvolumen des BayernLB-Konzerns im Bereich erneuerbarer Energien beträgt mittlerweile 12,5 Milliarden Euro. Im DKB Zukunftsfonds der BayernLB-Tochter BayernInvest, der strengen Nachhaltigkeitskriterien genügt, haben Anleger über 22 Millionen Euro investiert.

Ein wichtiger Prüfstein für die Qualität der Nachhaltigkeitsleistungen der BayernLB sind unabhängige Bewertungen von auf Nachhaltigkeitsaspekte spezialisierten Ratingagenturen. Hier erreichte die BayernLB auch im Berichtszeitraum im Branchenvergleich überdurchschnittlich gute Bewertungen. So zeichnete die renommierte Agentur oekom research die BayernLB wieder mit dem oekom Prime-Status aus. Die Tatsache, dass die BayernLB den Prime-Status bei regelmäßig steigenden Anforderungen bereits seit zehn Jahren verliehen bekommt, unterstreicht das kontinuierliche Engagement für Gesellschaft und Umwelt.

Um ihre führende Rolle sicherzustellen, hat die BayernLB ein ehrgeiziges Nachhaltigkeitsprogramm für die Jahre 2016 bis 2020 erarbeitet. So hat sich die BayernLB unter anderem zum Ziel gesetzt, den Frauenanteil in Führungspositionen bis 2020 auf 30 Prozent zu erhöhen, im Rahmen der Digitalisierung weitere kundenorientierte IT-Lösungen wie ein individualisiertes Kundenportal und einen endgeräteoptimierten Internet-Auftritt einzuführen sowie Mitarbeiter verstärkt zu den Möglichkeiten des Finanzierungsgeschäfts unter Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien zu schulen.

Der Nachhaltigkeitsbericht ist abrufbar unter www.bayernlb.de/internet/media/ir/downloads_1/verantwortung_1/nachhaltigkeitsbericht/BayernLB_Nachhaltigkeitsbericht_2015.pdf. ❐

Schuldscheindarlehen:

Eine Finanzierungsalternative für Gemeinden und Landkreise

*Von Clemens Wiser und Thomas Fuchs**

Bisher ist die Fremdfinanzierung von Kommunen in der Regel durch Kommunaldarlehen im investiven Bereich sowie durch Kassenkredite für den kurzfristigen Liquiditätsbedarf geprägt. Doch angesichts verschärfter Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen für Banken im Zuge von Basel III tun Kämmerer gut daran, ihre Investorenbasis zu verbreitern. Für mittel- und langfristige Finanzierungsbedürfnisse kann dabei die Aufnahme eines Schuldscheindarlehens (SSD) eine Option sein.

Investoren sind häufig Versicherungen, Pensionskassen und sonstige Kapitalsammelstellen, da für diese die öffentliche Hand aufgrund ihrer Bonität eine interessante Anlageklasse darstellt. SSD sind für den Kreditnehmer eine relativ einfache, schnelle sowie diskrete Finanzierungsform.

Sie unterscheiden sich zum Beispiel von Anleiheemissionen, die dem Wertpapierrecht unterliegen. Diese klassischen Anleihen sind vergleichsweise komplexe Instrumente. Sie lohnen sich meist erst ab einem dreistelligen Millionenbetrag und sind damit nur für wenige große Städte interessant. SSD sind hingegen schon ab 10 Millionen Euro realisierbar.

Ein Rating ist hierfür nicht notwendig. Bei SSD handelt es sich um bilaterale, nicht eingetragene und nicht börsennotierte Darlehensverträge, die direkt an institutionelle Investoren verkauft werden. Sie werden nicht an der Börse, sondern „Over the Counter" (OTC) gehandelt. SSD beruhen auf einem strengen gesetzlichen Rahmen, dem Bürgerlichen Gesetzbuch (§ 488 ff. BGB). Die Dokumentation kann deswegen vorteilhaft kurz gefasst werden.

Clemens Wiser. ❐

Thomas Fuchs. ❐

Zugleich werden – was noch wichtiger ist – Emittenten und Investoren geschützt. Die Struktur eines SSD spiegelt die Präferenzen des Emittenten insoweit wieder, als er den bevorzugten Darlehensbetrag, die Laufzeit und indikativ alternative Refinanzierungsniveaus nennen kann.

Dies wird in Einklang mit den Vorstellungen möglicher Investoren gebracht. Die finale Preisfestlegung hängt von der Kreditqualität des Emittenten, der gewählten Struktur, der Fälligkeit, den konkreten vertraglichen Verpflichtungen und von Sekundärmarktniveaus vergleichbarer öffentlicher Anleiheemissionen ab. Die gesamte Abwicklung ist sehr unkompliziert: Ein Darlehensbetrag wird vom Investor an die Kommune ausbezahlt, diese zahlt dem Investor Zinsen und tilgt das Kapital während der Laufzeit oder bei Vertragsende. Obwohl SSD übertragbar sind, verfolgen die Investoren zumeist eine „Buy & Hold" Investmentstrategie.

Die Vorteile von SSD sind vielfältig. Zum einen ermöglichen SSD eine zügige Abwicklung. Dank begrenzter Dokumentationsanforderungen können Emittenten rasch Mittel aufnehmen. Offizielle Genehmigungen – außer den bei der Kommunaldarlehensaufnahme üblichen – oder Börsenzulassungen sind nicht erforderlich. Die Dokumentation ist einfach, da das deutsche Recht (BGB, HGB) diesen Darlehensbegriff klar definiert. Zum anderen sind die Dokumentationskosten im Vergleich beispielsweise zur Anleiheemission niedrig, da bei SSD weniger formale Anforderungen zu erfüllen sind. Daher kann ein SSD auch für kleinere Kommunen interessant sein. Des Weiteren bieten SSD ein hohes Maß an Vertraulichkeit. Da der Schuldscheinprozess nur eine relativ kleine (institutionelle) Investorengruppe involviert, kann der Darlehensnehmer sehr diskret Mittel aufnehmen. Ein SSD ist kein Wertpapier und unterliegt daher nicht der Europäischen Prospekt- und Transparenzrichtlinie (keine Prospektpflicht).

Zu guter Letzt lassen sich SSD sehr flexibel an die jeweiligen Bedürfnisse des Emittenten anpassen. Dieser kann seine Konditionen und den Platzierungszeitpunkt auf das aktuelle Renditeniveau und die herrschenden Marktbedingungen abstimmen. Auszahlungsbetrag, Laufzeit, Sicherheiten (sofern gestellt) und Kuponart eines Schuldscheindarlehens sind passgenau auf die Bedürfnisse der Kommune abgestimmt. Gerade für Kommunen bietet sich mit SSD im Vergleich zum bislang vorherrschenden Kommunaldarlehen die Möglichkeit, den Investorenkreis über die Banken hinaus zu erweitern und damit eine Diversifizierung der Gläubiger zu erreichen.

***Unsere Autoren: Clemens Wiser ist Leiter Public Sector Bayern Süd der HypoVereinsbank in München; Thomas Fuchs ist Director Public Sector Origination Germany/Austria/Switzerland im Bereich Corporate & Investment Banking der HypoVereinsbank in München.**
Kontakt:clemens.vonwiser@unicredit.de und thomas.fuchs@unicreditgroup.de ❐

Kämmerertagungen des Bayerischen Städtetags:

Breite Themenpalette für Kämmerer und Bürgermeister

Im Herbst 2016 fanden traditionell die sechs regionalen Kämmerertagungen des Bayerischen Städtetags statt. In gut besuchten Veranstaltungen informierte die Geschäftsstelle des Städtetags die Kämmerinnen und Kämmerer, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister über aktuelle Themen aus dem Bereich Kommunalfinanzen. Gastgeber waren die Städte Grafing, Landshut, Ansbach, Bamberg, Würzburg und Weißenhorn.

Die Themenpalette umfasste eine Bewertung der allgemeinen kommunalen Finanzlage, eine Bestandsaufnahme der Asyl- und Flüchtlingspolitik, die Bund-Länder-Finanzbeziehungen, Kommunaler Finanzausgleich, Kommunalabgaben, Auswirkungen der Niedrigzinsphase, kommunalrelevante Entwicklungen im Umsatzsteuerrecht, europarelevante Themen wie Beihilferecht (Schwerpunkt Tourismus) und den Sachstand bei harmonisierten Rechnungslegungsstandards für die öffentliche Hand.

Begleitet wurden die Tagungen von den jeweiligen Bezirksregierungen, von der Bayerischen Landesbank zur Konjunktur- und Zinsentwicklung, von der Bayern-Labo zu Kreditförderprogrammen, vom Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband sowie externen Referenten. Darüber hinaus bieten die Tagungen für Kämmerer eine Plattform für den kollegialen Austausch.

Die Entwicklung bei den Steuereinnahmen der Städte und Gemeinden läuft insgesamt gut. So stiegen die Netto-Steuereinnahmen im Jahr 2015 um 6 Prozent auf 16.818 Millionen Euro. Im Jahr 2016 zeichnet sich nach den ersten drei Quartalen ein ebenso positives Bild ab (+ 2,7 Prozent). Allerdings stimmt die Kämmerer der Blick auf die Ausgabenseite pessimistisch. Hier schränken Wachstumsraten von 8,5 Prozent (2015) und 7,3 Prozent (Stand: September 2016) die finanziellen Handlungsmöglichkeiten zunehmend ein. Die Dynamik auf der Ausgabenseite macht sich insbesondere bei den Sozialausgaben bemerkbar, wo vor allem die Ausgaben im Bereich der Jugendhilfe für betreuungsbedürftige Flüchtlinge gestiegen sind.

Auf positives Echo stieß die bei den Finanzausgleichsverhandlungen erreichte Verbesserung der Investitionsförderung für Schulen und Kindertageseinrichtungen (Erhöhung des Orientierungsfördersatzes um 10 Prozentpunkte auf 50 Prozent) und die überfällige Anhebung der Kopf-Beträge nach Art. 7 FAG, die einen (Teil-)Kostenersatz für die Erledigung der übertragenen Aufgaben darstellen.

Die vom Bundeskabinett auf den Weg gebrachte Aufstockung des Sondervermögens für finanzschwache Kommunen um 3,5 Milliarden Euro mit dem Förderschwerpunkt „kommunale Bildungsinfrastruktur, das neue Bundesinvestitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung 2017-2020" für unter dreijährige Kinder und Kinder bis zum Schuleintritt mit einem Gesamtvolumen von 1,13 Milliarden Euro (Anteil Bayern: 178 Millionen Euro) wurden begrüßt.

Mit im Fokus standen die Auswirkungen der Verständigungen auf Bund-Länder-Ebene im Bereich der föderalen Finanzbeziehungen auf die bayerischen Kommunen. Hervorgehoben wurde die im Koalitionsvertrag vorgesehene jährliche Entlastung der Kommunen um 5 Milliarden Euro ab 2018. Im Vorgriff dazu entlastet der Bund die kommunale Ebene im Jahr 2017 mit 2,5 Milliarden Euro. Die bayerischen Kommunen partizipieren von den Entlastungsmaßnahmen mit etwa 314 Millionen Euro (2017), 522 Millionen Euro (2018) und ab 2019 mit knapp 500 Millionen Euro.

Zur Umsatzbesteuerung von kommunalen Leistungen referierten Steuerexperten über die Auswirkungen der Neuregelung zur Umsatzbesteuerung von juristischen Personen des öffentlichen Rechts im Umsatzsteuergesetz. Diese Neuerungen werden die Rathausverwaltungen in den nächsten Jahren intensiv beschäftigen. **IBdBSt**

Positionspapier des Bayerischen Bankenverbandes:

Entlastung kleiner und mittlerer Banken

Mittelständische Banken unterliegen derzeit im Wesentlichen den gleichen Regulierungsanforderungen wie Großbanken. Der mit der Umsetzung der regulatorischen und bankaufsichtlichen Anforderungen verbundene Aufwand entspricht weitgehend dem großer, international tätiger Banken. Allerdings verfügen die mittelständischen Institute über deutlich weniger Personal, das für Analyse und Umsetzung der Regulierung zur Verfügung steht. Zudem belasten die Umsetzungskosten die kleinen und mittleren Institute deutlich stärker, weil Skaleneffekte entfallen.

Die unter dem Stichwort „Small Banking Box" aktuell geführte Diskussion über die Schaffung von Erleichterungen für kleine und mittlere Institute im Hinblick auf bürokratische Lasten, Meldewesen, Offenlegungspflichten etc. wird daher von den mittelständischen Instituten mit großem Interesse aufgenommen. Mit einem nun vorgelegten Positionspapier will der Bayerische Bankenverband einen weiterführenden Beitrag zu dieser Diskussion leisten und konkrete Maßnahmen zur konsequenteren Umsetzung der Proportionalität in Regulierung und Aufsicht aufzeigen.

Die mittelständischen Banken benötigen laut Bankenverband „mehr Verhältnismäßigkeit und weniger ‚one size fits all'-Lösungen, sowohl in der Regulierung als auch in der Aufsicht. Regulierungs- und Aufsichtsmaßnahmen müssen stärker nach Größe und Risikogehalt der Geschäftsmodelle der Marktteilnehmer differenzieren. Die Regulierung muss so gestaltet werden, dass sie auf die jeweiligen Geschäftsmodelle passt. Sie darf nicht strukturverändernd wirken."

Mit Blick auf Basel IV fordert der Bankenverband: „Die Baseler Regeln müssen Raum lassen, um die Interessen kleiner und mittelgroßer Institute unter Beachtung von Art, Komplexität, Vernetztheit und Risikogehalt der Geschäftsaktivitäten angemessen zu berücksichtigen. Dies könnte z.B. auch dadurch erfolgen, dass für kleine und mittlere Institute der bisherige Kreditrisikostandardansatz weiterhin Gültigkeit behält."

Die Besonderheiten des deutschen Immobilienfinanzierungsmarktes mit langfristigen Festzinszusagen wirkten stabilisierend und müssten bei der Risikogewichtung berücksichtigt werden. Die drastische Erhöhung der Kapitalanforderungen für Spezialfinanzierungen (insbesondere im Immobilienbereich) sei in keiner Weise gerechtfertigt und sollte zurückgenommen werden. Die Neuregelung würde sich u. a. auf die gewerbliche Immobilienfinanzierung (Einkaufscenter, Mietshäuser) und bei der Finanzierung von erneuerbaren Energien und Infrastrukturvorhaben auswirken. In beiden Bereichen würden sich bei unveränderter Kalibrierung, insbesondere für Immobilienfinanzierer, dramatische Erhöhungen der Eigenkapitalanforderungen ergeben (teilweise mehr als eine Verfünffachung).

„Mehr Proportionalität in den Regelungen" fordert der Bayerische Bankenverband bei der MiFID II (Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente). Die Einführung weiterer Marktmodelle, deren Aufwertung und damit verbunden die weitere Aufsplitterung der Liquidität, führe dazu, dass kleinen Banken faktisch weniger Liquidität zur Verfügung steht. Denn eine Anbindung dieser Institute an eine Vielzahl von Märkten sei sowohl organisatorisch als auch finanziell nicht zu stemmen.

Nach Darstellung des Bankenverbandes haben die Regeln der MiFID II eine angelsächsische Ausrichtung, was die kleinen deutschen Banken zu einer entsprechenden Ausrichtung in ihren Geschäftsmodellen zwingt. Darüber hinaus werden Modelle in den Mittelpunkt gestellt, die in Kontinentaleuropa nicht im Einsatz sind.

Die Kunden erhalten im Vorfeld einer Order einen Ausweis der Kosten – mit entsprechender Ungenauigkeit. Nach der Order sind dem Kunden abermals die Kosten zu nennen sowie nochmals im jährlichen Reporting auszuweisen – „ein hoher Aufwand für Banken und ohne wirklichen Mehrwert für den Kunden". Auch hat der Kunde im Rahmen der Beratung keine Möglichkeit, auf das Beratungsprotokoll zu verzichten. „Dies stellt eine unangemessene Bevormundung dar. Zudem erhöht es die Dauer und Komplexität der Beratung, so dass ein Anbieten individueller Beratung für kleine Banken nur an Kunden ab einem gewissen Gesamtvermögen rentabel wird. Kunden mit kleineren Vermögen werden perspektivisch von der Beratung ausgeschlossen werden."

Die Aufzeichnung sämtlicher elektronischer Kommunikation stellt laut Bankenverband gerade kleine Banken vor eine sehr große IT-Herausforderung, verbunden mit enormen Kosten. Auch dies könne dazu führen, die individuelle Beratung zu Gunsten der Vermögensverwaltung abzuschaffen. Mehrere kleine Banken seien diesen Schritt bereits gegangen.

Das ohnehin umfangreiche MiFID II / MiFIR-Regelwerk wird u.a. ergänzt durch zahlreiche Technische Regulierungs- und Durchführungsstandards. Hier den Überblick zu behalten, sei gerade für kleine Banken, die keine separaten Ressourcen dafür abstellen können, nicht möglich. Somit entstünden erhebliche Mehrkosten, da teure externe Beratungsleistung eingekauft werden muss. Zudem führe die Pflicht zur parallelen Umsetzung vieler Themen gerade bei kleinen Banken zu hohen Personalbelastungen, weil dieses neben dem Tagesgeschäft bewältigt werden muss. **DK**

Förderbilanz 2016:

Bayerische Wirtschaft erhält 2,5 Milliarden Euro Darlehen

Die LfA Förderbank Bayern hat 2016 die bayerischen Unternehmen und Kommunen mit knapp 2,5 Milliarden Euro unterstützt. Trotz der anhaltenden Niedrigzinsphase entspricht das einem Zuwachs von rund 18 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Gefragt waren insbesondere die Wachstumsförderung kleinerer und mittlerer Unternehmen, Gründerdarlehen, Fördermittel im Bereich Umweltschutz sowie Konsortialdarlehen. Von den Fördervorteilen der staatlichen Spezialbank haben über 4.200 Mittelständler sowie Kommunen profitiert.

„Bayerns Stärke basiert auf den vielen kreativen und innovativen kleinen und mittelständischen Unternehmen und ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Made in Bavaria genießt national und international einen ausgezeichneten Ruf.

Dass der Mittelstand weiter investiert, ist ein gutes Zeichen für die Zukunft und für das Gründerland Bayern: Allein die LfA hat im letzten Jahr über 1.400 Vorhaben von jungen Unternehmen im Freistaat gefördert. Das schafft Wachstum und Arbeitsplätze", so Bayerns Wirtschaftsministerin und LfA-Verwaltungsratsvorsitzende Ilse Aigner.

Dr. Otto Beierl, Vorstandsvorsitzender der LfA, erläutert: „2016 war ein erfolgreiches Förderjahr für die LfA. Dies zeigt, dass Förderdarlehen auch in einem Marktumfeld mit niedrigen Zinsen und einer hohen eigenen Finanzierungskraft von Banken und Unternehmen gebraucht werden. Unsere Angebote waren allein bei mehr als 4.000 jungen Unternehmen sowie etablierten Mittelständlern in Bayern gefragt."

Die bayerischen Kommunen haben 2016 das Angebot der LfA zum Breitbandausbau weiter stark nachgefragt. Im Vergleich zum Vorjahr ist das Zusagevolumen insgesamt um rund 60 Prozent gestiegen. ❐

Lotto Bayern:

423 Mio. Euro für den Staatshaushalt

575 Millionen Euro Gewinne schüttete im letzten Jahr die Staatliche Lotterieverwaltung an ihre Spielteilnehmer aus. Das sind 16 Millionen mehr als im Vorjahr. 14 Millionengewinne gab es 2016 in Bayern durch die von LOTTO Bayern angebotenen Lotterien. „An die Staatskasse flossen rund 423 Millionen Euro an Lotteriesteuer und Gewinnabführung von LOTTO Bayern. „Diese Gelder ermöglichen vielfältige soziale und kulturelle Leistungen für die Bürger", stellte Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder anlässlich der Lotto-Bilanz 2016 fest.

Den höchsten Einzelgewinn im Freistaat erzielte ein Spielteilnehmer aus Mittelfranken. Für seine sechs Richtigen plus Superzahl im LOTTO 6aus49 bekam er knapp 9 Millionen Euro auf sein Konto überwiesen. ❐

Bayerische Bauindustrie:

Durch Dachaufstockung 1,5 Millionen Wohnungen

Eine große Chance für mehr Wohnungen in Deutschland liegt auf den Dächern: Mehr als 1,5 Mio. zusätzliche Wohnungen könnten durch Dach-Aufstockung entstehen, so schreibt der Bayerische Bauindustrieverband in seinem jüngsten Verbandsmagazin. Die Wohnungen könnten dort entstehen, wo der Wohnraum heute schon knapp und das Wohnen teuer ist: in Großstädten, Ballungsräumen und Universitätsstädten. Zu diesem Ergebnis komme eine Studie, die die Technische Universität Darmstadt und das Pestel-Institut Hannover erstellt haben.

Im Fokus der Studie stehen die Wohnraum-Reserven von Mehrfamilienhäusern, die zwischen 1950 und 1990 gebaut wurden. Allein durch die Dach-Aufstockung von rund 580.000 dieser Nachkriegsbauten lassen sich 1,12 Mio. Wohnungen in Regionen mit angespanntem Wohnungsmarkt zusätzlich errichten, so die Studie. Darüber hinaus könnten weitere 420.000 Wohnungen auf Gebäuden entstehen, die vor 1950 gebaut wurden. Das Potenzial ist enorm. Bei der Auswahl der Gebäude, die für eine Dach-Aufstockung in Frage kommen, wurden in der Studie sowohl der Denkmalschutz als auch der Erhalt des Stadtbildes berücksichtigt.

Vorteil der Aufstockung: Es werde kein zusätzliches Bauland gebraucht. Damit würden auch keine neuen Grünflächen versiegelt. Auch der Aufbau neuer Infrastruktur entfalle – weder neue Straßen, noch Kanal- oder Versorgungsleitungen würden benötigt. Damit seien die Grundstücks- und Erschließungskosten schon zwei wichtige Punkte, bei denen gespart werde. Bei einer Aufstockung ließe sich der Energiebedarf im darunter liegenden Geschoss bis zur Hälfte reduzieren.

Um das große Wohnraum-Potenzial zu nutzen, müssten dafür jedoch bundesweit zunächst die baurechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Hier seien Bund, Länder und Kommunen gefragt, etwa auf die Forderung zusätzlicher Stellplätze zu verzichten. Die Beschränkung der Trauf- und Firsthöhen in den Bebauungsplänen müsste zeitgemäß angepasst werden.

Für finanzielle Anreize

Um eine bundesweite ‚Auf-Dach-Offensive' anzustoßen, sind insbesondere finanzielle Anreize dringend notwendig. Diese Impulse müssen für private, kommunale und genossenschaftliche Eigentümer von Wohnimmobilien attraktiv sein, wenn ein maximaler Effekt für die Wohnungsmärkte erreicht werden soll. „Ideal wäre es, ein Bundesprogramm ‚Dach-Aufstockung' aufzulegen", so die Studie des Pestel-Instituts Hannover. In ihrer Wirtschaftsanalyse fordern die Wissenschaftler, dass die angestrebte Sonderabschreibung auch für Aufstockungen und Dachausbau Anwendung findet. Für Regionen mit besonders angespanntem Wohnungsmarkt fordern sie eine Erhöhung der linearen steuerlichen Abschreibung auf 4 %.

Erhöhter Planungsaufwand

Die Durchführung von Aufstockungen erfordert in der Regel einen erhöhten Abstimmungs- und Planungsaufwand. Um Aufstockungen in Gebieten mit erhöhtem Wohnraumbedarf zu unterstützen, ist deshalb eine Förderung von Aufstockungen sinnvoll.

1. Anreize für private Investoren (Einbindung in die aktuelle Sonder-AfA): Es ist sicherzustellen, dass die angestrebte Sonderabschreibung auch für Aufstockungen und Dachausbau Anwendung findet. Grundsätzlich ist eine Anpassung der linearen Abschreibung an den tatsächlichen Werteverzehr von 3 % anzustreben. Eine Erhöhung der linearen Abschreibung auf 4 % sollte in besonders angespannten Lagen erfolgen (Förderung). Zusätzlich sollten Investitionen, für energetische und baukulturelle Verbesserungen des Gebäudebestandes im Zuge von Aufstockungen linear mit 4 % p. a. steuerlich abgeschrieben werden können. Eine besondere Hürde besteht in dem vorgelagerten Planungs- und Beratungsaufwand. Dieser sollte zu 50 % bzw. maximal 5.000 Euro je Unternehmen bzw. Gebäudeeigentümer gefördert werden (Planungskosten nach KG 700).

2. Anreize für kommunale und genossenschaftliche Investoren: Bei kommunalen und genossenschaftlichen Unternehmen sollte die Förderung über eine Investitionszulage in vergleichbarer Höhe der angestrebten Sonderabschreibung erfolgen (Erstellungskosten nach KG 300+400).

3. Vereinfachung im Bauplanungsrecht: Sowohl auf Bundes-, Landes-, wie auch auf kommunaler Ebene besteht eine Reihe von bauordnungs- und bauplanungsrechtlichen Vorgaben, die bislang einer breiteren Realisierung von Aufstockungen entgegenstehen. Deshalb sollten folgende Vereinfachungen vorgesehen werden, um die Potenziale von Aufstockungen zur Deckung des Wohnraumbedarfs zu erschließen:

- Verzicht auf zusätzliche Stellplatzforderungen.
- Weiterentwicklung von Bebauungsplänen mit Trauf- oder Firsthöhenbeschränkung.
- Reduktion der Anforderungen der Abstandsflächenregelungen, soweit deren gestalterische, städtebauliche und nachbarrechtliche Verträglichkeit sichergestellt ist.
- Verzicht auf die Anforderungen der Barrierefreiheit für die neu entstandenen Wohnungen.
- Bauordnungsrechtliche Gleichbehandlung aller Baustoffe für tragende und aussteifende Bauteile, wenn diese die Schutzziele, insbesondere des Brandschutzes, gemäß der Bauordnungen erfüllen. In der Regel ist die Feuerwiderstandsdauer ein ausreichendes Kriterium für bautechnische Bewertung.
- Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle als einheitlicher Ansprechpartner auf kommunaler Ebene zu allen die Aufstockung betreffenden bauordnungsrechtlich und bauplanungsrechtlichen Fragestellungen, um den Genehmigungsablauf zu beschleunigen.

4. Erweiterung des Mietrechtes in Hinblick auf die Duldungspflicht von Aufstockungen durch die Mieter analog der energetischen Gebäudesanierung.

Fazit: Ein Abbau der genannten Hemmnisse sowie die Schaffung zeitlich begrenzter finanzieller Anreize würden dazu beitragen, zusätzliche Wohnungen in angespannten Wohnungsmärkten zu schaffen, die Energieeffizienz im Gebäudebereich zu steigern und vorhandene Infrastrukturen besser zu nutzen. ❒

Digitalisierung - Bau 4.0:

BIM - Bedrohung oder Chance?

Tagung der SEHLHOFF GmbH im OTH Regensburg am 22. Februar 2017

Die Baubranche steht vor einer großen Veränderung. Die BIM (Building Information Modeling)-Arbeitsmethode ist die digitale Revolution, die die Arbeitsweise nachhaltig verändern wird. Speziell an Auftraggeber von Bauleistungen richtet sich am 22. Februar 2017 die Tagung „BIM - Bedrohung oder Chance?" in der OTH Regensburg. Veranstalter ist die SEHLHOFF GmbH, Vilsbiburg.

Von 13 bis 17 Uhr erhalten die Teilnehmer die notwendigen Informationen, um die Potentiale von BIM richtig nutzen zu können. Erfahrene Referenten bringen das Thema auf den Punkt. So wird der Bundestagsabgeordnete Dipl.-Volkswirt Florian Oßner über „Projektoptimierung durch Digitalisierung" referieren, „BIM anhand eines Praxisbeispiels aus dem Infrastrukturbau" lautet das Vortragsthema von Prof. Dr.-Ing. Thomas Euringer (OTH Regensburg), Dipl.-Ing. Martin Hutzler (SEHLHOFF GMBH) berichtet über „BIM - Der Nutzen für den Auftraggeber" und Zukunftsforscher M.A. Kai Gondlach (2b AHEAD) informiert zum Thema „So leben und arbeiten wir in der Zukunft". Als Moderator der Veranstaltung fungiert Dipl.-Kfm. Michael Jäger, Vizepräsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern.

Weitere Informationen unter: www.bim-zentrum.de DK

Ausschreibungsfreiheit bei Errichtung von Zweckverbänden

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 21. Dezember 2016 entschieden, dass die Gründung eines Zweckverbandes, dem die bisher den beteiligten Kommunen obliegenden Befugnisse zugewiesen wurden, als organisationsrechtliche Entscheidung ausschreibungsfrei zulässig ist. Die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs bestätigt die langjährige Rechtsauffassung der kommunalen Spitzenverbände und ist aus kommunaler Sicht zu begrüßen.

Die Stadt Hannover und der Landkreis Hannover hatten dem zuvor gegründeten Verband Abfallwirtschaft Region Hannover neben den Aufgaben und Befugnissen im Bereich der Abfallentsorgung unentgeltlich die jeweiligen erforderlichen Einrichtungen der beteiligten Verbandsmitglieder übertragen. Damit konnte der Zweckverband Gebühren erheben und kostendeckend arbeiten.

Ein privater Entsorger hielt die Gründung des Zweckverbands und die damit verbundene Aufgabenübertragung ohne Ausschreibung für rechtswidrig, weil ein öffentlicher Auftrag vorliege. Auf Vorlage des Oberlandesgerichts Celle stellte der Europäische Gerichtshof klar, dass ein öffentlicher Auftrag nicht vorliege, wenn Kompetenzen innerstaatlich neu geordnet würden. Denn die Übertragung derartiger Befugnisse zwischen öffentlich-rechtlichen Hoheitsträgern sei gerade nicht auf den entgeltlichen Erwerb von Gütern oder Dienstleistungen gerichtet.

Die Tatsache, dass der Zweckverband auch Gebühren erheben könne, ist laut Europäischem Gerichtshof nicht als Entrichtung eines Entgelts zu beurteilen, vielmehr beruhe dieses auf der Kompetenzverlagerung. Auch die in den Landesgesetzen über die interkommunale Zusammenarbeit typischerweise angelegte Verpflichtung, etwaige Verluste aus der Tätigkeit auszugleichen, begründe keine Entgeltlichkeit.

Nach Auffassung des Europäischen Gerichtshofs müssen drei Voraussetzungen gegeben sein, um eine ausschreibungsfreie innerstaatliche Organisationsentscheidung zu bejahen: Es muss eine umfassende Kompetenzübertragung erfolgen, einschließlich der mit der Zuständigkeitsübertragung korrespondierenden hoheitlichen Befugnisse, ohne dass die öffentliche Stelle eine Zuständigkeit für diese Aufgabe behält. Es muss eine eigene, autonome Entscheidungsbefugnis auf die neue öffentliche Stelle erfolgen und zugleich muss die Kontrollbefugnis der übertragenen Verbandsmitglieder entfallen. Und schließlich muss der neue Aufgabenträger finanziell unabhängig sein. **IBdBSt**

BdSt-Appell an den Bund:

19 Mrd. Euro auf der hohen Kante – Zeit für Entlastungen!

Der Bund der Steuerzahler (BdSt) fordert die Bundesregierung und den Bundestag auf, jetzt umfassende Signale zu setzen, um Bürger und Betriebe zu entlasten. Bei seinem Appell verweist der Verband auf den Überschuss von 6,2 Milliarden Euro, den der Bundeshaushalt 2016 erzielt hat – im Jahr 2015 waren es 12,8 Milliarden. Damit hat der Bund inzwischen 19 Milliarden Euro Rücklage angehäuft. Dies ist mehr als das Soli-Aufkommen des Jahres 2016.

„Die Politik ist in der Lage, umfassende Entlastungen einzuleiten und solide zu finanzieren", betont BdSt-Präsident Reiner Holznagel. „Vor allem muss endlich der Ausstieg aus dem unsäglichen Solidaritätszuschlag angepackt werden. Ein vollständiger Abbau bis 2020 ist problemlos möglich, ohne die Schwarze Null in Frage zu stellen. Es ist inakzeptabel, dass die Steuerzahler über Gebühr vom Fiskus zur Kasse gebeten werden."

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble plant, den aktuellen Überschuss von 6,2 Milliarden Euro vollständig in die Schuldentilgung zu stecken. „Dieser Vorschlag ist folgerichtig, denn die Bundeshaushaltsordnung sieht bei Überschüssen insbesondere einen Abbau von Altschulden vor. Der Minister verschweigt aber, dass ein weiterer Überschuss in Höhe von 12,8 Milliarden Euro aus dem Jahr 2015 noch auf der hohen Kante liegt und davon noch nicht ein Cent verbraucht wurde. Dieses Geld muss jetzt für den Soli-Abbau genutzt werden! Wenn die Politik die Rücklage auf diese Weise nutzt, entlastet sie die Bürger spürbar und sorgt für Fairness zwischen den Generationen."

Solidaritätszuschlag

Den Abbau des Solidaritätszuschlags kann der Bund schnell und unbürokratisch beschließen. Eine Zustimmung der Bundesländer ist dazu nicht erforderlich, da es sich um eine reine Bundessteuer handelt. Die verfassungsrechtliche Funktion als Sondersteuer zum Ausgleich finanzieller Bedarfsspitzen hat der Soli längst verloren, zumal der Bund seit 2015 Milliarden-Überschüsse erzielt. Der BdSt geht daher auch juristisch gegen den Solidaritätszuschlag vor. Das Verfahren liegt beim Bundesverfassungsgericht.

Überschüsse/Rücklage

Der 2015 erzielte Überschuss im Bundeshaushalt von 12,8 Milliarden Euro wurde – abweichend von der Bundeshaushaltsordnung – einer Rücklage zugeführt, um die erwarteten hohen Flüchtlingskosten zu finanzieren. 6,1 Milliarden Euro aus dieser Rücklage sollten 2016 für Flüchtlinge ausgegeben werden. Die Ertragslage des Bundes hat sich jedoch so gut entwickelt, dass gar nicht auf die Rücklage zurückgegriffen werden musste. Der BdSt geht davon aus, dass es auch im laufenden Jahr möglich sein wird, ohne Zugriff auf die Rücklage die Ausgaben für Flüchtlinge zu finanzieren. Damit steht dem Bund noch die gesamte Rücklage von 12,8 Milliarden Euro aus dem Jahr 2015 zur Verfügung – zusätzlich zum erneuten Überschuss 2016 in Höhe von weiteren 6,2 Milliarden Euro. ❒

Hervorragende Rendite im bayerischen Pensionsfonds

Der Bayerische Pensionsfonds hat Ende 2016 die 2,5 Milliarden Euro Marke überschritten. „Allein im Jahr 2016 wuchs der Marktwert um rund 217 Millionen Euro auf 2,53 Milliarden Euro am Jahresende. Der Freistaat Bayern ist für die Finanzierung der künftigen Versorgung seiner Beamtinnen und Beamten gut aufgestellt. Die Tragfähigkeit der Versorgungsausgaben ist in Bayern auch langfristig gegeben", so Finanzminister Dr. Markus Söder .

Die Steigerung im Jahr 2016 beruht auf staatlichen Zuführungen von 116,7 Millionen Euro sowie einem Wertzuwachs von rund 100 Millionen Euro. Das entspricht einer Rendite von 4,28 Prozent im vergangenen Jahr nach 2,95 Prozent in 2015. Die durchschnittliche Jahresrendite seit Auflage des Sondervermögens im Jahr 1999 liegt bei 5,55 Prozent.

Bewährte Vorgehensweise

„Die Zusammenarbeit mit der Deutschen Bundesbank und eine Fokussierung auf solide Renten- und Aktienwerte hat sich erneut bewährt. Vor diesem Hintergrund kann ich Überlegungen einzelner Gewerkschaftsfunktionäre außerhalb Bayerns nach einer Zusammenlegung der Versorgungsrücklagen von Bund und Ländern nichts abgewinnen", betonte Söder. Bayern mache vielmehr vor, dass es wichtig sei, die eigenen Kompetenzen klug zu nutzen statt Verantwortung nur abzugeben. Der Bayerische Pensionsfonds wuchs trotz des schwierigen Kapitalmarktumfeldes in den letzten Jahren.

Der Geschäftsbericht des „Bayerischen Pensionsfonds" wird voraussichtlich Mitte des Jahres veröffentlicht. ❒

BIM – Bedrohung oder Chance?
Veranstaltung speziell für Auftraggeber
- BIM ab 2020 Pflicht, MdB Florian Oßner referiert
- Hochschule stellt Praxisbeispiel vor
- Expertenvortrag: Der Nutzen für den Auftraggeber
- Zukunftsforscher gibt einen Ausblick

22. Februar 2017, OTH-Regensburg

SEHLHOFF GMBH INGENIEURE + ARCHITEKTEN
weitere Infos: www.bim-zentrum.de

BAU 2017 in München:

Rekordwerte und spürbare Aufbruchsstimmung

Auf der BAU 2017, der Weltleitmesse für Architektur, Materialien und Systeme in München, präsentierten 2.120 Aussteller aus 45 Ländern – so viele wie noch nie - Innovationen für den Bau- und Planungsbereich. Auch bei den Besucherzahlen konnte die Messe deutlich zulegen. Messe-Geschäftsführer Reinhard Pfeiffer freute sich über dieses Ergebnis: „Zum wiederholten Male hat die BAU Rekordwerte erzielt. Sie hat damit ihre Stellung als Innovationsmotor und Impulsgeber der Baubranche eindrucksvoll bewiesen."

Auch wenn die BAU nicht nur durch die Vielfalt der Besucher, sondern auch durch ihre Themenvielfalt überzeugte, so standen doch zwei Themen im Mittelpunkt des Messegeschehens: Wie stark die Digitalisierung die Zukunft des Bauens beeinflussen wird, zeigten vor allem die Aussteller der BAU IT. BIM – das Thema Building Information Modeling – war dort allgegenwärtig. Das andere in den Messehallen dominierende Thema: smarte „mitdenkende" Bauelemente und -systeme, die bestimmte Eigenschaften besitzen und auf äußere Einflüsse reagieren: vom Türgriff mit Fingerscanner über die Energie erzeugende Fassade bis hin zur Systemlösung für das voll vernetzte Smart Home.

Setzt die BAU schon bei der Qualität der Aussteller und deren Standpräsentationen Maßstäbe, so gilt das erst recht für das Rahmenprogramm. Die drei Messeforen waren auch diesmal wieder ein Publikumsmagnet. Inmitten einzelner Hallen platziert, konnte man dort quasi im Vorbeigehen die großen Themen der Branche „mitnehmen", erläutert von unabhängigen Fachleuten aus Architektur, Forschung und Industrie.

Im Mittelpunkt der Vorträge standen die Digitalisierung des Planens und Bauens, das modulare serielle Bauen sowie das Thema „smart": Das Forum B0 legte einen weiteren Schwerpunkt auf praktische Lösungen zur Sanierung und Modernisierung von Gebäuden, außerdem fand dort der Tag der Immobilienwirtschaft und der Hochschultag statt.

Leitthemen

Begleitend zu den Präsentationen der Aussteller wurden die Leitthemen der BAU 2017 (Intelligente Fassade – Digital Planen, Bauen und Betreiben – Vernetzte Gebäude – Bauen und Wohnen 2020) in mehreren Sonderschauen thematisiert und veranschaulicht - aus verschiedenen Blickwinkeln und unter unterschiedlichen Aspekten. Die BAU arbeitete dabei mit renommierten Partnern zusammen: der Fraunhofer-Allianz Bau, der DGNB Deutsche Gesellschaft für nachhaltiges Bauen, dem ift Rosenheim sowie der GGT Deutsche Gesellschaft für Gerontotechnik ®.

Eröffnet wurde die BAU 2017 von Dr. Barbara Hendricks, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB). In ihrer Rede bezeichnete sie die Baubranche als „Schlüsselbranche" für zentrale gesellschaftliche Aufgaben. Wie Hendricks zudem ausführte, „wirkt die Wohnungsbauoffensive". Die Zahl der fertig gestellten Wohnungen habe sich in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt. In dieser Legislaturperiode seien eine Million neue Wohnungen gebaut worden. Zuversichtlich stimme auch, dass die Zahl der Baugenehmigungen 2016 auf gut 380.000 angestiegen ist. So viele Genehmigungen habe es seit dem Jahr 2000 nicht mehr gegeben. „Nach Jahren der Stagnation haben wir eine Trendwende geschafft", so Hendricks.

Lange Nacht der Architektur

Ein Glanzlicht im Rahmen der BAU war erneut die Lange Nacht der Architektur, an der diesmal über 70 Gebäude und Projekte beteiligt waren. Über 35.000 Besuchern wurden wieder einzigartige Einblicke in die architektonisch eindrucksvollsten Gebäude, Stadtentwicklungsprojekte, Showrooms und Infrastrukturprojekte der bayerischen Landeshauptstadt gewährt.

Mit elf verschiedenen Routenvorschlägen und dank der Überschneidung an bestimmten Knotenpunkten konnten sich die Architekturbegeisterten ihre Wunschroute individuell zusammenstellen oder vorgeplanten Routen folgen. Zu den 20 neuen Gebäuden, die sich erstmalig im Rahmen der LNDA präsentierten, gehörten u.a. das München Hoch5 im Werksviertel am Ostbahnhof, wo auch die Eröffnungsveranstaltung stattfand, die BMW LKW-Logistik Administration, die Isartalwerkstätten, die Schreinerei Würzburger, die Faulturmanlage im Klärwerk Gut Großlappen sowie die Evangelisch-lutherische Kirche St. Lukas.

Ein weiterer Neuling, die Brainlab AG, war in diesem Jahr besonders gefragt. Die Brainlab AG errichtete, nur einen Steinwurf vom Messegelände entfernt, auf dem Areal des ehemaligen Flughafen Riem ihre neue Firmenzentrale. Blickfang des neuen Hauptsitzes ist der denkmalgeschützte Flughafen-Tower, umrahmt von einem modernen Neubau aus Glas.

Auch alte Bekannte wie das Osram Lighthouse mit dem Skyline Tower oder die TenTowers waren erneut mit von der Partie und erlaubten einen Blick auf das nächtliche München. Weniger mit Höhe, dafür aber mit individuellem ursprünglichen Charme überzeugte die Brotfabrik der Bäckerei Aumüller in einem alten Industriegebäude an der Kistlerhofstraße. Auch bei den übrigen Gebäuden war für jeden Geschmack etwas dabei: So konnten z.B. das pro aurum Goldhaus oder das Stadion an der Grünwalder Straße besichtigt werden.

In das Haus der bayerischen Landkreise lockte die Lange Nacht der Architektur neben Bau- und Architekturbegeisterten auch Politikinteressierte. Bereits seit Mitte der 1950er Jahre befindet sich die Geschäftsstelle des Verbands in prominenter Lage zwischen verschiedenen Ministerien, großen Behörden, in der Nähe von Staatskanzlei und Bayerischem Landtag. 2008 starteten die umfassenden Sanierungsmaßnahmen, die die alten Mauern nach und nach in neuem Glanz erstrahlen ließen.

Schaufenster der Landkreise

Aus verschachtelten Grundrissen wurden funktionale Raumfolgen. Besonders das Foyer hat sich seit der Sanierung zu einem wahren Schaufenster der Landkreise in München entwickelt. Wechselnde Ausstellungen ermöglichen es auch eingefleischten Münchnern, einen ersten Eindruck von der Schaffens- und Innovationskraft, Lebens- und Liebenswertigkeit der bayerischen Landkreise zu bekommen.

„Mit 71 Landkreisen ist hier immer etwas geboten. Unser Foyer ist bis heute zu einem hervorragenden Forum geworden, um die verschiedensten Interessengruppen zusammenzubringen. Ich freue mich, dass wir im Rahmen der Langen Nacht der Architektur allen Interessierten einen Einblick in die Arbeit der Landkreise geben konnten", betonte Dr. Johann Keller, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Landkreistags. Derzeit ist im Foyer die Ausstellung „Der Landkreis Kulmbach – Das Herz Oberfrankens" zu sehen. **DK**

Landrat Stefan Rößle und Konversionsmanagerin Barbara Wunder bei der Erarbeitung der Arbeitshilfe.
Foto: Stefanie Fieger, Landratsamt Donau-Ries

Projekt Flächenmanagement im Landkreis Donau-Ries:

Arbeitshilfe für Kommunen erstellt

Donauwörth (pm). Mit dem Projekt Flächenmanagement unterstützt der Landkreis Donau-Ries im Rahmen des Konversionsmanagements Kommunen bei ihrer Innenentwicklung. Nach dem erfolgreichen Abschluss der Pilotphase werden den Kommunen nun umfassende Arbeitshilfen zur Verfügung gestellt. Die sechs teilnehmenden Kommunen des Pilotprojektes erhalten zudem Urkunden vom Landkreis.

Das Modellprojekt „Flächenmanagement und Innenentwicklung" im Landkreis Donau-Ries wurde 2014 vom Konversionsmanagement initiiert. Ziel war und ist es, die Kommunen dabei zu unterstützen ihre Ortskerne zu erhalten und zu beleben. Für das wichtige Thema der innerörtlichen Entwicklung sollte sensibilisiert werden – sei es bei Verantwortlichen wie auch bei Bürgerinnen und Bürgern.

In der ersten Pilotphase konnte mit den sechs Modellkommunen Fünfstetten, Kaisheim, Monheim, Nördlingen, Oettingen und Wemding das Projekt erfolgreich durchgeführt werden. Für ihr Engagement werden die teilnehmenden Kommunen jetzt mit einer repräsentativen Urkunde geehrt. Landrat Stefan Rößle betont, „die Modellkommunen haben über die Projektlaufzeit hinweg großes Engagement und Interesse gezeigt. Das hat eine besondere Wertschätzung verdient".

Beispiele aus der Region

Der genaue Projektverlauf ist nun in einer Arbeitshilfe zusammengefasst. Sie soll vor allem Kommunen als Handlungsleitfaden dienen. In den einzelnen Kapiteln sind die Meilensteine des Projektes detailliert erläutert und mit guten Beispielen aus der Region aufbereitet. So soll Schritt für Schritt an die Bearbeitung des Themas „Flächenmanagement und Innenentwicklung" herangeführt werden. Denn auch Kommunen, die nicht aktiv am Modellprojekt oder an der nun startenden zweiten Projektphase beteiligt sind, sollen einen Mehrwert erhalten. Konversionsmanagerin Barbara Wunder erläutert: „Idealerweise stellt die Arbeitshilfe eine Grundlage für die selbstständige Durchführung dar. Heimat heißt zupacken und neues entwickeln!"

Kernaspekte

Die Arbeitshilfe führt mit dem ersten Kapitel in das Thema ein und erläutert die Innenentwicklung als Herausforderung und Chance. Im zweiten Kapitel werden die Grundlagen für ein erfolgreiches Flächenmanagement wie beispielsweise die kostenlose Flächenmanagementdatenbank dargestellt. Die Innenentwicklungspotentiale in den Modellkommunen werden praxisnah beschrieben, um dem Leser eine Vorstellung des Möglichen zu geben. Im dritten Kapitel wird der essentielle Teil eines erfolgreichen Projektverlaufes erläutert – die Eigentümeransprache bei Baulücken und Leerständen. Weiterführend werden weitere Handlungshilfen für eine aktive Innenentwicklung beschrieben. Ein Kernaspekt ist dabei das Einsetzen von Innenentwicklungslotsen, die den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort mit Rat und Tat zur Seite stehen. Wichtiger Bestandteil für die Reaktivierung von Innenentwicklungspotential ist auch der Bereich der Vermarktung, der vielfältig gestaltet werden kann.

Immobilienbörse auf dem Regionalportal

Um die Vermarktung von verfügbaren Flächen und Gebäuden dreht es sich auch auf dem Regionalportal unter www.donauries.bayern/wohnen. Dort werden die ermittelten innerörtlichen Brachflächen und Leerstände des Projektes Flächenmanagement dargestellt. Zudem findet sich eine ausführliche Immobilienbörse mit Kauf- und Mietobjekten für den Landkreis Donau-Ries.

Das Konversionsmanagement steht als Servicestelle für Kommunen sowie Bürgerinnen und Bürger rund um das Thema Flächenmanagement und Innenentwicklung zur Verfügung. ❐

Bayerische Bauindustrie:

ÖPP bringt höheren volkswirtschaftlichen Nutzen

Die Beteiligung privater Investoren an Infrastrukturprojekten zahlt sich für den Steuerzahler langfristig aus. So liegen die Projektkosten beim Autobahnbau über einen Zeitraum von 30 Jahren bei Öffentlich Privaten Partnerschaften (ÖPP) selbst bei vorsichtigen Annahmen um zehn Prozent niedriger als bei konventioneller Beschaffung. Zu dem Ergebnis kommt ein Gutachten des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) in Zusammenarbeit mit dem Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV), das die Bayerische Bauindsutrie in ihrem jüngsten Verbandsmagazin veröffentlicht.

Die Schätzung basiert auf den Erfahrungen mit 14 Autobahn-Projekten im Wert von knapp 3 Mrd. Euro, die seit 2007 in Deutschland als ÖPP realisiert wurden. Dabei übergibt der Staat den Auftrag für Planung, Bau und Betrieb an einen privaten Investor, der dafür eine im Voraus vereinbarte Vergütung erhält. Das sorgt für mehr Effizienz, da alles aus einer Hand kommt. So zeigt die Studie, dass mit einem privaten Investor die durchschnittlichen Kosten pro gebauten Autobahnkilometer von neun auf 7 Mio. Euro sinken. Zudem werden die Termine in der Regel besser eingehalten als bei rein öffentlichen Projekten. Viele ÖPP-Projekte wurden sogar schneller fertig als geplant.

Effizienzvorteile bei ÖPP gleichen höhere Finanzierungskosten aus

Die Einsparungen durch kürzere Bauzeiten und seltenere Reparaturen während der Betriebszeit gleichen die höheren Finanzierungskosten des privaten Investors mehr als aus. Bei einer ganzheitlichen Kosten-Nutzen-Betrachtung verkehrt sich der Finanzierungsvorteil der öffentlichen Hand sogar in das Gegenteil. Die Diskussion über die Einbindung privater Partner darf sich daher nicht nur auf den Vergleich der Kreditkosten beschränken. Tatsächlich liegt der gesamtwirtschaftliche Nutzen von ÖPP sogar noch höher. Positive Effekte, wie weniger CO2-Emissionen infolge geringerer Staus, wurden in der Studie nicht berücksichtigt.

Nicht berücksichtigte positive Effekte

Nicht berücksichtigt werden auch die positiven Effekte eines ÖPP-Projektes auf die Arbeitsplätze und die Lebensqualität in einer Region. Wenn nämlich ein Verkehrsprojekt dank ÖPP schneller realisiert wird, so stellen sich die positiven Auswirkungen auf die Arbeitsplätze in der Region früher ein und wirken insgesamt stärker. In der offiziellen Nutzen-Kosten-Analyse, die der Bewertung jedes öffentlichen Verkehrsprojektes zugrunde liegt, werden diese Wirkungen aber überhaupt nicht erfasst.

Das ist das Grundproblem: der Nutzen der Verkehrsprojekte wird eben nur unvollständig erfasst, ihre Kosten aber umfassend. Zudem entsteht auf diese Weise ein relativer Nachteil für ÖPP, denn dieser unberücksichtigte Vorteil ist bei ÖPP aufgrund der schnelleren Realisierung größer als bei der staatlichen Finanzierung. Trotz dieser Beschränkung gehen aber ÖPP-Projekte als Sieger aus dem Vergleich mit herkömmlich finanzierten Projekten hervor. ❐

Mehrgenerationenhäuser in Bayern:

Wichtiger Baustein der sozialen Infrastruktur

Mehrgenerationenhäuser in Bayern sind eine wichtige Drehscheibe für regionale generationenübergreifende Angebote. Über ihre Arbeit informiert eine Wanderausstellung, die jetzt im Bayerischen Sozialministerium Station macht.

Bei der Eröffnung der Ausstellung betonte Bayerns Sozialstaatssekretär Johannes Hintersberger: „Die Mehrgenerationenhäuser sind längst zu einem wichtigen Baustein der sozialen Infrastruktur in Bayern geworden. Mit ihrem generationenübergreifenden Ansatz leisten sie in den Städten und Gemeinden erfolgreiche und wertvolle Arbeit bei der Gestaltung des demografischen Wandels. Diese Arbeit wird mit der Wanderausstellung plakativ präsentiert."

Finanzielle Planungssicherheit

Gleichzeitig wies der Staatssekretär darauf hin, dass die Mehrgenerationenhäuser in Bayern mit dem zum 1. Januar gestarteten Bundesprogramm nun bis 2020 finanzielle Planungssicherheit erhalten haben. „Bayern hat mit 82 vom Bund geförderten Mehrgenerationenhäusern die meisten aller 16 Bundesländer. Deshalb haben wir uns mit Erfolg beim Bund für eine nachhaltige Förderung der Mehrgenerationenhäuser eingesetzt. Besonders freut es mich, dass künftig weitere zehn bayerische Mehrgenerationenhäuser in die Bundesförderung aufgenommen werden", so Hintersberger und ergänzte: „Unser zentrales Ziel ist der Erhalt guter und gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Regionen Bayerns. Hier leisten die Mehrgenerationenhäuser einen wichtigen Beitrag."

Mehrgenerationenhäuser sind lokale Anlaufstellen, in denen sich jüngere und ältere Menschen begegnen und miteinander aktiv sind. Sie stärken den Generationenzusammenhalt und leisten so einen wichtigen Beitrag zur Gestaltung des demografischen Wandels in Bayern.

Sonderprogramm

Das Sozialministerium unterstützt die Etablierung von Mehrgenerationenhäusern in Bayern mit jährlich 300.000 Euro. Gleichzeitig sind 14 Mehrgenerationenhäuser am Sonderprogramm ‚Zusammenhalt fördern, Integration stärken' zur Integration von Flüchtlingen beteiligt. Dafür stehen zusätzlich je 390.000 Euro für die Jahre 2017 und 2018 zur Verfügung. Viele Aktivitäten mit Flüchtlingen konnten so bereits umgesetzt werden, wie z.B. Elterntalk für Flüchtlingsfamilien, Sprachcafés sowie Bildungs- und Sprachpatenschaften.

Weitere Informationen zu den Mehrgenerationenhäusern finden Sie unter www.bayern-ist-ganz-ohr.de/mgh/bayern/index.php ❐

Bayerischer Landkreistag:

Forderungspapier an Kommission „Bayern Mobilität 2030“

Die Zukunftsfähigkeit der bayerischen Landkreise wird angesichts demografischer, aber vor allem auch wirtschaftlicher Entwicklungen zukünftig noch stärker von der Fähigkeit abhängen, eine leistungsfähige Infrastruktur und vor allem flächendeckende Mobilität bereitstellen zu können. Der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr beim Bayerischen Landkreistag hat deswegen ein Positionspapier erarbeitet, das er in seiner aktuellen Sitzung an Prof. Dr.-Ing. Holger Magel, Präsident der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum sowie Lehrstuhl für Bodenordnung und Landentwicklung der TU München und an Dr. Josef Wallner (Bauindustrieverband) als Vertreter der unabhängigen interdisziplinären Expertenkommission „Bayern Mobilität 2030“ übergeben hat. Dieses soll in das abschließende Papier der Expertenkommission „Bayern Mobilität 2030“ einfließen, das dem Landtag im Juli vorgelegt wird.

Der Bayerische Landkreistag fordert eine optimale Kombination und Vernetzung der Verkehrsmittel und Verkehrsverlagerung auf den ÖPNV, Smart Cities um Smart Countries zu ergänzen, bezahlbare Mobilität und die Schaffung eines passenden rechtlichen Rahmens. „Wir müssen uns mit einem optimalen Verkehrsmittelmix, umfassenden Mobilitätsverbünden, alternativen Angeboten, einer multimodalen Mobilitätsplattform und einer innovationsfördernden Haltung zukunftsfähig mobil machen. Für neue Pilotprojekte und alternative Bedienformen im ÖPNV brauchen wir auch eine Reform des Personenbeförderungsrechts. Die Aufgaben- und Finanzierungsverantwortung muss in der Hand der ÖPNV-Aufgabenträger konzentriert werden“, so der Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr beim Bayerischen Landkreistag, Landrat Franz Löffler (Cham).

Verbündete der Landkreise

Bei Prof. Dr.-Ing. Holger Magel stieß er damit auf offene Ohren: „Es ist ausgewiesene Meinung der Expertenkommission, dass es gleichwertige Verhältnisse nur dann geben wird, wenn Daseinsgrundfunktionen zur Gänze erfüllt werden. Hierzu gehört an oberster Stelle die Mobilität. Wir sind Verbündete der bayerischen Landkreise.“

Die auf Initiative des Bauindustrieverbands (BBIV) ins Leben gerufene Expertenkommission „Bayern Mobilität 2030“, bestehend aus namhaften Fachleuten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Verkehrsunternehmen, Verbänden und Politik, entwickelt mit Unterstützung der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr Wege und Handlungsfelder für eine zukunftsgerichtete Verkehrspolitik.

Deutliche Zuwächse

Nach aktuellen Prognosen wird die bayerische Verkehrsleistung im Personenverkehr gegenüber 2007 bis 2015 um rund 22 Prozent zunehmen. Auf der Schiene erwartet man sogar einen Zuwachs von rund 52 Prozent, auf der Straße soll der Individualverkehr um 18 Prozent steigen. Im Luftverkehr rechnet man deutschlandweit mit einer Zunahme der Passagiere von rund 58 Prozent bis 2030 gegenüber 2010, das Wachstum in Bayern wird sogar darüber liegen. ❐

Von links: Dr. Johann Keller (Geschäftsführer), Isabell Jagel (Referentin), Landrat Franz Löffler, Prof. Dr.-Ing. Holger Magel und Dr. Josef Wallner (Bauindustrieverband). ❐

Wohnbaugesellschaft Ebersberg erfolgreich gegründet

Kooperation des Landkreises Ebersberg und der Stadt Grafing

Noch im Dezember 2016 setzten der Ebersberger Landrat Robert Niedergesäß und die Grafinger Bürgermeisterin Angelika Obermayr ihre Unterschriften unter die Unternehmenssatzung der Wohnbaugesellschaft Ebersberg. Ein Erfolg, den beide Mandatsträger sichtlich genossen.

Vorausgegangen waren Monate der Vorbereitung, der Diskussionen und der Abstimmung insbesondere mit der Regierung von Oberbayern und dem Finanzamt Erding. In den politischen Gremien herrschte nicht zuletzt durch die Auftaktveranstaltung zur „Wohnbauoffensive Ebersberg“ im Juni 2016 breiter Konsens über die Notwendigkeit, den kommunalen Wohnbau zu verstärken, um den steigenden Mieten zu begegnen.

Positive Resonanz

Die Idee von Landrat Robert Niedergesäß wurde nicht nur in Grafing positiv aufgenommen: Die Rathausverwaltungen sollen durch die landkreisweit tätige Wohnbaugesellschaft entlastet werden, jedoch gleichzeitig das Belegungsrecht innehaben und das Kommunale Wohnraumförderprogramm nutzen können.

Als Rechtsform wurde ein gemeinsames Kommunalunternehmen gewählt, um gerade auch in den Genuss von steuerlichen und vergaberechtlichen Vorteilen zu kommen – zugunsten niedriger Mieten.

Im Frühjahr 2017 soll die erste Wohnbaumaßnahme in Grafing begonnen werden, in die im kommenden Winter die ersten Mieter einziehen können. Weitere Gemeinden beschlossen bereits, dem Unternehmen schnellstmöglich beitreten zu wollen. ❐

Von links: MdB Martin Burkert, MdB Rita Hagl-Kehl, Maximilian Böltl (Bürgermeister Kirchheim), Fabian Kauer (Vorstandsreferent Messe München). ❐

Verkehrsausschuss-Vorsitzender unterstützt S-Bahn-Bündnis Ost

Bundestagsabgeordneter Martin Burkert regt ein Spitzentreffen der Entscheider an

Für den vierspurigen Ausbau der Bahnstrecke zwischen München Ost und Markt Schwaben und einer Anbindung der Messe München ist ein weiterer wichtiger Schritt getan: Der Vorsitzende des Verkehrsausschusses im Bundestag, MdB Martin Burkert, hat dem S-Bahn-Bündnis Ost seine Unterstützung zugesagt. Auch er sieht die Dringlichkeit, diese Bahnstrecke auszubauen und dass der Bund das Projekt finanziell maßgeblich fördert. Martin Burkert regt ein Spitzentreffen an: Zwischen der Bahn, den Entscheidern von Bund und Freistaat und dem S-Bahn-Bündnis Ost.

Kirchheims Bürgermeister Maximilian Böltl hatte dem Bundestagsabgeordneten bei einem Treffen in Berlin die herausragende Bedeutung dieses Bahnabschnitts erläutert. Böltl erklärte als einer der Sprecher des Bündnisses: „Für den Ausbau der Bahnstrecke zwischen München-Ost und Markt Schwaben ist auch der Bund finanziell gefordert. Denn es ist ein bedeutsamer Abschnitt für den transeuropäischen Eisenbahnverkehr auf der Magistrale Paris – München – Wien – Budapest.“ Deshalb fordert das S-Bahn-Bündnis Ost, dass dieser Abschnitt als Teil des Bahnknoten München in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen wird.

Internationale Bedeutung

Das Bündnis hat ein Gutachten über diesen Bahnengpass in Auftrag gegeben. Das sei sehr hilfreich in der Diskussion, meinte Martin Burkert. Dieses Gutachten soll die enorme Belastung auf diesem Bahn-Engpass im Münchner Osten mit Daten und Fakten belegen und die Verantwortung des Bundes mit Blick auf die internationa-le Bedeutung dieser Strecke deutlich machen. Das Gutachten soll auch Entwicklungsperspektiven aufzeigen und konkrete Infrastrukturmaßnahmen benennen.

Das S-Bahn-Bündnis Ost fordert den vierspurigen Ausbau der Bahnstrecke zwischen dem Münchner Osten und Markt Schwaben – mit einer Anbindung der Messe München. Es kam auf Initiative der Messe zustande.

Breite Unterstützung

Das überparteiliche Bündnis wird von Politkern aus den betroffenen Städten und Gemeinden unterstützt, aus dem Landtag, dem Bundestag und den Kreistagen, von der IHK und der Handwerkskammer für München und Oberbayern und von Organisationen wie Green City. Auch Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt und Bayerns Innenminister Joachim Herrmann haben ihre Unterstützung zugesagt.

Die Deggendorfer Bundestagabgeordnete Rita Hagl-Kehl hatte jetzt das Treffen des Bündnisses mit dem Vorsitzenden des Verkehrsausschusses im Bundestag, MdB Martin Burkert, möglich gemacht.

Weitere Informationen über das S-Bahn-Bündnis Ost sowie seine Forderungen und Argumente finden sich im Internet unter www.sbahn-buendnis-ost.de und bei facebook https://www.facebook.com/sbahnbuendnis.ost/. ❐

50.000 Bau- und Handwerksbetriebe zu Unrecht zur Kasse gebeten

Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hat kürzlich in zwei Verfahren entschieden, dass die Allgemeinverbindlicherklärungen des Tarifvertrags über das Sozialkassenverfahren im Baugewerbe der Jahre 2012 und 2013 unwirksam sind (10 ABR 34/15 und 10 ABR 43/15). Diese hatte das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) erlassen.

Die Entscheidungen haben zur Folge, dass im maßgeblichen Zeitraum nur für tarifgebundene Arbeitgeber eine Beitragspflicht zu den Sozialkassen des Baugewerbes bestand. Andere Arbeitgeber der Baubranche wären nicht verpflichtet gewesen, für diesen Zeitraum Beiträge zu leisten. Die heutigen Beschlüsse betreffen bis zu 50.000 Betriebe mit bis zu 1,6 Mio. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Rechtssicherheit

„Die aktuellen Entscheidungen des BAG schaffen Rechtssicherheit und sind wichtig für alle Unternehmen, die jahrelang zu Unrecht Beiträge gezahlt haben“, erläutert Wolf J. Reuter, Fachanwalt für Arbeitsrecht und Partner der Kanzlei BEITEN BURKHARDT, der den klagenden Zentralverband der Deutschen Elektro- und Informationstechnischen Handwerke (ZVEH) vertritt. „Das Ministerium hätte den Tarifvertrag niemals für allgemeinverbindlich erklären dürfen, denn es war offensichtlich, dass hieran kein öffentliches Interesse bestand. Vielmehr wurde einzig im Interesse der Tarifvertragsparteien des Baugewerbes agiert“.

Spezielle Leistungen

Die SOKA-Bau wurden von den Tarifvertragsparteien des Baugewerbes eingerichtet. Sie erheben gemäß dem Tarifvertrag Beiträge von den Mitgliedern der tarifschließenden Arbeitgeberverbände und erbringen Leistungen im Urlaubs- und Ausbildungsverfahren sowie - über eine Zusatzversorgungskasse - Leistungen der Altersvorsorge.

Auf Antrag der Tarifvertragsparteien hatte das BMAS den Tarifvertrag über viele Jahre hinweg für allgemeinverbindlich erklärt. Dadurch waren nicht nur die Mitglieder der beiden tarifschließenden Arbeitgeberbände zur Beitragszahlung an die SOKA-Bau verpflichtet, sondern alle Betriebe, die „bauliche Leistungen“ erbringen. Die SOKA-Bau baten daraufhin auch sämtliche Unternehmen des sog. Baunebengewerbes zur Kasse. Das sind vor allem Betriebe der Metallindustrie, aber auch Tischler, Elektriker und Installationsgewerke, die sich dem Baugewerbe eigentlich nicht zugehörig fühlen und zum Teil eigene Tarifverträge haben.

In vielen Fällen meldeten sich die SOKA-Bau erst Jahre später, was für die Handwerksbetriebe oft mit unerwarteten hohen und existenzgefährdenden Nachforderungen verbunden war. In mehr als 40.000 Gerichtsverfahren pro Jahr prozessieren SOKA-Bau und Betriebe wegen der Beitragszahlungen vor deutschen Arbeitsgerichten. Das zahlenmäßig überlegene Baunebengewerbe zog daraufhin vor das BAG. Das Gericht hatte bereits am 21. September 2016 entschieden, dass die Allgemeinverbindlicherklärungen aus den Jahren 2008, 2010 und 2014 unwirksam sind (10 ABR 22/15 und 10 ABR 48/15).

Nahles will neues Gesetz

Ob die Entscheidungen dazu führen, dass Betriebe die zu Unrecht erhobenen Beiträge zurückfordern können, ist unklar. Denn Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles möchte die Folgen der BAG-Entscheidungen nicht hinnehmen: Ein neues Gesetz soll den Tarifvertrag über das Sozialkassenverfahren rückwirkend für allgemeinverbindlich erklären.

Zu dem Gesetzesentwurf fand im Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales eine Expertenanhörung statt, zu der auch Rechtsanwalt Wolf J. Reuter geladen war. Zu der Gesetzesinitiative des BMAS meint er: „Das geplante Gesetz ist eklatant verfassungswidrig - nicht nur, weil es rückwirkend gelten soll und sich über die Rechtsprechung des BAG hinwegsetzt, sondern vor allem auch, weil es einen gravierenden Verstoß gegen die Tarifautonomie darstellt.“ ❐

Spatenstich für die Messtechnik

Gemeinsam mit dem Bürgermeister von Eppingen, Peter Thalmann (2. v. l.) eröffnete die Geschäftsleitung der NIVUS GmbH mit Udo Steppe, Ingrid Steppe und Marcus Fischer offiziell die Baustelle für die Gebäudeerweiterung. Ebenfalls dabei waren die Architekten sowie Vertreter der bisher beauftragten Firmen für das Bauprojekt.

Das Unternehmen realisiert an seinem Hauptsitz eine Erweiterung der Produktions-, Logistik- und Verwaltungsflächen. Der Messtechnikhersteller entwickelt, fertigt und vertreibt hochgenaue Messetechnik für die Wasserwirtschaft.

Der Neubau am Standort Eppingen-Mühlbach soll in Bezug auf die Umweltschonung weit über das Maß der gesetzlichen Anforderungen hinausgehen. Solarstrom, die Verwendung modernster Baumaterialien sowie ein energieeffizientes Heiz- und Lüftungssystem sollen einen sehr niedrigen Energiebedarf ermöglichen. Großzügige Sozialräume und ein Fitnessraum für die Mitarbeiter sind ebenfalls in der Planung inbegriffen. Das Bauprojekt wird durch die Europäische Union und das Land Baden-Württemberg finanziell unterstützt. ❐

Kindergärten in Holzständerbauweise
Neubauten/Anbauten

▪ eigene witterungsunabhängige Produktion
▪ keine Baufeuchte
▪ gute Schallschutzeigenschaften
▪ nachhaltig aus regionalem Fichtenholz
▪ hoher Vorfertigungsgrad
▪ ideale Wärmeisolation
▪ integrierte Technik
▪ Festpreisgarantie

Laumer

84323 Massing ▪ Tel. 0 87 24 / 88-0 ▪ Fax 88-500 ▪ info@laumer.de ▪ www.laumer.de

Regelwerkssammlung für Mitglieder geht online:

Sonderaktion der Gütegemeinschaft Kanalbau

Die Gütegemeinschaft Kanalbau hat zusammen mit Beuth-Verlag und DWA drei verschiedene Regelwerkssammlungen erarbeitet. Diese enthalten in jeweils zwei Bänden die notwendigen Normen, Arbeits- und Merkblätter für die offene Bauweise, für die geschlossene Sanierung bzw. für Inspektion, Reinigung und Dichtheitsprüfung. Im Rahmen ihrer Mitgliedschaft in der Gütegemeinschaft Kanalbau haben Gütezeicheninhaber die entsprechende Loseblattsammlung mit Regelwerk kostenfrei erhalten.

Diese Sonderaktion der Gütegemeinschaft Kanalbau wird im ersten Quartal 2017 für die Mitglieder Art 2 fortgeführt. Die derzeit mehr als 1.200 Auftraggeber und Ingenieurbüros erhalten in Kürze – ebenfalls kostenfrei – die Loseblattsammlung mit den für die Ausführung wesentlichen Technischen Regeln zum „Kanalbau in offener Bauweise".

Online-Plattform geplant

Insbesondere für größere Organisationen interessant: Noch in 2017 ist exklusiv für Mitglieder der Gütegemeinschaft eine Online-Plattform geplant, auf der die Regelwerkssammlungen digital zur Verfügung stehen. Aus linzenzrechtlichen Gründen kann diese Plattform nicht kostenfrei angeboten werden. Gegen eine jährliche Gebühr steht daher interessierten Mitgliedern dann aber immer das jeweils aktuelle Regelwerk zur Verfügung; auch hier getrennt für die Themen „Kanalbau in offener Bauweise", „Kanalsanierung in grabenloser Bauweise" sowie „Inspektion, Reinigung und Dichtheitsprüfung".

Die Loseblattsammlung „Kanalbau in offener Bauweise" enthält insbesondere die einschlägigen DIN- und DIN EN-Normen sowie die Arbeits- bzw. Merkblätter der DWA (Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V.). Aus Gründen der Übersichtlichkeit wird auf Technische Regeln zu Bauprodukten und Baumaterialien sowie auf die Regeln zur Planung (z. B. hydraulische Bemessung von Bauwerken und Kanälen) verzichtet.

Während Band 1 die wesentlichen Regelwerke zu „Einbau und Prüfung", „Rohrstatik", „Tiefbau allgemein", „Allgemeine Technische Vertragsbedingungen" und „Grundsätze" beinhaltet, enthält Band 2 das Regelwerk zu den Themen „Grundstücksentwässerung", „Schutz von Bäumen", „Verdichtungsprüfungen", „Dichtheitsprüfungen von Druckleitungen" sowie die entsprechenden „Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen (ZTV) der Bundesbauverwaltungen" und „Arbeitshilfen zur optischen Abnahmeprüfung".

Herausgeber aller drei Loseblattsammlungen ist der Güteschutz Kanalbau, der die „Zusammenstellungen der für die Ausführung wesentlichen Regeln" in Zusammenarbeit mit Beuth Verlag GmbH und DWA realisiert.

Mit der Aktion, den Gütezeicheninhabern Technische Regelwerke zur Verfügung zu stellen, schafft die Gütegemeinschaft Kanalbau weitere Voraussetzungen zur Verbesserung der Qualität bei der Herstellung von Abwasserleitungen und -kanälen. Diese Aktion soll die interne Qualitätssicherung bei den Mitgliedern unterstützen. Und in Richtung Auftraggeber macht sie deutlich, dass man bei der Beauftragung von Firmen mit Gütezeichen Kanalbau auf fundiertes Fachwissen und damit eine gute Ausführungsqualität bauen kann. Ein sinnvoller Beitrag, der – darauf weist Dr.-Ing. Marco Künster, Geschäftsführer der Gütegemeinschaft Kanalbau hin – „nur aufgrund der großen Gemeinschaft realisierbar ist."

Abonnenten sparen

Für Mitglieder besteht das zusätzliche Angebot, Aktualisierungen des enthaltenen Regelwerks automatisch als Ergänzungslieferung zur Loseblattsammlung zu erhalten. Die Buchung dieser Option umfasst die Lieferung des aktualisierten Regelwerks und alle Informationen zu deren Austausch im Ordner für mindestens ein Jahr (erfahrungsgemäß 1-2 Regelwerke pro Jahr). Damit bleibt die Sammlung für die Bauausführung „Technische Regeln zum Kanalbau in offener Bauweise" auch in Zukunft stets aktuell. Für Gütezeicheninhaber wird diese Option von Beuth-Verlag und DWA zu einem stark reduzierten Preis angeboten (in Abhängigkeit des gelieferten Regelwerkes zu ca. 1/3 des Originalpreises).

Mitglieder der Gütegemeinschaft können bei Bedarf weitere Exemplare der Ordner bestellen – auch das zu einem außergewöhnlichen Vorzugspreis, der mit 250 Euro nur einen Bruchteil des tatsächlichen Warenwerts der Ordner ausmacht. Dieser liegt bei rund 2.000 Euro. Die Bestellung von zusätzlichen Regelwerkssammlungen wird von Beuth-Verlag und DWA grundsätzlich mit einem Aktualisierungs-Abonnement angeboten, welches für mindestens ein Jahr deren Aktualität sicherstellt.

Mit den Loseblattsammlungen sind Mitglieder der Gütegemeinschaft in Bezug auf das aktuelle Technische Regelwerk bestens gerüstet. Auch Auftraggeber und Ingenieurbüros, die nicht Mitglied in der Gütegemeinschaft Kanalbau sind, haben die Möglichkeit, die Loseblattsammlungen zu bestellen. Diese werden für Nichtmitglieder der Gütegemeinschaft zu einem Preis von 400 Euro und in Verbindung mit dem Aktualisierungs-Abonnement von Beuth-Verlag und DWA angeboten. Eine entsprechende Anfrage ist an die Geschäftsstelle der Gütegemeinschaft Kanalbau zu richten und wird – solange der Vorrat reicht – gerne erfüllt.

Wie bereits erwähnt, soll ab Herbst 2017 die Reihe der Loseblattsammlung Technischer Regeln im Kanalbau den Mitgliedern auch online zur Verfügung stehen. „Gut angekommen ist bereits die Informations- und Wissensplattform Akademie Kanalbau, die im vergangenen Jahr ans Netz gegangen ist", so Künster weiter. Er verweist insbesondere auf das darin enthaltene E-Learning-Modul „Einbau von Abwasserleitungen und -kanälen in offener Bauweise", das Ingenieuren, Technikern und Meistern die Möglichkeit bietet, das nötige Fachwissen für den Umgang mit der Kanalinfrastruktur zu erlangen oder zu vertiefen. Die Teilnahme am E-Learning-Kurs wird für Mitarbeiter/-innen von Gütezeicheninhaber der Gruppen AK und ABAK angeboten und ist kostenfrei.

Egänzendes E-Learning

„E-Learning wird zunehmend eine ergänzende Form des Lernens darstellen", ist Künster sicher. „Es ermöglicht den Nutzern, sich das notwendige Wissen jederzeit und an nahezu jedem beliebigen Ort anzueignen." Die Bereitstellung der Regelwerke in digitaler Form stellt hierzu eine hervorragende Ergänzung dar. Die Vorteile liegen auf der Hand: Technische Informationen und Arbeitshilfen sowie die relevanten Regelwerke auf dem aktuellsten Stand stehen zeitgemäß und nutzerfreundlich aufbereitet zur Verfügung – zu jeder Zeit und an jedem Ort.

Mitglied in der Gütegemeinschaft Kanalbau zu sein, heißt, gut informiert zu sein: In Schriftenreihen und Broschüren werden Praktikern Arbeitshilfen insbesondere zu fachtechnischen Themen angeboten. Neben den Loseblattsammlungen ist in diesem Zusammenhang die Übersicht „Technische Regeln im Kanalbau" zu nennen. Alle Schriften werden regelmäßig aktualisiert und können über die Homepage www.kanalbau.com abgerufen oder bestellt werden. ❐

50 Jahre Zweckverband Stauden-Wasserversorgung:

Staudenwasser macht sich fit für die Zukunft

50 Jahre nach seiner Gründung steht beim Zweckverband Stauden-Wasserversorgung die komplette Modernisierung der maschinen- und elektrotechnischen Ausrüstung am Verbandssitz in Reichertshofen (Gemeinde Mittelneufnach) an. Einem entsprechenden Beschlussvorschlag des Werkausschusses vom Oktober vergangenen Jahres folgte jetzt die Verbandsversammlung.

Der Beschluss der Vertreter von 21 Städten, Märkten und Gemeinden erfolgte ohne Gegenstimme. Wie der Verbandsvorsitzende, Langenneufnachs Bürgermeister Josef Böck, und Werkleiter Armin Drexl den Verbandsräten erläuterten, umfasst die umfangreiche Ertüchtigung der Anlagen zunächst das Herzstück des Wasserwerkes in Reichertshofen. Dafür sind im Haushalt 2017 nach einer Kostenschätzung des Fachbüros Wasserplaner aus Regen im Bayerischen Wald 700.000 Euro eingeplant. Die Außenanlagen (Hochbehälter, Brunnen und Pumpstationen) sollen in den kommenden Jahren – mit einem deutlich geringeren finanziellen Aufwand – Schritt für Schritt folgen.

Dass bei den Pumpen und bei der Elektrotechnik Handlungsbedarf besteht, das bestätigte ein Gutachten des Fachbüros, das im März 2016 den gesamten wassertechnischen Bereich im Maschinenhaus unter die Lupe genommen hatte. Die technischen Anlagen stammen größtenteils noch aus der Anfangszeit des 1967 gegründeten Zweckverbandes. Maßnahmen zur Verbesserung der Betriebssicherheit und zur Optimierung des Energieverbrauchs stehen dabei im Vordergrund. Armin Drexl: „Die energetische Überprüfung unserer Anlagen hat ergeben, dass im Bereich der Haupteinspeisung und der Wasseraufbereitung erhebliche betriebswirtschaftliche Potenziale vorhanden sind." So seien die vier Reinwasserpumpen bereits seit über 40 Jahren im Betrieb, zunehmend reparaturanfällig und im Energieeinsatz ineffizient. Mit einem Austausch von drei Pumpen amortisierten sich die Anschaffungskosten bereits nach sechs Jahren. Die vierte Pumpe, die bei einem eventuellen Störfall die Wasserversorgung mit der „alten" Technik sicherstellen könnte, bleibt als so genannte Backup-Ersatzpumpe erhalten.

Bei der veralteten elektrotechnischen Anlage, die nicht mehr allen geltenden Vorschriften entspricht und mit zunehmendem Verschleiß zu kämpfen hat, kommt ein weiteres Problem hinzu: es wird immer schwieriger, Ersatzteile für die sensiblen Anlagenkomponenten im Steuerungssystem zu bekommen. Vorsitzender Josef Böck: „Es besteht die Gefahr, dass die Betriebs- und Versorgungssicherheit mittelfristig darunter leidet und wir das hohe Niveau, das der Zweckverband Stauden-Wasserversorgung seit einem halben Jahrhundert garantiert, nicht mehr gewährleisten können."

Einstimmig folgten die Verbandsräte nach den plausiblen Ausführungen des Fachbüros der Empfehlung der Werkleitung und gaben grünes Licht für die Ertüchtigungs- und Modernisierungsmaßnahmen der kompletten technischen Anlagen unter Einsatz eines zukunftsorientierten Automatisierungs- und Prozessleitsystems. **(wkl)**

Novelle der Klärschlammverordnung:

Bundesregierung leitet Paradigmenwechsel ein

Die Bundesregierung verstärkt das Recycling von Wertstoffen aus kommunalen Abwässern und Klärschlämmen. Auf Vorschlag von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks hat das Bundeskabinett eine entsprechende Änderung der Klärschlammverordnung beschlossen.

Der Kabinettentwurf sieht unter anderem vor, dass nach Ablauf angemessener Übergangsfristen bei größeren Kläranlagen Phosphor aus dem Klärschlamm oder aus Klärschlammverbrennungsaschen zurückgewonnen werden muss. Laut Ministerin Hendricks „leiten wir damit einen Paradigmenwechsel ein, hin zu einer ökologisch sinnvollen Nutzung wertvoller Bestandteile des Klärschlammes. Das stärkt die Kreislaufwirtschaft und trägt langfristig zur Versorgungssicherheit mit dem Rohstoff Phosphor bei."

Gegenwärtig werden fast zwei Drittel der kommunalen Klärschlämme verbrannt, ohne den darin enthaltenen Phosphor wiederzugewinnen. Nur noch etwa ein Drittel der Klärschlämme werden derzeit unmittelbar zur Düngung in der Landwirtschaft und im Landschaftsbau eingesetzt. Der Phosphor kann zur Düngung von Pflanzen genutzt werden. Knapp werdende Rohphosphate lassen sich durch das Phosphorrecycling ersetzen. Deutschland ist – wie fast alle anderen EU-Staaten – bei der Versorgung mit Mineraldüngerphosphat vollständig von Importen abhängig. Diese stammen zum größten Teil aus politisch instabilen Regionen. Bei der Abwasserreinigung fallen jährlich rund 1,8 Millionen Tonnen Klärschlamm an.

Nennenswerte Mengen an Phosphor werden heute noch nicht zurückgewonnen. Die Verfahrensentwicklung und die Dauer der Genehmigungsverfahren machen daher lange Übergangsfristen sinnvoll. Die Pflicht zur Rückgewinnung von Phosphor greift gemäß dem Regierungsentwurf daher erst zwölf Jahre nach Inkrafttreten der Verordnung für Abwasserbehandlungsanlagen mit einer Ausbaugröße ab 100.000 Einwohnerwerten und 15 Jahre nach Inkrafttreten für Anlagen mit einer Größe ab 50.000 Einwohnerwerten. Dabei gibt die Verordnung keine bestimmte Technologie zur Phosphorrückgewinnung vor, sondern lässt genügend Spielraum für Einsatz oder Entwicklung innovativer Verfahren.

Einsatz zu Düngezwecken

Für kleinere Abwasserbehandlungsanlagen, die für weniger als 50.000 Einwohner ausgelegt sind, besteht weiterhin die Möglichkeit, kommunale Klärschlämme unmittelbar zu Düngezwecken einzusetzen. Dies trägt den Besonderheiten ländlich geprägter Regionen Rechnung. Für Klärschlamm, der in Zukunft noch bodenbezogen verwertet wird, werden zudem Regelungen für eine Qualitätssicherung geschaffen, die die behördliche Überwachung flankiert. Der Regierungsentwurf bedarf noch der Zustimmung von Bundestag und Bundesrat.

Aus Sicht der kommunalen Abwasserentsorger sind die aktuellen Schwellenwerte und Umsetzungsfristen ein akzeptabler Kompromiss, allerdings dürfe es zu keinen weiteren Verschärfungen kommen, so der VKU. Zudem sollte die vorgesehene Pflicht zur Phosphorrückgewinnung nur dann umgesetzt werden, wenn es auch wirtschaftlich vertretbare Verfahren gibt. Dies sei derzeit nicht der Fall.

Die Umsetzung der Vorgaben würde nach Auffassung des VKU erhebliche Investitionen der Kommunen und ihrer Unternehmen erfordern. Zum einen, weil entsprechende Verbrennungskapazitäten und Aschelager geschaffen werden müssten. Zum anderen, weil man auch weitere Untersuchungen zur Phosphorrückgewinnung durchführen müsste. Der Verband fordert daher Bund und Länder auf, die Umsetzung durch Förderprogramme zu unterstützen. Zudem müsste die Gebührenfähigkeit der mit der Umsetzung der Verordnung verbundenen Maßnahmen sichergestellt werden.

Der BDEW wiederum begrüßt, dass die Verordnungsinhalte im Rahmen der politischen Debatte praktikabel gestaltet wurden. „Dazu zählen insbesondere die längeren Übergangsfristen für den Bau von Klärschlammverbrennungs- und Phosphor-Rückgewinnungsanlagen", betonte Hauptgeschäftsführer Martin Weyand.

Bedauerlich sei allerdings, dass die Novelle mit sachlich nicht gerechtfertigten Vorgaben zu einem sehr niedrigen Aschegehalt der Kohle die Klärschlamm-Mitverbrennung beschränke. Eine solche Vorfestlegung auf bestimmte Brennstoffeigenschaften sei im Hinblick auf die laufende Entwicklung von großtechnisch einsetzbaren Verfahren zur Phosphorrückgewinnung aus Mitverbrennungsaschen nicht erforderlich. **DK**

Wilo Wassertage in Augsburg:

Berichte aus der Praxis

Eine ausgezeichnete Plattform für den Erfahrungsaustausch und die Diskussion über aktuelle Themen boten die 2. Wassertage der Firma Wilo in Augsburg. Unter dem Leitthema „Veränderungen in der Wasserwirtschaft" berichteten Referenten aus der Praxis.

Über Erfahrungen bei der Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen am Wasserwerk Lochbach informierte zunächst Robert Hörmann von den Stadtwerken Augsburg. Der Gedanke des Projekts war es, den aufgrund der topographischen Lage anstehenden Vordruck einer Transportleitung sinnvoll zu nutzen. Die Zielsetzung: Den Betrieb des Wasserwerks, der zugehörigen Brunnen und des Tiefbehälters so zu gestalten, dass Energie (= Kosten) eingespart wird. Zudem sollte die hohe Qualität des Wassers erhalten bleiben und die Projektumsetzung in einem wirtschaftlichen Rahmen erfolgen. Mit der Zeit entwickelte sich daraus eine grundlegende Systemoptimierung eines der wichtigsten Wasserwerke der Augsburger Trinkwasserversorgung.

Im Anschluss an den Vortrag von Dr.-Ing. Sebastian Wulff (TU Berlin) zum Thema „Energieeffizienz von Trinkwassernetzen – vom Brunnen zum Verbraucher" ging es in dem Vortrag von Dipl.-Ing. Harald Kienlein (Ingenieurbüro Hausmann und Rieger) um „Sanierung von Trinkwasserspeichern – Der Weg vom Ist- zum Sollzustand – gemäß DVGW Arbeitsblatt W 300".

Mit Bildern aus der täglichen Praxis zeigte Kienlein Beispiele für Alterungsprobleme von technischen Betonbauwerken auf, ergründete deren Ursachen und beschrieb Wege, eine Sanierung des „Gesamtobjekts Trinkwasserbehälteranlage" mit allen technischen Einrichtungen richtig anzugehen. Zudem ging Kienlein auf aktuell aufgetretene Probleme bei Sanierungsfällen, wie die Ausbildung von Tropfenstrukturen an Deckenuntersichten oder Kathodische Korrosionsschutzanlagen in Trinkwasserspeichern zur Vermeidung von Hydrolyseschäden ein.

Wilo-Repräsentant Mario Hübner zufolge wird eine der künftigen Herausforderungen der Wasserwirtschaft darin liegen, Versorgungs- und Entsorgungsprozesse energetisch zu optimieren oder neue energieeffiziente Systeme aufzubauen. Der Einsatz von Frequenzumformern, der Austausch von Pumpen und Motoren und der Einsatz neuer und optimal ausgelegter Pumpensysteme mit Sonderbeschichtungssystemen würden daher künftig unumgänglich.

Hübner zeigte praktisch umgesetzte Beispiele auf; über ein Wirtschaftlichkeitsprogramm verdeutlichte er Möglichkeiten der Kosteneinsparung für den Kunden sowie die Amortisationszeit neuer Aggregate.

Dipl.-Ing. Babett Biedermann vom Landesamt für Umwelt in Hof verwies schließlich darauf, dass auch künftig der hohe Standard in der Trinkwasserversorgung gewährleistet sein müsse. Wenn auch die Wasserversorgung in Bayern grundsätzlich in der Verantwortung der Gemeinden liegt, zähle es weiterhin zu den wichtigsten Aufgaben der Wasserwirtschaftsverwaltung, diese bei der Gewährleistung oder Optimierung der Versorgungssicherheit zu unterstützen. Dies sei nicht zuletzt der dezentralen Struktur der öffentlichen Wasserversorgung im Freistaat mit wenigen großen, einigen mittleren, aber vielen sehr kleinen Wasserversorgungsunternehmen geschuldet. **DK**

Landkreis Neu-Ulm setzt auf Radtouristen

Umfassendes Radelangebot auf der CMT in Stuttgart vorgestellt

Gemeinsam mit dem Kloster Roggenburg präsentierte sich der Landkreis Neu-Ulm auf der Touristikmesse CMT in Stuttgart. Für Gäste ist der Landkreis Neu-Ulm besonders als Ziel für Tagesausflüge und Kurzurlaube interessant.

Die Besucher waren eingeladen, es sich in den Liegestühlen am Messestand gemütlich zu machen und einen Blick in die neue Radtourenkarte „Rauf aufs Rad“ zu werfen. Die sechs neuen Rundtouren führen Freizeitradler zu den kulturellen und landschaftlichen Sehenswürdigkeiten des Landkreises. Die Entwicklung neuer Radrundtouren ist das erste genehmigte Startprojekt und das erste Projekt des Landkreises Neu-Ulm im Rahmen von LEADER.

Beschreibungen und Fotos der Strecken machen Lust darauf, auf Entdeckungstouren durch den Landkreis zu radeln. Die Streckenführung der Routen ist in diversen Farben übersichtlich dargestellt. Ebenfalls eingezeichnet ist das komplette Radwegenetz des Landkreises. Per QR-Code können die sechs Routen inklusive GPS-Daten direkt auf dem Smartphone abgerufen werden.

Die Rundtouren sind über den gesamten Landkreis Neu-Ulm verteilt – teilweise sind sie miteinander verbunden oder verlaufen streckenweise auf den Premiumradwegen Illerradweg, Donauradweg und DonauTäler, die ebenfalls eingezeichnet sind. Die Premiumstrecke „Illerradweg“ wurde vom ADFC bereits mit vier Sternen ausgezeichnet. Der „Donauradweg“ erhält seine Auszeichnung mit vier Sternen auf der CMT. Der neue Mehrtagesradweg „DonauTäler“ wird Ende Januar vom ADFC klassifiziert.

Die Ausschilderung der Routen soll bis zum Auftakt der Radsaison im Frühjahr durch die Kommunen erfolgen. Entlang der Routen werden im Laufe des Jahres Rastplätze, Infotafeln und Abstellplätze installiert.

Mit dem Rad auf zu den alten Römern: Die Römerkastellrunde mit Start in Altenstadt verläuft vorbei am Archäologischen Park in Kellmünz. Mit rund 48 Kilometern ist sie die längste der sechs Radrouten. Ein Teil der Strecke verläuft auf dem Illerradweg und dem Iller-Roth-Günz-Radweg.

Biberspurenrunde

Natur pur bietet die mittelschwere Biberspurenrunde (36,8 km), die entlang der Flusstäler von Biber und Osterbach sowie durch Stoffenrieder Forst und Unterroggenburger Wald führt. Start ist beim Kloster Roggenburg. Die leichte Route ist auch für Familien bestens geeignet.

Für Gartenfreunde ist die leichte Gartenparadies-Runde (39,3 km) ein Geheimtipp. Sie steuert in Illertissen den Stadtpark, das Bayerische Bienenmuseum und das Museum der Gartenkultur an. In Weißenhorn sind der Stadtpark und der Kreismustergarten weitere Ziele. In Senden kann ein Zwischenstopp auf dem weitläufigen Parkgelände eingelegt werden. Abschnitte der Route verlaufen auf dem DonauTäler und der Schwäbischen Kartoffeltour.

Mit 30,7 Kilometern ist die Klosterweiher-Runde die kürzeste der sechs Routen, gilt aber mit einigen Steigungen als mittelschwere Runde. Von Illertissen aus wird der malerische Mühlweiher in Nordholz angefahren, der einstmals zum Herrschaftsbereich des Klosters Roggenburg gehörte. In Roggenburg selbst bieten sich der Besuch der Klosteranlage sowie ein Sprung in den Klosterweihers oder eine Runde mit dem Boot an. Auch hier wird der DonauTäler passiert.

Vogelbeobachtung inklusive wartet auf Radler auf der Wasser-Vogel-Runde (38,1 km). Sie führt von Weißenhorn über das idyllische Rothtal zum Vogelschutzgebiet Plessenteich in Gerlenhofen. Die leichte Rundstrecke ist an die Radwege Bayerisch-Schwäbische Roth, den DonauTäler und die Schwäbische Kartoffeltour angebunden.

Napoleon-Runde

Auf den Spuren Napoleons wandeln können Radfahrer auf der mittelschweren Napoleon-Runde (42,8 km) ab Oberelchingen fahren. In der Schlacht von Oberelchingen besiegten die Truppen Napoleons die österreichische Armee und besiegelten damit den Anfang vom Ende des Heiligen Römischen Reichs. An der Donau entlang führt die Route über Ulm und Neu-Ulm nach Oberfahlheim, wo Napoleon vor der entscheidenden Schlacht im Pfarrhaus übernachtete. Angebunden ist die Strecke an den DonauTälern, den Donauradweg und die Bayerisch-Schwäbische Roth.

Die Radtourenkarte „Rauf aufs Rad“ ist im Landratsamt Neu-Ulm, im Bürgerbüro Neu-Ulm, in der Tourist-Info im Stadthaus Ulm sowie bei den Kommunen im Landkreis kostenlos erhältlich. ❐

Bauernhofurlaub präsentierte sich in Berlin

Informationen aus erster Hand verschaffte sich Landwirtschaftsminister Helmut Brunner am Stand des Landesverbands Bauernhof- und Landurlaub Bayern e.V. auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin.

Die Verbandsvorsitzende Gerda Walser freute sich über den Besuch und diskutierte mit dem Minister über aktuelle Trends und Entwicklungen bei den Urlaubsbauernhöfen. „Die touristischen Angebote werden zunehmend professioneller und orientieren sich immer stärker an den Wünschen der Gäste“, waren sich Brunner und Walser einig. Neben Gesundheits- und Verwöhn-Angeboten stehen vor allem erlebnisorientierte Angebote hoch im Kurs. Diesen Trend nutzen zunehmend auch viele bayerische Urlaubsbauernhöfe. Von deren professionellem Erlebnisangebot profitieren laut Brunner Gäste, Gastgeber und Region gleichermaßen.

Detailinformationen zu den Erlebnisangeboten auf bayerischen Bauernhöfen unter: www.bauernhof-urlaub.com ❐

Reise- und Freizeitmesse f.re.e in München:

Caravaning und mobile Freizeit

Für Experten von Experten: Auf Bayerns größter Reise- und Freizeitmesse f.re.e auf dem Münchner Messegelände dreht sich vom 22. bis 26.2.2017 alles um Fahrräder, Outdoor-Aktivitäten, Wassersport, Gesundheit, Wellness und Reisen. Ein besonderes Augenmerk liegt dieses Jahr auf Caravaning und mobile Freizeit. Zwei komplette Hallen sind mit diesem Thema belegt.

In diesen zwei Hallen werden unter anderem Campingutensilien, Kastenwägen und Ausbaumöglichkeiten von Autos ausgestellt. Auch die Trendsportart Stand-Up-Paddling, bei der man stehend auf einem Surfbrett paddelt, ist wieder vertreten. Versuchen kann man sich auch im Tauchen, Schnorcheln oder Surfen – und zwar im eigens eingerichteten Wasserbecken oder einem täuschend echt nachgebildeten Gebirgsfluss. Wasserratten bezwingen seine Strömung unter anderem mit dem Kanu.

Eine eigene Halle widmet sich Themen rund ums Fahrrad. Hier finden sich aktuelle Trends in Sachen Fahrradurlaub und es gibt auch zahlreiche neue Modelle zu entdecken – vom Klassiker übers Rennrad bis zum E-Bike. Dabei liegt der Fokus auf dem so genannten Smart Cycling, also der Verbindung vom Smartphone mit dem Fahrrad. Entspannter geht es im Wellnessbereich zu, wo vom Massagestuhl bis zum Whirlpool Produkte zum Relaxen vorgestellt werden.

Spannende Ideen

In aktuellen Vorträgen, Workshops und Diskussionen werden auf der f.re.e einem Fachpublikum neueste Trends, spannende Ideen und erfolgreiche Lösungen anschaulich präsentiert. Touristikspezialisten referieren über Themen aus dem Reise- und Freizeitmarkt. Wer wissen will, wie heute Tourismus von morgen funktioniert, ist in den Fachforen willkommen. **DK**

Radschnellverbindung zwischen München, Garching und Unterschleißheim:

Machbarkeitsstudie kommt in entscheidende Phase

Mit dem Rad von der Landeshauptstadt nach Garching in rund 30 und nach Unterschleißheim in rund 20 Minuten: Was heute noch wie Zukunftsmusik klingt, könnte bald schon in die Realität umgesetzt werden. Die vom Landkreis München beauftragte Machbarkeitsstudie kommt nun in die Endphase. Was bisher erarbeitet und dem Lenkungskreis, dem Vertreter aus den beteiligten Landkreisen (München und Freising) und Kommunen (Garching, Unterschleißheim, Oberschleißheim, Eching), der Landeshauptstadt München, von Fachbehörden, Verkehrsbetrieben sowie von ADFC und TUM angehören, vorgestellt wurde, lässt auf eine baldige Umsetzung hoffen.

Soviel vorweg: Der Realisierung einer Radschnellverbindung zwischen der Landeshauptstadt und den Landkreiskommunen Garching und Unterschleißheim stehen keine unüberwindbaren Hindernisse entgegen. Die beauftragte Planergemeinschaft, bestehend aus dem Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München und dem Stadt- und Verkehrsplanungsbüro Kaulen, präsentierte dem Lenkungskreis eine gegenüberstellende und vertiefte Bewertung der beiden Varianten, die sich im vorangegangenen Planungsprozess als die aussichtsreichsten erwiesen hatten.

Viel gelobt wurden die Experten dann auch von den anwesenden Bürgermeistern und Fachleuten für ihre differenzierte Betrachtung der beiden Strecken. Am vielversprechendsten erscheint nach dem heutigen Planungsstand eine Streckenführung, die von der Landeshauptstadt München (Neuherberg) entlang der B13 nach Unterschleißheim sowie über Garching Hochbrück und entlang des Garchinger Sees bis zur St 2350 im Bereich des Forschungszentrums der TU München führt.

Es ist die mit etwas mehr als 13 km Streckenlänge kürzere Variante. Auch in vielen anderen Bewertungspunkten schnitt sie besser ab als die um etwa zwei Kilometer längere Variante über die Fröttmaninger Heide. So punktetet sie beispielsweise auch bei den Kriterien „Anschluss von wichtigen Quell- und Zielpunkten“, beim notwendigen Flächenerwerb oder bei zu beachtenden Anforderungen an den Naturschutz. Auch bei den kalkulierten Erstellungskosten schneidet die Variante entlang des Sees mit rund 34 Mio. Euro besser ab als die Strecke über die Fröttmaninger Heide mit rund 37,7 Mio. Euro.

In den nächsten Tagen und Wochen wird das Projekt den politischen Gremien in den betroffenen Gemeinden erstmals vorgestellt. Im März sind zwei Bürgerveranstaltungen geplant, bei denen sich die potentiellen Nutzer auch aktiv ihre Anregungen und Wünsche einbringen können.

Noch vor der Sommerpause soll dann ein Grundsatzbeschluss des Kreistages herbeigeführt und die Umsetzungsplanung angestoßen werden.

Landrat Christoph Göbel freute sich im Nachgang der Lenkungskreissitzung über die so positiven Ergebnisse. „In unserem hoch verdichteten Raum ist es eine große Herausforderung, geeignete Korridore für ein solches Vorhaben zu finden. ❐

Landkreis Cham:

Qualifizierungsoffensive im Tourismus

Der Landkreis Cham macht kleine und mittlere touristische Unternehmen fit für die künftigen Herausforderungen im Tourismus. In einem Seminar an der Tourismusakademie Ostbayern mit individuellem und persönlichem Coaching erhalten Mitarbeiter und Inhaber von Beherbergungsbetrieben wertvolles Wissen über die aktuellen Entwicklungen und Möglichkeiten in der Vermietung, Digitalisierung, Werbung und Gästebetreuung. Landrat Franz Löffler überreichte Zertifikate an die ersten 34 Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Diese kommen aus allen Beherbergungsbereichen, vom Urlaub auf dem Bauernhof über den Privatvermieter bis hin zum Hotelier oder Campingplatzbetreiber. Löffler erläutert die Zielsetzung: „Der Tourismus im Landkreis Cham ist gut aufgestellt, allerdings ist es nicht an der Zeit sich auszuruhen oder stehenzubleiben, denn die Tourismusbranche ist im Umbruch. Die Bedürfnisse unserer Gäste haben sich gewandelt. Schnelle Informationen und Themen wie z.B. die Digitalisierung bestimmen immer mehr das touristische Handeln. Um neue Urlaubsgäste zu gewinnen und um Stammgäste zu halten, bedarf es weitaus mehr, als eine eigene Website zu betreiben. Zeitgemäßes Online-Marketing, authentische Angebote, Professionalität, kurze Buchungszeiten und der richtige Umgang mit Bewertungsplattformen werden immer entscheidender für den touristischen Erfolg. Und genau hier knüpft die Qualifizierungsoffensive des Landkreises Cham an.“

Während der Projektlaufzeit von knapp drei Jahren werden die Gastgeber (max. 90 Personen) in fünf Modulen geschult. Die Themen sind: „Aufbau einer touristischen Servicekette während der gesamten ‘Customer Journey’“, „Mehr Gäste durch Online-Buchung“, „Tourismus 4.0 – Digitalisierung im Tourismus“, „Regionale und authentische Angebote entwickeln“, „Professionelle Gästekommunikation“.

Besonders hervorzuheben ist das zusätzliche Coaching der Betriebe, bei dem die Teilnehmer zu individuellen Themen in ihren Unternehmen beraten werden.

In der Tourismusakademie Ostbayern hat der Landkreis Cham einen kompetenten Dienstleister gefunden, der mit erfahrenen Dozenten und betriebs- oder wohnortnah die Weiterbildung professionell organisiert und durchführt. ❐

Korruptionsaffäre in Regensburg:

Schwere Vorwürfe gegen Oberbürgermeister

Politisches Erdbeben in Regensburg: Oberbürgermeister Joachim Wolbergs (SPD) sitzt wegen des dringenden Tatverdachts der Bestechlichkeit in Untersuchungshaft. Mit ihm wurden auch ein Bauunternehmer wegen Bestechung und ein Stadtangestellter wegen Beihilfe zur Bestechung festgenommen. Konkret geht es um Spenden von Bauunternehmern an den SPD-Ortsverein von Wolbergs. Inzwischen wurde der seit 2014 amtierende Rathauschef von der Landesanwaltschaft vorläufig seines Dienstes enthoben, um „weiteren Schaden von Amt und Stadt abzuwenden". Die Staatsanwaltschaft ermittelt.

Die Landesanwaltschaft begründete ihre Entscheidung damit, dass „mit überwiegender Wahrscheinlichkeit" auch mit einer endgültigen Entfernung Wolbergs aus dem Dienst zu rechnen sei. Der Vorwurf der Bestechlichkeit führe in einem Strafverfahren in der Regel zur Entfernung aus dem Beamtenverhältnis. Im Falle einer Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von mehr als sechs Monaten wäre das Beamtenverhältnis schon von Gesetzes wegen beendet. Die Landesanwaltschaft kam Wolbergs mit ihrer Entscheidung zuvor: Bislang hat sich der 45-Jährige nicht zu Rücktrittsforderungen aus seiner Partei geäußert.

Grundstücksvergabe

In der Affäre geht es um eine Grundstücksvergabe an ein bestimmtes Bauunternehmen. Wolbergs soll bei der Vergabe eines früheren Kasernenareals im Oktober 2014 das Unternehmen bevorzugt haben. Im Gegenzug soll der ebenfalls beschuldigte Bauunternehmer an die Regensburger SPD Spenden in sechsstelliger Höhe gezahlt sowie Wolbergs und ihm nahestehenden Personen geldwerte Vorteile verschafft haben.

Dienstenthebung

Bürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer (SPD), die seit Wolbergs' Verhaftung die Amtsgeschäfte führt, erklärte: „Die von der Landesanwaltschaft verfügte einstweilige Dienstenthebung des Oberbürgermeisters hat uns nicht überraschend erreicht. An der Aufgabenverteilung in der Stadtverwaltung ändert sich dadurch aktuell nichts: Ich nehme als reguläre Stellvertreterin bis auf weiteres die Amtsgeschäfte des Oberbürgermeisters wahr, wie das schon seit dem 18. Januar der Fall ist. Die Dienstenthebung ist vorläufig und löst daher keine OB-Neuwahlen aus. Ich möchte nochmals betonen, dass die Arbeit in der gesamten Stadtverwaltung ohne Beeinträchtigungen weitergeht."

Politische Konsequenzen aus dem Spendenskandal hat inzwischen der Regensburger SPD-Fraktionsvorsitzende Norbert Hartl gezogen: Er erklärte den Rücktritt von seinen Parteiämtern. Dies sei für ihn selbstverständlich gewesen, nachdem wohl auch gegen ihn ermittelt werde. Er sei sich allerdings keinerlei Schuld bewusst und die Unschuldsvermutung gelte auch für ihn, sagte Hartl. Er habe sich aber zu diesem Schritt veranlasst gesehen.

Disziplinarverfahren

Auch für Wolbergs direkten Amtsvorgänger Hans Schaidinger könnte die Korruptionsaffäre schmerzhafte Folgen haben. Die Landesanwaltschaft hat ein Disziplinarverfahren gegen den 67-jährigen CSU-Politiker eingeleitet.

Beratungstätigkeit

Schaidinger soll sich nach den bisherigen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Regensburg in seiner aktiven Dienstzeit dafür eingesetzt haben, dass das Areal der ehemaligen Nibelungenkaserne an ein bestimmtes Bauunternehmen vergeben wurde. Im Gegenzug dafür soll er nach seinem Ausscheiden als Oberbürgermeister für das Unternehmen eine Beratungstätigkeit übernommen haben, die mit monatlich 20.000 Euro dotiert sei. Darüber hinaus wirft man dem Ex-OB vor, eine Segelyacht in Anspruch genommen zu haben. Neben strafrechtlichen Schritten droht Schaidinger nunmehr eine befristete Kürzung des monatlichen Ruhegehalts oder sogar dessen Aberkennung. **DK**

Bezirkskrankenhaus Passau:

Weiterer Ausbau im Visier

Niederbayerischer Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich informierte sich über die aktuelle Situation

Die Leitung des Bezirkskrankenhauses Passau erachtet eine Erweiterung der 2013 eröffneten Klinik als zwingend notwendig. In einem Gespräch mit Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich wiesen Krankenhausdirektor Gerhard Schneider, Leitender Arzt Dr. Markus Wittmann, Oberarzt Dr. Stefan Wosnik, Pflegedienstleiter Jürgen Frohnmaier und die Qualitätsbeauftragte Martina Lösl auf die prekäre aktuelle Situation hin.

Wie Olaf Heinrich ausführte, „wollte der Bezirk Niederbayern mit der Errichtung des Bezirkskrankenhauses Passau die Angebote im Bereich der psychiatrischen Versorgung zusätzlich zu den Standorten in Mainkofen und in Landshut auch in weiteren Regionen Niederbayerns leisten". Der Bezirk Niederbayern und der Bezirkstag erachteten es als sehr wichtig, auch in diesem Bereich die medizinischen Angebote zu dezentralisieren.

Die Auslastung im BKH Passau liegt Martina Lösl zufolge in allen Abteilungen bei rund 100 Prozent. Immer wieder müssten Passauer Bürger ins Bezirksklinikum Mainkofen verlegt werden, da Passau voll belegt sei. „Und wir haben Wartelisten für jede Station; sogar für die geschlossene Station." Dies bestätigte auch Krankenhausdirektor Schneider: „Obwohl es in Passau ein Bezirkskrankenhaus gibt, werden in Mainkofen mehr Passauer Patienten behandelt als in Passau selbst, da das BKH Passau permanent voll belegt ist."

140 stationäre Betten

Für die Region Passau hat Dr. Wittmann aktuell einen Bedarf von 140 stationären BKH-Betten ermittelt. Derzeit gibt es in Passau 60 vollstationäre BKH-Betten sowie 20 teilstationäre Behandlungsplätze.

Laut Bezirkstagspräsident Heinrich plant der Bezirk Niederbayern, das BKH Passau in den kommenden Jahren weiter auszubauen. Eine entsprechende Entscheidung habe der Bezirksausschuss bereits im September 2016 getroffen. „Die Pläne sehen unter anderem vor, dass das BKH Passau um insgesamt 50 Planbetten in der Erwachsenenpsychiatrie erweitert wird, indem 50 Planbetten des Bezirksklinikums Mainkofen nach Passau verlagert werden. Die Erwachsenenpsychiatrie am BKH Passau soll um eine Station der Gerontopsychiatrie und um eine Station für Abhängigkeitserkrankungen ergänzt werden. Außerdem soll eine stationäre Kinder- und Jugendpsychiatrie am BKH Passau entstehen", informierte Heinrich.

Exzellente Belegung

Laut einer aktuellen Patientenbefragung, die am BKH Passau durchgeführt wurde, würden 92 Prozent der Patienten das BKH Passau weiterempfehlen und sich wieder dort behandeln lassen. „Die exzellente Belegung des Bezirkskrankenhauses Passau, die hohe Kompetenz der Mitarbeiter, die sehr gute Patientenzufriedenheit und die gute Verkehrsanbindung sprechen ebenso für eine Erweiterung des Bezirkskrankenhauses wie die große Nachfrage aus der Region Passau", betonte Dr. Wittmann. Versorgungspolitisch sei eine Erweiterung zwingend notwendig.

Dass die Nachfrage nach psychiatrischer Behandlung in der Region Passau groß ist, zeigt sich allein aufgrund der regionalen Verteilung der Patienten: Etwa 50 Prozent der Patienten am BKH Passau kommen aus dem Landkreis Passau, circa 30 Prozent aus der Stadt Passau, rund zehn Prozent aus dem Landkreis Freyung-Grafenau und fünf Prozent aus dem Landkreis Rottal-Inn.

Um sich weitere Entwicklungsmöglichkeiten am BKH Passau offen zu halten, hatte sich der Bezirk bei der Stadt Passau bereits frühzeitig ein Ankaufsrecht an unmittelbar angrenzenden Grundstücken gesichert. Wegen des Grundstückserwerbs werden noch Verhandlungen mit dem Klinikum der Stadt Passau geführt. Das entsprechende Erbbaurecht hat der Bezirk zum 1. Januar 2017 von der Postbaugenossenschaft bereits erworben. Das Erbbaurecht für diese Grundstücke endet spätestens zum 1. Januar 2021. „Wenn das Gesundheitsministerium einer Erweiterung zustimmt, kann spätestens 2021 mit dem Ausbau des Bezirksklinikums Passau begonnen werden; aufgrund des notwendigen Bedarfs gerne auch früher", waren sich die Klinikverantwortlichen und der Bezirkstagspräsident einig. **DK**

Bei der Übergabe des Bewilligungsbescheids (v. l.): Carmen Glaser, LAG-Geschäftsführerin, Irmgard Neu-Schmid, LEADER-Koordinatorin, Bürgermeister Ludwig Wayand und Angelika Eder, Mitarbeiterin in der Verwaltung. ❐

Bewilligung für LEADER-Projekt

„Generationenpark Ebenhausener Weiher"

Einen Treffpunkt für alle Altersklassen und Familien in Form eines Bewegungsparcours plant die Gemeinde Baar-Ebenhausen mittels LEADER-Förderung. Nun überreichten Irmgard Neu-Schmid, LEADER-Koordinatorin vom Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AELF) Ingolstadt und Carmen Glaser, Geschäftsführerin der Lokalen Aktionsgruppe (LAG) Landkreis Pfaffenhofen a.d.Ilm e.V. dem Bürgermeister Ludwig Wayand und seiner Mitarbeiterin Angelika Eder den Bewilligungsbescheid für das LEADER-Projekt „Generationenpark Ebenhausener Weiher".

Angelegt werden soll der Parcours auf der Westseite des Ebenhausener Weihers. An jeder Station wird es drei verschiedene Schwierigkeitsgrade geben, so dass sowohl Kinder und Ältere, Ungeübte als auch Fortgeschrittene eine Herausforderung finden. Für die konkrete Planung des Generationenparks soll eine Arbeitsgruppe aus interessierten Bürgern und Vereinen gegründet werden, die in enger Zusammenarbeit mit einem Planungsbüro den Parcours gestaltet. Das Projekt geht im März 2017 in die Planung und soll bis Ende 2018 realisiert werden.

Die Lokale Aktionsgruppe Landkreis Pfaffenhofen a.d.Ilm e.V. hat den Zweck, die Mitglieder sowie andere regionale Akteure bei der Planung und Durchführung von Maßnahmen zu unterstützen und zu fördern, die einer nachhaltigen Entwicklung der Region dienen. Sie wird dafür Sorge tragen, dass die Ziele der Lokalen Entwicklungsstrategie erreicht werden. Mit der Lokalen Entwicklungsstrategie (LES) hatte sich die Lokale Aktionsgruppe Landkreis Paffenhofen a.d.Ilm e.V. als LEADER-Region für die Förderperiode 2014 – 2020 beworben. Wesentlicher Bestandteil sind die vier Entwicklungsziele, mit denen die Region in den nächsten Jahren weiterentwickelt werden soll.

Weitere Infos unter: www.lag-landkreis-pfaffenhofen.de ❐

Willkommen im Landkreis!

Regionalmanagement Donau-Ries legt Willkommenspaket für Neubürger auf

Jährlich ziehen mehrere hundert Personen in den Landkreis Donau-Ries, die die regionale Wirtschaft als Fachkräfte braucht. Das Regionalmanagement hat nun ein Willkommenspaket aufgelegt, um den Neubürgern den Einstieg zu erleichtern.

Der demographische Wandel und die Überalterung der Bevölkerung werden auch den Landkreis Donau-Ries treffen. Aufgrund der florierenden Wirtschaft und der attraktiven Unternehmen im Landkreis Donau-Ries wehrt sich die Region gegen schrumpfende Bevölkerungszahlen und schließende Kindertagesstätten. Denn jährlich ziehen mehrere hundert Personen in die Region.

Herausforderungen der Zukunft

„Dank der Neubürger können wir die Herausforderungen der Zukunft besser meistern", erklärt Landrat Stefan Rößle. Unternehmen bekommen qualifiziertes Personal, aber auch Vereine freuen sich über neue Mitglieder, kleine Gemeinden über neue Mitbürger und Kinder in den Schulen. Nach Angaben des bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung wird sich dieser Trend auch in den nächsten Jahren fortsetzen. Grund genug, dass sich das Regionalmanagement im Landkreis Donau-Ries mit dem Thema Willkommenskultur befasst.

Reibungsloser Einstieg

Vor allem grundlegende Informationen und Ansprechpartner sollen Neubürger schnell, transparent und unkompliziert finden können, damit der Einstieg so reibungslos wie möglich funktioniert. Unter der Regie von Regionalmanager Klemens Heininger entstand daher in Zusammenarbeit mit vielen Akteuren im Landkreis Donau-Ries ein Willkommenspaket für Neubürger. „Damit wollen wir Neubürgern und Fachkräften die Ankunft bei uns erleichtern, aber vor allem bei uns in der Region willkommen heißen," so Heininger.

Willkommensbroschüre

Kernstück des Paketes ist die Willkommensbroschüre, die verschiedenste Themengebiete beinhaltet – von Wirtschaft über Soziales bis hin zum Nachtleben. Das Freizeitjournal des Ferienlandes Donau-Ries gibt darüber hinaus einen detaillierten Einblick in Freizeitangebote in der Region. Daneben sind im Paket noch Gutscheine für einen Museums- oder Schlossbesuch und einen Landkreisausflug enthalten. Denn, so ergänzt Landrat Rößle, „unser Landkreis hat viel zu bieten und kann in vielen Bereichen punkten. Das möchten wir unseren Neubürgern auch präsentieren." Die Broschüre bietet daher sowohl Hilfen zum Ankommen als auch Möglichkeiten sich einzubringen.

Weitere Informationen unter: http://www.donauries.bayern/willkommen ❐

Bürgermeisterwahlen in Bayern

Sowohl in Wasserburg am Bodensee als auch im Markt Frammersbach (Landkreis Main-Spessart) gabe es Bürgermeisterwahlen.

Christian Holzemer (SPD) heißt der neue Rathauschef des Marktes Frammersbach (Landkreis Main-Spessart). Bei der Bürgermeisterwahl konnte der 38-jährige Arbeits- und Fertigungsplaner 78,8 % der Stimmen auf sich vereinen. Norbert Meidhof von den Freien Wählern erreichte 14,1 % und Dieter Kothe von den Frammersbacher Bürgern 7,1 %. Die Wahlbeteiligung lag bei 72,7 %. Die Wahl war nötig geworden, nachdem im vergangenen Oktober Bürgermeister Peter Franz nach langer Krankheit gestorben war.

Alles beim Alten bleibt dagegen in Wasserburg am Bodensee: Dort verteidigte Thomas Kleinschmidt von der CSU sein Bürgermeisteramt mit 58,2 % der Wählerstimmen. Sein Herausforderer Felix Eisenbach von der Freien Bürgerschaft kam auf 41,8 %. Die Wahlbeteiligung lag bei 58,7 %. **DK**

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Jakob Döring
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Lutz Roßmann (Landtag)
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertrieb:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 51 vom 01.01.2017
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Bankverbindungen:
Kreis- und Stadtsparkasse Dillingen
IBAN: DE38 7225 1520 0010 0215 66
BIC BYLADEM1DLG
VR Bank Kaufbeuren-Ostallgäu eG
IBAN: DE96 7346 0046 0000 1443 20
BIC: GENODEF1KFB
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Neue Stadthalle in Lohr:

Strahlkraft über Stadtgrenzen hinaus

Vor mehr als 700 Gästen aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft ist die neue Stadthalle in Lohr am Main ihrer Bestimmung übergeben worden. Mit ihr wurde ein Projekt initiiert, das weit über die Stadtgrenzen hinaus Strahlkraft entwickelt.

Als unregelmäßiges Siebeneck besetzt die Stadthalle eine Brachfläche unweit der historischen Altstadt Lohrs, nur wenige Schritte vom Mainufer entfernt. Der polygonale Baukörper wurde als skulpturaler Klinkerbau mit wenigen gezielt eingeschnittenen Öffnungen errichtet. Die Stadthalle wird den Bedürfnissen sämtlicher Nutzergruppen gerecht: Mit einem großen, bis zu 900 Zuschauer fassenden multifunktionalen Saal ist sie geeignet für Konzerte, Bälle und Messen. Die drei modernen Seminar- und Konferenzräume bieten sich für Business-Events wie Tagungen und Kongresse an. Im lichtdurchfluteten Foyer mit angeschlossenem Cateringbereich ist genug Platz für einen stilvollen Empfang.

Dritter Anlauf

Der Weg zur Stadthalle war indes lang und steinig: 20 Jahre Planungszeit, zwei Bürgerentscheide 2003 und 2009, bei denen die Lohrer Hallenentwürfe ablehnten, stehen zu Buche. Erst im dritten Anlauf klappte es schließlich mit dem 20-Millionen-Euro-Projekt: Anstelle der abgerissenen alten Stadthalle sollte eine neue Halle entstehen.

Wie Bürgermeister Mario Paul bei den Eröffnungsfeierlichkeiten betonte, seien in das Millionen-Projekt keine Fördermittel geflossen. „Die Lohrer haben es alleine geschafft, und darauf dürfen wir heute stolz sein." Er sprach den Wunsch aus, „dass wir viele Geschichten von Menschen hören, die unvergessliche Stunden hier verbracht haben". Mit der neuen Halle, so Paul, wolle die Spessartstadt als Kulturstadt gegen ihre unterfränkischen Mitbewerber Würzburg und Aschaffenburg bestehen. Die Halle zu füllen, werde allerdings eine Herausforderung sein, räumte der Rathauschef ein.

Neue Impulse

Landrat Thomas Schiebel hob in seiner Festrede die Bedeutung der Lohrer Stadthalle für den gesamten Landkreis hervor. Sowohl die Bereiche Kunst und Kultur würden dadurch gestärkt, aber auch der Wirtschaftssektor werde neue Impulse bekommen. Schiebel zufolge haben bereits zahlreiche Firmen aus der Region Interesse an den Räumen der Stadthalle bekundet. Er appellierte an alle Landkreisbürger, die Angebote der neuen Einrichtung zu nutzen. „Das Gute liegt für viele Menschen jetzt tatsächlich vor der Haustüre."

Wesentlich ist für Schiebel freilich „das geistige Band, das uns zusammenhält". Kultur sei ein menschliches Grundbedürfnis. Das Menschsein könne sich nicht allein in Effizienz, Karriere, Geld oder Alltag füllen. Kultur könne mehr als unterhalten. Sie ermögliche neue Blickwinkel, sei Aufklärung und Widerstand.

„Bürgerentscheide begleiteten den Weg dieser Planung. Daher verdient es heute besonders hervorgehoben zu werden, dass trotz aller Unterbrechungen das Ziel, eine zeitgemäße neue Stadthalle neu zu errichten, umgesetzt werden konnte", unterstrich der unterfränkische Regierungspräsident Paul Beinhofer. Trotz einer langen Vorgeschichte weis der Neubau vor allem in die Zukunft. Die Stadthalle definiere nicht nur das Selbstverständnis von Lohr neu, sondern strahle auch in die Region hinaus.

Identitätsstiftung

„Wenn ich mir den Baukörper der neuen Stadthalle so ansehe, dann kann ich nur sagen: Respekt!", erklärte Beinhofer. Die Stadthalle unmittelbar vor dem Tor zur Altstadt werde ihrer Bedeutung gerecht. Sie sei durch die gewählten Baumaterialien ortsangemessen und identitätsstiftend. Bei Grundriss und Raumkonzept sei „ein guter Kompromiss" gelungen „zwischen einer generalisierenden Stadthalle und einem Zentrum für individuelle Veranstaltungen".

Bürgerengagement

Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Lohr hätten sich nicht nur bei der Stadthalle engagiert eingebracht, sondern in den letzten Jahren auch auseinandergesetzt mit der städtebaulichen Weiterentwicklung, insbesondere der Innenstadt, und das Ergebnis im „Integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzept (ISEK Lohr 2030) zusammengefasst, so der Regierungspräsident. Die Stadthalle werde auch deshalb einen wesentlichen Beitrag zur Belebung der Altstadt leisten können, da an dem altstadtnahen Standort für die neue Stadthalle trotz der zusätzlichen Gründungserfordernisse festgehalten worden sei. **DK**

Bayerisch-Tschechische Freundschaftswochen Selb 2023

„Signal für gelebte Zusammenarbeit und partnerschaftliche Zukunft"

Der Ministerrat hat jüngst ein konkretes Förder- und Investitionsmaßnahmenkonzept von über 8 Millionen Euro für die Bayerisch-Tschechischen Freundschaftswochen 2023 in Selb beschlossen. Für die grenzüberschreitende Festveranstaltung werden verschiedene städtebauliche Vorhaben realisiert, die ein starkes strukturpolitisches Signal für die Region geben.

Umweltministerin Ulrike Scharf betonte: „Die Freundschaftswochen stehen für gelebte Zusammenarbeit und partnerschaftliche Zukunft. Sie sind ein klares Bekenntnis zur gegenseitigen Verständigung über Landesgrenzen hinweg. Mit dem Engagement unterstreicht die Staatsregierung die Bedeutung der Grenzregion und setzt ein Zeichen für eine neue Qualität der bayerisch-tschechischen Beziehungen. Die Freundschaftswochen werden die Beziehungen zwischen Bayern und Tschechien weiter verbessern. Von dem Imagegewinn profitieren die Bürger in der Stadt ebenso wie von geplanten städtebaulichen Impulsen und der Neugestaltung städtischer Grünflächen und Parks. Natur in Städten ist wichtig für die Lebensqualität der Menschen und die biologische Vielfalt.

Eckpunkte für Förderung

Um die Freundschaftswochen realisieren zu können, hat der Ministerrat Eckpunkte für die Förderung verschiedener Investitionsmaßnahmen beschlossen, mit denen die erforderliche Veranstaltungsinfrastruktur geschaffen wird. ❐

Frauen mit Willenskraft und Rückgrat in Neustadt an der Waldnaab

Bei der Kreisdelegiertenversammlung der Frauen Union waren die üblichen Tagesordnungspunkte schnell abgehandelt. Viel Zeit widmeten die christsozialen Frauen dafür zwei ganz besonderen Damen. Der Kreisverband der Frauen Union hat nämlich zwei neue Ehrenvorsitzende: Die Kreisvorsitzende Tanja Schiffmann (3. von links) verlieh Sieglinde Schärtl und Petra Dettenhöfer (5. und 6. von links) die Auszeichnung. Stellvertretende Bezirksvorsitzende Dr. Susanne Plank (rechts) und Kreistagsfraktionschef Stephan Oetzinger (2. von links) gratulierten. ❐

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Ich denke, wir müssen dringend unsere Präsenz in den sozialen Netzwerken steigern. Schaun wir doch nach Amerika: Da 'erklärt' der Präsident seine Politik in 140-Twitterzeichen und sein Pressesprecher behandelt die Journalisten wie Schulbuben. Was für Zeiten!" Mein Chef, der Bürgermeister, schaute etwas ratlos in die Runde, als wäre er selbst nicht sicher, ob er einen Witz gemacht oder eine bittere Wahrheit verkündet hatte.

Ich entschied mich für die Variante Witz und schlug vor, entsprechend dem Twitter-Account @POTUS (President of the United States) die Adresse @BUS (Bürgermeister unserer Stadt) für unseren Chef zu reservieren. Kam als Scherz so mittel an.

Ganz im Ernst gesprochen ist es schon überlegenswert, mehr über soziale Medien in die Öffentlichkeit zu gehen. Selbst wenn man nicht auf der Krawallbahn fährt, wie die neue amerikanische Administration, die so gut wie alles auf den Kopf stellt, was man so gemeinhin unter politischer Kommunikation oder „Verkaufen von politischen Inhalten" kennt. Politische Inhalte? Da kommen doch eher mal wieder faustdicke Lügen in die Welt, die dann als „alternative Fakten" dargestellt werden.

Fakes und Fakten im heutigen Internet

Wobei ich persönlich nicht weiß, was an der Idee von alternativen Fakten so seltsam oder neu sein soll. Das Konzept ist fast 50 Jahre alt und stammt von Pippi Langstrumpf: „Zwei mal drei macht vier und drei macht neune, ich mach' mir die Welt, wie sie mir gefällt".

Trumps Jubel-Amerikaner pfeifen auf die Medien vielleicht deshalb, weil sie davon ausgehen, dass ihre Wähler ohnedies keine seriösen Zeitungen oder Fernsehsendungen nutzen. Was will der Hillbilly aus West Virginia mit einer seriösen Analyse der wirtschaftlichen Verflechtungen im internationalen Warenverkehr oder was interessieren den Redneck in Kansas die Feinheiten der globalen Sicherheitsarchitektur. Da reicht ein Tweet „America first" und alle Probleme sind gelöst.

Natürlich ist sinnvolle Kommunikation über solche Plattformen wie Twitter und Facebook möglich - auch hierzulande. Da gibt es etwa die zu Recht schon fast mit Kultstatus versehene Social-Media-Truppe der Münchner Polizei. Ich kann mir gut vorstellen, dass die mit ihren Tweets durchschlagender sind als so mancher Aufruf im Rundfunk. Schließlich werden heutzutage Playlists auf Plattformen abgearbeitet und nicht wie in unserer Jugendzeit das Radio angeschaltet.

Ja, jetzt sind wir genau an dem Punkt, um den sich alles dreht: Einst und jetzt. Ich stamme noch aus einer Familie, in der Zeitung gelesen, Tagesschau oder „Heute" geguckt und beim Autofahren der Verkehrssender gehört wurde. Und heute? Kann man sich seine Informationen und seine Unterhaltung so modular aus dem Internet herausklauben, dass ein Teil dieser ganzen Rituale vielleicht noch aus Gewohnheit gepflegt wird, aber im Grunde doch ausstirbt. Also: Her mit den Alternativen.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist gänzlich unzufrieden. Natürlich nutzt er als moderner Politiker soziale Medien und Kommunikationsdienste. Aber er fühlt sich immer auch etwas unwohl dabei. Nicht nur wegen der Frage, was mit den Daten geschieht auf den großen Servern über dem großen Teich. Sondern vor allem wegen eines zentralen Punkts: Was macht diese Entwicklung aus unserer Kommunikation? Werden wir auch weiterhin in der Lange sein, uns politische Diskussionen zu liefern, Auge in Auge, im Wirtshaus, auf der Straße oder im Bürgerhaus? Oder wird Politik zum Austausch von Kurznachrichten werden? Weil mir vor lauter Medien und elektronischer Kommunikation schon ganz schwummrig ist, schreibe ich dem Chef einen Satz des spanischen Nobelpreisträgers Santiago Ramón y Cajal schnell auf einen Zettel: „Begründen und überzeugen, wie schwierig, langwierig und mühevoll! Einreden? Wie schnell, einfach und billig".

Ihre Sabrina

„Ressourcentag – gemeinsam aktiv in Asylunterkünften"

Das Landratsamt Fürstenfeldbruck ist Mitinitiator und Projektpartner beim bundesweiten Modellprojekt „Ressourcentag – gemeinsam aktiv in Asylunterkünften". Dem vorausgegangen ist das Rahmenprojekt ANKOMMEN + VERSTEHEN, das Anfang 2016 im Landkreis Fürstenfeldbruck für Asylsuchende in Gemeinschaftsunterkünften entwickelt wurde. Gemeinsam mit Partnern aus der Region bildet das Ausländeramt seitdem Asylsuchende zu Multiplikatoren zu dem Thema Ressourcenschutz; der nachhaltige Umgang mit Energie, Wasser und Abfall aus. Die positiven Erfahrungen aus den Schulungen konnten in das bundesweite Modellprojekt einfließen.

Auf einen nachhaltigen Umgang mit Ressourcen legt man im Landkreis Fürstenfeldbruck großen Wert, die Klimaschutzmanagerin des Landkreises arbeitet zusammen mit vielen Akteuren an der Umsetzung der Klimaschutzziele. Auch die Neuankömmlinge tragen, wie alle Bürgerinnen und Bürger, Verantwortung für den schonenden Einsatz von Ressourcen wie zum Beispiel Energie und auch Wasser.

Die Asylsuchenden lernen Deutschland als Gastland mit Bewusstsein für Klima- und Umweltschutz gerade erst kennen, stellen Vergleiche mit ihren Heimatländern an und setzen sich kritisch mit dem Umgang von natürlichen Lebensgrundlagen auseinander. Sie lernen zu verstehen, dass auch in einem Land, das sie zunächst als „Land des Überflusses" wahrnehmen, ein sparsamer Umgang mit Ressourcen wichtig ist.

Durch die finanzielle Förderung des Bundesministerium des Innern konnten mehr als 4.100 Asylsuchende mit hoher Bleibeperspektive im Herbst 2016 an bundesweit 180 Ressourcentagen in Asylunterkünften teilnehmen und wurden in den eintägigen Schulungen in die Themen „Energie – Wasser – Abfall" eingeführt. Zehn dieser „Ressourcentage" mit mehr als 250 Teilnehmern fanden im Landkreis Fürstenfeldbruck statt.

Erklärvideos

Kommuniziert wurde auf Deutsch, „mit Händen und Füßen", hilfsweise auf Englisch und mit gegenseitiger Übersetzungshilfe. Kurze Erklärvideos von Geflüchteten für Geflüchtete (ab Dienstag, den 24.01.2017 unter www.mywelcomeguide.de zu sehen), halfen beim Einstieg ins Thema und lockerten die Schulung auf. Mit viel Spaß und in interkultureller Zusammenarbeit wurden echte „Abfallberge" sortiert. Mit Messgeräten konnte der Stromverbrauch z.B. von Heizlüfter, Wasserkocher, Föhn oder Radio gemessen und anschließend die monatlichen bzw. jährlichen Kosten berechnet werden. „So teuer!", war häufig die erstaunte Reaktion.

Was ist „Standby-Betrieb"? Wie setzen sich die Nebenkosten zur Miete zusammen? Wie wird Energie im Herkunftsland erzeugt und wie in Deutschland? In Arbeitsgruppen wurden viele Fragen mit großem Eifer und Interesse diskutiert, viel eigenes Wissen und Erfahrungen eingebracht, um die Ergebnisse anschließend in der Runde zu präsentieren. Am Ende des Ressourcentages erhielten die Teilnehmer von den Trainern ein Zertifikat überreicht, das ihnen z.B. bei der Wohnungssuche helfen kann.

Für die Akzeptanz der Geflüchteten und auch die Akzeptanz von Asylunterkünften in der Gesellschaft spielt das Ressourcenthema eine große Rolle. Wenn die Asylbewerber mit Bleibeberechtigung aus den Einrichtungen in private Wohnungen umziehen, hilft ihnen ein sparsamer Umgang, den eigenen Geldbeutel zu entlasten und ein gutes Verhältnis zu den Nachbarn aufzubauen.

Iris Escherle, zuständig für die Steuerung der Projektarbeit im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, fasst noch einmal zusammen: „Wir müssen die Menschen, die zu uns kommen, bei der Eingewöhnung in Deutschland unterstützen – und das ganz nahe am Alltag. Der sparsame Umgang mit Wasser, Energie oder auch die Mülltrennung in Deutschland, das sind alles Themen, die für Geflüchtete von Anfang an relevant sind, schon in der Aufnahmeeinrichtung. Aus diesem Grunde haben wir das Projekt „Ressourcentag" gefördert. Gereizt hat uns auch der wertschätzende Ansatz des Projektes, bei dem es nicht nur darum geht, Wissen zu vermitteln, sondern auch die bestehenden Kompetenzen von Geflüchteten zu nutzen." ❐

Europaregion Donau-Moldau:

Niederbayern übernimmt Vorsitz

Auf Augenhöhe mit den Metropolregionen Wien, Prag und München

Krems / Landshut / Freyung. Jüngst übernahm Niederbayern den Vorsitz in der Europaregion Donau-Moldau (EDM). Niederösterreichs Landesrätin Barbara Schwarz übergab in der EDM-Präsidiumssitzung, die im Anschluss an die Bildungskonferenz an der Donau-Universität in Krems (Niederösterreich) stattfand, den Vorsitz feierlich an Dr. Olaf Heinrich, Bezirkstagspräsident von Niederbayern.

Die Zusammenarbeit in der Europaregion Donau-Moldau soll künftig intensiviert werden. „2017 soll ein wichtiges Jahr für die strukturelle Weiterentwicklung der Zusammenarbeit werden", betonte Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich. Das Hauptaugenmerk im Vorsitzjahr, so Heinrich, wird neben dem Leitthema Sprachkompetenz vor allem die Weiterentwicklung der EDM und eine verbindlichere Zusammenarbeit sein. „Wir stehen in der Europaregion an einer Weggabelung. Hinter uns liegen einige Erfolge. Nun stellt sich die Frage nach der Verbindlichkeit der Zusammenarbeit der einzelnen Teilregionen. Die politische Priorität der EDM muss diskutiert werden, denn die nächsten Schritte müssen verbindlichere Strukturen, Finanzen und mittelfristig auch eine gemeinsame Rechtsform sein."

Zentrale Zielsetzung sei es, die EDM nicht mehr nur als Netzwerkinstrument zu betrachten, sondern Schritt für Schritt zu einer umfassenden und dynamischen Regionalentwicklungsorganisation auszubauen. „Die EDM muss künftig in unseren drei Staaten und in Brüssel auf Augenhöhe mit den Metropolregionen Wien, Prag und München zu sehen sein", betonte Heinrich.

Sprachkompetenz

Schwerpunktthemen sind darüber hinaus in diesem Jahr: In Ostbayern soll die Sprachkompetenz für Tschechisch gestärkt werden. So soll die frühkindliche Erziehung in Kindergärten in tschechischer Sprache angeboten werden sowie entsprechender Unterricht an weiterführenden Schulen der Grenzregion. Veranstaltungen wie ein Sprachgipfel oder eine Hochschulrektorenkonferenz runden das Angebot auf akademischer Basis ab.

Ebenso stehen Projekte wie ein Imagefilm über die Region und ein Willkommens-Check für niederbayerische Kommunen auf dem Programm. Außerdem soll ein Einkaufsführer für den ostbayerischen Raum – ergänzt durch touristische Wander- und Radwegekarten – Besucher aus Tschechien und Österreich anlocken. „In Niederbayern haben wir vor allem bei den Schwerpunkten Hochschulkooperationen sowie bei der Vernetzung zwischen Wirtschaft und Wissenschaft bereits belegbare Erfolge erzielt. Diese sollen ebenfalls weiter ausgebaut werden", so Dr. Heinrich.

Für Niederösterreich ging ein erfolgreiches Vorsitzjahr mit den Schwerpunkten Jugend, Energie und Bildung zu Ende. In den ersten fünf Jahren des Bestehens habe die EDM in Sachen grenzüberschreitende Zusammenarbeit bereits gute Erfolge vorzuweisen. ❐

Ziehen an einem Strang für eine starke Europaregion Donau Moldau: Dr. Dorothea Friemel (Landkreis Altötting), Kaspar Sammer (Euregio), Rainer Haselbeck (Regierungspräsident von Niederbayern), Franz Löffler (Bezirkstagspräsident der Oberpfalz), Dr. Olaf Heinrich (Bezirkstagspräsident von Niederbayern), Landesrätin Barbara Schwarz (Niederösterreich), Franz Meyer (Landrat Passau), Pavel Pacal (stellvertretender Hauptmann Vysocina) und Axel Bartelt (Regierungspräsident der Oberpfalz). Bild: EDM

Alternativangebot für Eltern in Würzburg:

Großtagespflege ist flexibel, individuell und familiennah

Als Alternative zu Kindergärten und Kindertagesstätten richtet die Stadt Würzburg auch Großtagespflegestellen ein. Die Großtagespflege bietet Eltern eine zusätzliche Möglichkeit zur Betreuung ihrer (Klein-) Kinder.

Bei der Großtagespflege betreuen zwei bis drei Tagesmütter oder -väter gleichzeitig sechs bis maximal zehn Kinder. Dies kann in eigens angemieteten Räumen oder in nicht privat genutzten Räumen angeboten werden. Schwerpunkt der „Großtagespflege" ist die Flexibilität, die Familiennähe und die überschaubare Gruppengröße. Für die Eltern besteht kein finanzieller Unterschied, ob sie ihr Kind in qualifizierte Kindertagespflege, städtische Kinderkrippen oder Großtagespflege geben.

Die Großtagespflege ist schnell zu realisieren und dezentral möglich. Die Stadt Würzburg möchte diese Betreuungsform in den nächsten Jahren verstärkt ausbauen. Dazu werden mit verschiedenen Trägern und Unternehmen Gespräche geführt, denn auch für die betriebliche Kinderbetreuung eignet sich Großtagespflege in besonderem Maße. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der städtischen Fachabteilung Kindertagesbetreuung beraten und begleiten während des Aufbaus der Großtagespflege und während des laufenden Betriebs. Sie vermitteln Anfragen bzw. Neuaufnahmen, unterstützen bei Fragen zur Abrechnung nach dem BayKiBiG, bei Elterngesprächen und bieten Fortbildungen und Qualifizierungen. Ebenso gewährt die Stadt Würzburg den Großtagespflegen wie den Kindertagesstätten finanzielle Unterstützung.

„Waldorfgärtchen" und „Kleines Haus"

Als beispielhaft kann die Großtagespflege „Waldorfgärtchen" gelten. Das „Waldorfgärtchen" wurde in Kooperation von Stadt Würzburg, des Vereins für Waldorfpädagogik und zwei qualifizierten Tagesmüttern eingerichtet. Es bietet zehn Kindern im Alter von zwei Jahren bis zum Eintritt in den Kindergarten einen familienähnlichen Betreuungsplatz in liebevoller Atmosphäre und mit individueller Förderung.

Das Konzept im „Waldorfgärtchen" ist auf die Bedürfnisse von Kleinkindern abgestimmt und ermöglicht einen Übergang in die Kindergartenzeit. „Das Kleinkind soll bei uns spüren, dass es bedingungslos angenommen wird. Aus diesem Vertrauen heraus kann es seine Persönlichkeit frei entfalten", betonen die Tagespflegemütter des Waldorfgärtchens, Sandra Willacker-Heyn und Cathrin Rieger. An vier Vormittagen betreuen die beiden Tagesmütter die Kinder in Räumen in der Hofmeierstraße 30 im Frauenland.

Ein weiteres gutes Beispiel ist das „Kleine Haus" im Stadtteil Lengfeld. Hier haben die engagierten Tagesmütter Branka Ivkovic-Bracht und Jennifer Blankenburg, beide ausgebildete Erzieherinnen, selbstständig ohne Träger ein kleines Haus für Kinder geschaffen. Hier wird täglich frisch und selbst mit den Kindern gekocht und ein täglicher Spaziergang steht bei Wind und Wetter ebenfalls auf dem Programm. ❐

Vorschau auf GZ 4

In unserer Ausgabe Nr. 4, die am 16. Februar 2017 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Kommunalfinanzen**
- **Infrastruktur**
- **EDV · IT · Kommunikation**
- **Breitband · Mobilfunk**
- **Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung**
- **Kommunaler Umweltschutz**
- **Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung**
- **Schulungen für Kommunalpolitiker und kommunale Angestellte**

Neue Lehrsäle in Hof

Die Verwaltungshochschule in Hof hat einen bayernweit exzellenten Ruf. Seit 2014 sind die Einstellungszahlen der Studierenden für Staat und Kommunen um über 60 Prozent gestiegen. „Das ist ein großer Gewinn an jungen Menschen für die Stadt Hof. Daher werden zusätzliche Lehrsäle benötigt. Die Verwaltungshochschule in Hof wird massiv erweitert. Die Erweiterung ist wegen des starken Anstiegs der Studierendenzahlen dringend nötig", teilte Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder aus Anlass der Genehmigung der Baumaßnahme für die Errichtung eines Anbaus auf dem Grundstück der Verwaltungshochschule für vier neue Lehrsäle mit.

Im nächsten Schritt werden die Stadt Hof und die betroffenen Nachbarn im vorgesehenen baurechtlichen Verfahren beteiligt. Der Anbau soll noch in diesem Jahr fertiggestellt werden. Zwei weitere Lehrsäle sollen durch Umwidmung in dem Neubau des Studentenwohnheims entstehen. Der Antrag auf Nutzungsänderung bei der Stadt Hof ist gestellt. ❐

LIEFERANTEN-NACHWEIS

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Postfach 1654
96406 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 - 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Energiedienstleistung

erdgas schwaben

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
CONSTANZE VON HASSEL
Telefon 08171.9307-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Fahnenmaste + Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER
www.fahnen-koessinger.de
Telefon: 09451 / 9313-0
• Fahnen
• Maste
• Roll-Ups
• Bekleidung
• und vieles mehr

Wissen was für bayerische Kommunen wichtig ist:
Ihr ABO der BAYERISCHE GemeindeZeitung
www.gemeindezeitung.de

Fahnenmaste + Fahnen

P. HENKEL HELA-MAST GmbH
Fahnenmaste, Fahnen, Lichtmaste, Leuchten, Flutlichtanlagen, Fahrradständer, Abfallsammler
HELA-MAST GmbH · Postfach 10 11 55 · 57202 Kreuztal
Telefon: 02732/7687-0 · Telefax: 02732/7687-10
E-Mail: info@hela-mast.de · Internet: www.hela-mast.de

Fahnenmaste + Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Postfach 1654
96406 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Gewerbebau

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Laumer BAUTECHNIK
Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500
Kindergärten . Turnhallen . Mehrzweckhallen
Maschinenhallen . Wertstoffhöfe . Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung
www.laumer.de . info@laumer.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Kommunalfahrzeuge

Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beutlhauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg-Lengfeld, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218
Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de